



Bundesministerium  
der Finanzen



# Monatsbericht des BMF

Juli 2016



# Monatsbericht des BMF

Juli 2016

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

### Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b> .....	<b>4</b>
<b>Überblick zur aktuellen Lage</b> .....	<b>5</b>
Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020.....	6
Makrofinanzhilfen der Europäischen Union.....	14
Mittelfristige Finanzprojektion der Öffentlichen Haushalte.....	19
Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland.....	23
Jahrestagung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank in Peking.....	28
<b>Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage</b> .....	<b>32</b>
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	32
Steuereinnahmen im Juni 2016.....	39
Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2016.....	43
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016.....	47
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes.....	50
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	58
<b>Aktuelles aus dem BMF</b> .....	<b>63</b>
Termine, Publikationen.....	63
Stellenausschreibungen/Terminhinweis.....	65
<b>Statistiken und Dokumentationen</b> .....	<b>66</b>
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	68
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte.....	100
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.....	107
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	121

## Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Ergebnis des Brexit-Referendums im Vereinigten Königreich ist ein deutliches Warnsignal an alle Europäer. Europa kann nicht einfach so weitermachen wie bisher. Wenn die Europäische Union (EU) in drängenden Politikfeldern keine guten Ergebnisse liefert, haben es anti-europäische Populisten leicht. Es wird jetzt an den EU-27 liegen, sich pragmatisch auf wichtige europäische Kernbereiche zu konzentrieren und die Vorteile europäischer Lösungen stärker als bisher herauszuarbeiten. Einzelne Mitgliedstaaten können die zentralen Herausforderungen, etwa in den Bereichen Migration, innere Sicherheit und Verteidigung, aber auch bei der Bewältigung von Aufgaben wie Digitalisierung, Energieversorgung oder Jugendarbeitslosigkeit, nicht mehr im Alleingang meistern. Hier kann – und muss – Europa beweisen, dass es einen Unterschied macht.

Im Einsatz für mehr internationale Steuergerechtigkeit ist Europa einen guten Schritt vorangekommen. Am 17. Juni 2016 einigten sich die europäischen Finanzminister im ECOFIN-Rat auf einen Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts (Anti-Tax Avoidance Directive (ATAD)). Die Verhandlungen über dieses komplexe Steuerdossier konnten somit bereits nach weniger als sechs Monaten erfolgreich abgeschlossen werden. Die ATAD-Richtlinie dient u. a. der EU-einheitlichen Umsetzung wichtiger Empfehlungen des im vergangenen Jahr abgeschlossenen OECD-/G20-Projekts gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung. Hauptziel ist das Sicherstellen von fairen steuerlichen Wettbewerbsbedingungen in der gesamten EU.

Die Bundesregierung hat mit dem Regierungsentwurf für den Haushalt 2017 zum dritten Mal in Folge einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden vorgelegt. Auch für die Finanz-



planjahre bis 2020 schreibt der Bund diese Linie konsequent fort. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote sinkt bis zum Jahr 2020 voraussichtlich unter die Maastricht-Obergrenze von 60 % des Bruttoinlandsprodukts. Damit stärkt Deutschland die Handlungsfähigkeit des Staates in der Zukunft. Gleichzeitig investiert der Staat umfassend in wichtige Zukunftsfelder: in Forschung und Infrastruktur, die äußere und innere Sicherheit und die Integration der Flüchtlinge. Auf diese Weise gelingt die richtige Balance aus Stabilität und Wachstum, ohne wichtige Belange wie Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu vernachlässigen. Der vorgelegte Regierungsentwurf 2017 belegt damit einmal mehr, dass ein Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung, eine gestaltende, zukunftsorientierte Politik sowie stetiges Wirtschaftswachstum nicht im Widerspruch stehen müssen. Es bedarf aber auch weiterhin eines hohen Maßes an Haushaltsdisziplin, um die absehbaren finanziellen Belastungen der nächsten Jahre stemmen zu können, wie etwa die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft.

Dr. Thomas Steffen  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

## Überblick zur aktuellen Lage

### Wirtschaft

- Das Gesamtbild der aktuellen Konjunkturindikatoren signalisiert eine solide Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft. Die Risiken sind allerdings mit der Brexit-Entscheidung größer geworden.
- Die Aktivität in der Industrie zeigte sich zur Quartalsmitte weniger kräftig als noch im April. Für den weiteren Jahresverlauf ist jedoch eine Fortsetzung der Expansion zu erwarten. Die Exportentwicklung bleibt trotz schwachem Mai leicht aufwärtsgerichtet.
- Die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt hält an. Die zeigt sich in rückläufiger Arbeitslosigkeit und zunehmender Beschäftigung.

### Finanzen

- Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Juni 2016 im direkten Vorjahresvergleich um 5,1%. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag im aktuellen Berichtsmonat mit einem Plus von 5,2% ebenfalls deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Größere Zuwächse ergaben sich bei der veranlagten Einkommensteuer, den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie bei den Steuern vom Umsatz.
- Die Bundessteuern wiesen im aktuellen Berichtsmonat einen Rückgang von 3,4% gegenüber Juni 2015 auf. Bei der Tabaksteuer war ein starker Einnahmerückgang zu verzeichnen, der in Verbindung mit den Einnahmezuwächsen der vergangenen drei Monate steht. Trotz des aktuellen Aufkommensrückgangs ergibt sich für die Bundessteuern im 1. Halbjahr 2016 noch ein Anstieg um 2,5%.
- Im 1. Halbjahr 2016 beliefen sich die Einnahmen des Bundes auf 155,6 Mrd. €. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde um 5,2% beziehungsweise 7,7 Mrd. € überschritten. Die Ausgaben des Bundeshaushalts beliefen sich im 1. Halbjahr auf 150,7 Mrd. €, was einer Zunahme um 2,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau entspricht. Im 1. Halbjahr 2016 überstiegen die Einnahmen die Ausgaben um 4,9 Mrd. €.

### Europa

- Der aktuelle Monatsbericht enthält einen Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN-Rates am 16. und 17. Juni sowie am 11. und 12. Juli 2016 in Brüssel. Schwerpunkte der Sitzungen im Juni waren die Artikel-IV-Konsultation des Internationalen Währungsfonds mit dem Euroraum, Fortschritte bei der Anti-Steuer-Vermeidungsrichtlinie sowie der Fahrplan zu den weiteren Arbeiten bei der Bankenunion. Schwerpunkte der Sitzungen im Juli waren die Fiskalpolitik in Europa, die Überarbeitung der Geldwäscherichtlinie sowie Investitionen.

# Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020

## Wachstumssichernder Bundeshaushalt ohne neue Schulden

- Das Bundeskabinett hat am 6. Juli 2016 den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2017 und den Finanzplan bis 2020 beschlossen. Der Bund hält an seiner soliden Haushaltspolitik fest und verzichtet in jedem Jahr bis 2020 auf die Aufnahme neuer Schulden. Bereits seit 2014 ist der Bundeshaushalt ohne Nettokreditaufnahme ausgeglichen.
- Der Bund trägt maßgeblich dazu bei, die Schuldenstandsquote bis zum Jahr 2020 auf unter 60 % des Bruttoinlandsprodukts – die Vorgabe des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts – zu senken. Bereits dieses Jahr ist ein Wert von unter 70 % erreichbar.
- Gleichzeitig investiert der Bund in wichtige Zukunftsfelder, Forschung und Infrastruktur, die äußere und innere Sicherheit sowie die Integration der Flüchtlinge. Damit gelingt die richtige Balance von Impulsen für Stabilität und Wachstum sowie für Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

1	Einleitung.....	6
2	Gesamtwirtschaftliche und finanzpolitische Rahmenbedingungen.....	7
2.1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung.....	7
2.2	Haushaltspolitische Ausgangslage.....	7
3	Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020 .....	8
3.1	Eckdaten des Regierungsentwurfs und der Finanzplanung.....	8
3.2	Haushaltsschwerpunkte.....	9
3.3	Steuereinnahmen .....	12
3.4	Situation der Sozialversicherung .....	12

### 1 Einleitung

Die Bundesregierung hat am 6. Juli 2016 den Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017), den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017, den Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020, den Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ für das Jahr 2017

sowie den Finanzplan für den „Energie- und Klimafonds“ für die Jahre 2016 bis 2020 beschlossen.<sup>1</sup>

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die Rahmendaten des Regierungsentwurfs und der Finanzplanung gegeben.

---

<sup>1</sup>Weitere Informationen unter [bundesfinanzministerium.de](http://bundesfinanzministerium.de)



Analysen und Berichte

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020

## 2 Gesamtwirtschaftliche und finanzpolitische Rahmenbedingungen

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Wachstumspfad. Die konjunkturelle Dynamik nahm zum Jahresbeginn 2016 deutlich zu. Die nach wie vor günstigen makroökonomischen Rahmenbedingungen, wie sich leicht aufhellende Absatzperspektiven, niedrige Zinsen und niedrige Preise für Energiegüter, lassen eine Fortsetzung der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung im weiteren Jahresverlauf erwarten.

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Frühjahrprojektion aus dem April 2016 für die Jahre 2016 und 2017 ein reales Wirtschaftswachstum von 1,7 % beziehungsweise 1,5 %. Risiken ergeben sich insbesondere im außenwirtschaftlichen Umfeld: weitere Abschwächung der Wachstumsaussichten in den Entwicklungs- und Schwellenländern, Verschärfung der geopolitischen Konflikte, abrupter Anstieg des Rohölpreises und des Wechselkurses sowie Unsicherheit über die Folgen eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU). Chancen ergeben sich vor allem auf der binnenwirtschaftlichen Seite: schnellere Verbesserung der Absatzperspektiven der Unternehmen als erwartet sowie beabsichtigte

Maßnahmen zur Stimulierung von Investitionen in Europa und Deutschland.

### 2.2 Haushaltspolitische Ausgangslage

Am 23. März 2016 hat die Bundesregierung die Eckwerte des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2017 und des Finanzplans bis zum Jahr 2020 beschlossen und damit grundsätzlich verbindliche Einnahme- und Ausgabeplafonds für jeden Einzelplan festgelegt (siehe Tabelle 1). Ausgenommen waren davon die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie Bundespräsidialamt, Bundestag, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht und Bundesrechnungshof.

Um zusätzliche finanzielle Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen stemmen zu können, wurde im Jahr 2015 eine Rücklage gebildet. Dieser Rücklage wurden mit dem 2. Nachtragshaushalt 2015 zunächst 5,0 Mrd. € sowie mit dem Abschluss des Haushaltsjahres 2015 gemäß § 6 Absatz 9 Haushaltsgesetz 2015 weitere 7,1 Mrd. € zugeführt. Im März 2016 konnte die Rücklage gemäß § 6a Haushaltsgesetz 2016 noch einmal um rund 0,7 Mrd. € aus dem Anteil des Bundes am Bundesbankgewinn aufgestockt werden. Der Bundeshaushalt 2016 sieht eine Entnahme aus dieser Rücklage in Höhe von 6,1 Mrd. € vor. Mit der verbleibenden Rücklage in Höhe von rund 6,7 Mrd. € ist es möglich, den Haushalt 2017, trotz zusätzlicher Belastungen, ohne Neuverschuldung auszugleichen.

Tabelle 1: Eckwerte des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2017 und der Finanzplanung bis zum Jahr 2020

	Eckwerte		Finanzplan	
	2017	2018	2019	2020
in Mrd. €				
<b>Ausgaben</b>	<b>325,5</b>	<b>326,3</b>	<b>342,1</b>	<b>347,8</b>
<b>Einnahmen</b>	<b>325,5</b>	<b>326,3</b>	<b>342,1</b>	<b>347,8</b>
Steuereinnahmen	299,4	312,9	325,2	336,7
<b>Nettokreditaufnahme</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020

### 3 Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020

#### 3.1 Eckdaten des Regierungsentwurfs und der Finanzplanung

Im Regierungsentwurf 2017 und im Finanzplan bis 2020 werden gegenüber den Eckwerten zum einen die Veränderungen abgebildet, die auf den Ergebnissen der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung, der Rentenschätzung sowie den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuer-schätzungen“ vom 4. Mai 2016 beruhen. Zum anderen werden Veränderungen berücksichtigt, die das Ergebnis weiterer Erkenntnisse hinsichtlich der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und sozialen Sicherung sowie Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen sind.

Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 legt die Bundesregierung das dritte Mal in Folge einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden vor (s. Tabelle 2). Sie setzt damit eine wichtige Vorgabe des Koalitionsvertrags der 18. Legislaturperiode um, wonach der Bundeshaushalt ab dem Jahr 2015 ohne Neuverschuldung aufzustellen ist. Auch in den Finanzplanjahren bis 2020 wird der Bund dieser Anforderung gerecht. Damit trägt er maßgeblich dazu bei, dass Deutschland die

europäischen Anforderungen eines annähernd ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts erfüllt und sein mittelfristiges Haushaltsziel auch in den Jahren 2016 bis 2020 durchgehend einhalten kann.

Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote ist seit dem Höchststand im Jahr 2010 mit 81 % deutlich gesunken: Sie betrug Ende des Jahres 2015 noch 71,2 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) und wird sich in diesem Jahr voraussichtlich auf 68 ¼ % weiter reduzieren. Der aktuellen Projektion zufolge wird die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote kontinuierlich sinken – bis zum Jahr 2020 unter die erlaubte Maastricht-Obergrenze von 60 % des BIP; das erste Mal seit dem Jahr 2002. Damit wird die Bundesregierung ein weiteres wichtiges Ziel des Koalitionsvertrags, die Maastricht-Obergrenze innerhalb von einer Dekade wieder einzuhalten, vorzeitig erreichen.

Die stabile Entwicklung der haushaltswirtschaftlichen Rahmendaten und die robuste konjunkturelle Entwicklung erlauben der Bundesregierung gegenwärtig eine insgesamt expansiv ausgerichtete Ausgabenpolitik, ohne den Kurs einer Nullverschuldung infrage zu stellen. So können erneut wichtige zusätzliche Impulse gesetzt werden, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft ausgebaut und die Rahmen-

Tabelle 2: Eckdaten des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2017 und der Finanzplanung bis zum Jahr 2020

	Soll	Entwurf	Finanzplan		
	2016	2017	2018	2019	2020
	in Mrd. €				
<b>Ausgaben</b>	<b>316,9</b>	<b>328,7</b>	<b>331,1</b>	<b>343,3</b>	<b>349,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+1,8	+3,7	+0,7	+3,7	+1,7
<b>Einnahmen</b>	<b>316,9</b>	<b>328,7</b>	<b>331,1</b>	<b>343,3</b>	<b>349,3</b>
Steuereinnahmen	288,1	301,8	315,5	327,9	339,4
<b>Nettokreditaufnahme</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
nachrichtlich:					
Ausgaben für Investitionen <sup>1</sup>	31,5	33,3	34,5	35,1	30,8

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> Nach 2019 keine Entflechtungsmittel.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020

bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung weiter verbessert werden können. Darüber hinaus können die Leistungen des Bundes zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in unserem Land weiter ausgebaut werden. Nicht zuletzt gelingt es der Bundesregierung, die aktuell größte gesellschaftspolitische Herausforderung – die Aufnahme, Unterbringung und erfolgreiche Integration der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und Asylbewerber – weiterhin ohne die Aufnahme neuer Schulden zu bewältigen.

Gegenüber dem Jahr 2016 steigen die Gesamtausgaben bis zum Jahr 2020 – dem Ende des Finanzplanzeitraums – um insgesamt 32,4 Mrd. €. Der durchschnittliche Ausgabenanstieg bleibt mit knapp 2,5 % gleichwohl unter den für den Finanzplanzeitraum projizierten Zuwachsraten für das nominale BIP in Höhe von durchschnittlich rund 3,2 %.

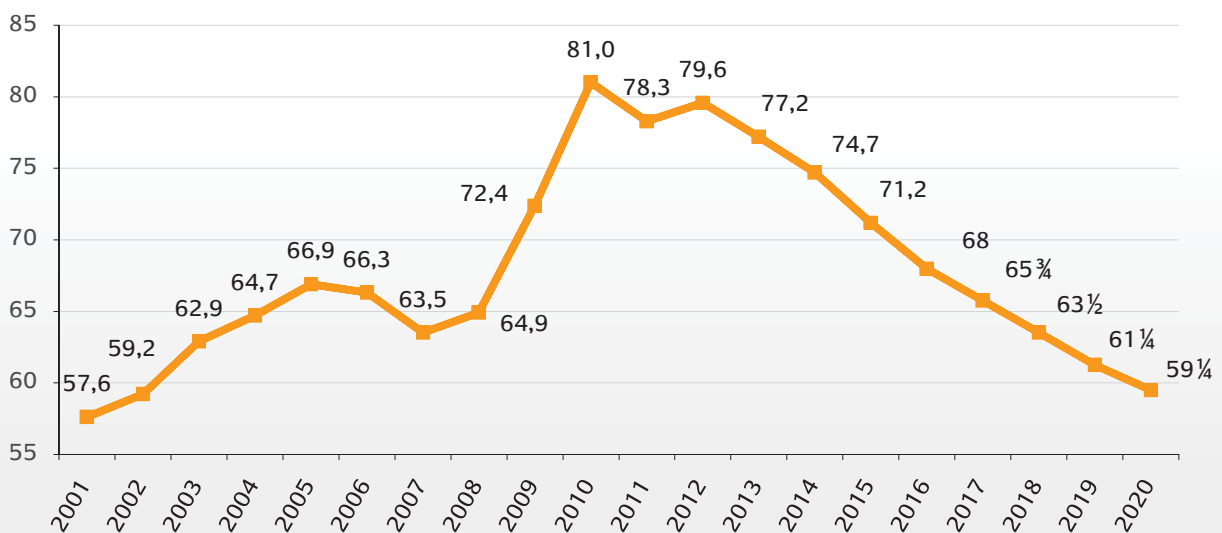
3.2 Haushaltsschwerpunkte

Zur Bewältigung der Herausforderung im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen sind für das Jahr 2017

insgesamt knapp 19 Mrd. € vorgesehen, im gesamten Zeitraum 2017 bis 2020 sind es 77 ½ Mrd. €. Die größten Ausgabeposten stellen hierbei die sozialen Transferleistungen des Bundes mit rund 4,1 Mrd. € im Jahr 2017, die bis zum Jahr 2020 auf rund 8,2 Mrd. € ansteigen, sowie Ausgaben zur Bekämpfung der Fluchtursachen mit 6,3 Mrd. € im Jahr 2017 dar.

Ein weiterer Schwerpunkt des Bundeshaushalts sind die innere und äußere Sicherheit. So werden die Ausgaben für den Bereich der inneren Sicherheit bis zum Jahr 2020 deutlich – um insgesamt fast 2,6 Mrd. € – aufgestockt. Schwerpunkte sind das neue Programm zur Stärkung der Sicherheitsbehörden sowie Ausgaben für die Bundespolizei. Der Haushalt des Bundesinnenministeriums wird im Jahr 2017 um rund 540 Mio. € gegenüber dem laufenden Haushalt aufgestockt. Es werden fast 2 000 neue Stellen ausgebracht. Auch der Verteidigungshaushalt wird angesichts vielfältiger und sich wandelnder Aufgaben bei der Bündnis- und Landesverteidigung und im Rahmen internationaler Einsätze um rund 1,7 Mrd. € im Jahr 2017 gegenüber dem bisherigen Finanzplan auf rund 36,6 Mrd. € angehoben, im neuen Finanzplanzeitraum um insgesamt rund 10,2 Mrd. €.

Abbildung 1: Gesamtstaatliche Verschuldung gemäß Maastricht-Vertrag  
Aktuelle Prognose ab 2016; in % des BIP

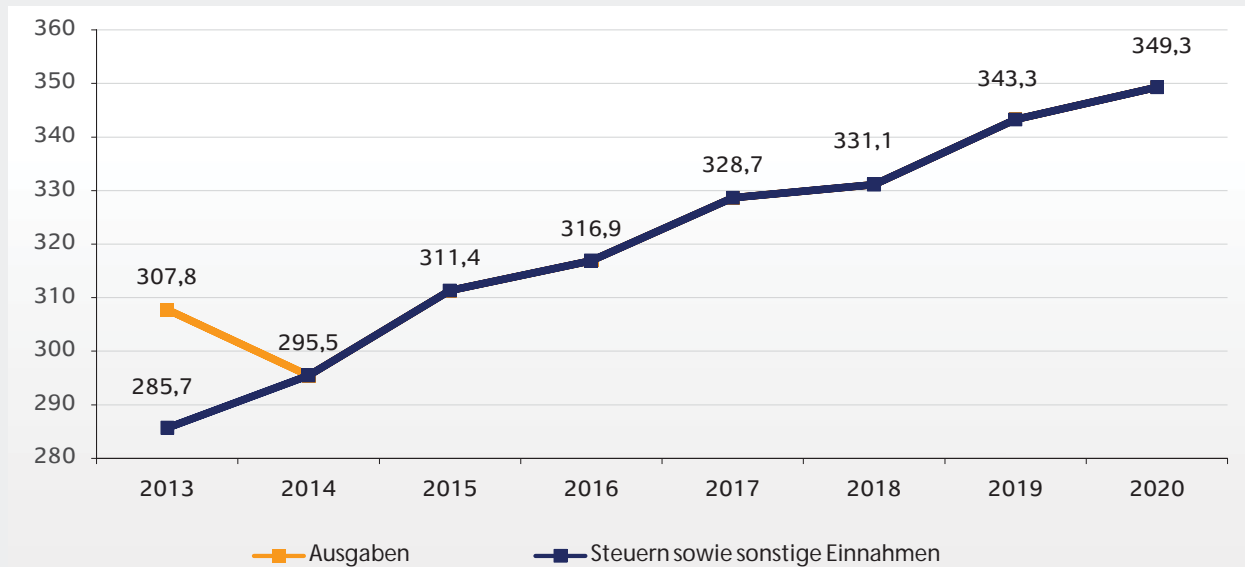


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020

Abbildung 2: Einnahmen und Ausgaben des Bundes  
2013 bis 2015: Ist; 2016: Soll; 2017 bis 2020: Regierungsentwurf und Finanzplan; in Mrd. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Bundesregierung hält gleichzeitig an ihrer Wachstum und Beschäftigung fördernden Haushalts- und Finanzpolitik fest und setzt hier weitere Akzente. So werden z. B. die Ausgaben zur Entwicklung der Elektromobilität, zum Breitbandausbau und für die Mikroelektronik deutlich ausgeweitet. Die Energiewende wird unvermindert fortgeschrieben.

Zur beschleunigten Marktentwicklung für Elektrofahrzeuge sind – unter Berücksichtigung der Beteiligung der Automobilindustrie – insgesamt 1,6 Mrd. € vorgesehen. Im Energie- und Klimafonds sind hierfür im Zeitraum 2016 bis 2020 finanzielle Mittel in Höhe von 900 Mio. € eingeplant. Die Industrie stellt 600 Mio. € bereit.

Zusätzlich zu den im bisherigen Finanzplan bereits vorgesehenen 2,7 Mrd. € werden bis zum Jahr 2020 weitere rund 1,3 Mrd. € und damit insgesamt rund 4 Mrd. € zur Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus bereitgestellt. In unterversorgten Gebieten, in denen in den kommenden drei Jahren kein privatwirtschaftlicher Netzausbau zu erwarten ist, wird damit der Ausbau weiter unterstützt.

Für Investitionen in die Mikroelektronik sind Mittel in Höhe von insgesamt 1,7 Mrd. € im Finanzplan vorgesehen. Ziel ist es, die Digitalisierung der Wirtschaft zu unterstützen und so die Innovationsfähigkeit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken.

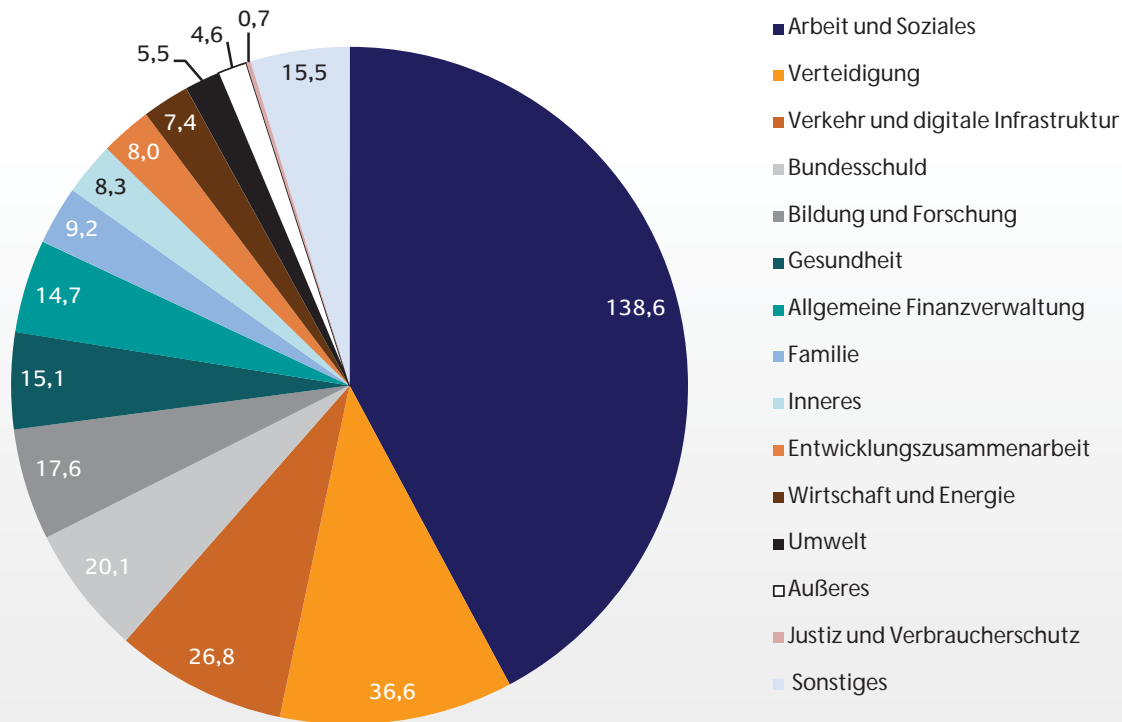
Auch für den Bereich „sozialer Wohnungsbau“ werden die Haushaltsmittel aufgestockt. So werden die den Ländern zufließenden Kompensationsmittel für den Wegfall der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung in den Jahren 2017 bis 2019 auf jährlich über 1 Mrd. € nahezu verdoppelt. Zudem werden für den Wohnungsbau pro Jahr Mittel in Höhe von 500 Mio. € zur Verfügung gestellt, über deren konkrete Ausgestaltung noch zu entscheiden ist. Für den Themenbereich „Soziale Stadt“ sind über den Finanzplanzeitraum jährlich 300 Mio. € an Programmmitteln zusätzlich vorgesehen.

Die Verkehrsinvestitionen werden im Jahr 2017 noch einmal um 0,5 Mrd. € gegenüber dem Jahr 2016 auf 12,8 Mrd. € erhöht. Seit Beginn

Analysen und Berichte

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020

Abbildung 3: Verteilung der Ausgaben im Bundeshaushalt nach einzelnen Aufgabenbereichen in Mrd. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

der Legislaturperiode sind die Verkehrs-  
investitionen damit um 25 % gestiegen.

Dem Bildungs- und Forschungsministerium  
stehen im Jahr 2017 mit insgesamt 17,6 Mrd. €  
noch einmal rund 1,2 Mrd. € mehr als in  
diesem Jahr zur Verfügung. Im Jahr 2009  
hatte der Einzelplan noch ein Volumen von  
rund 10 Mrd. €.

Insgesamt steigen damit die zukunfts-  
und wachstumsorientierten Ausgaben weiter an:  
die Investitionsausgaben von 31,5 Mrd. € im  
Jahr 2016 auf 33,3 Mrd. € im Jahr 2017 und  
die Ausgaben für Bildung und Forschung  
von 21,1 Mrd. € auf 22,7 Mrd. € im gleichen  
Zeitraum.

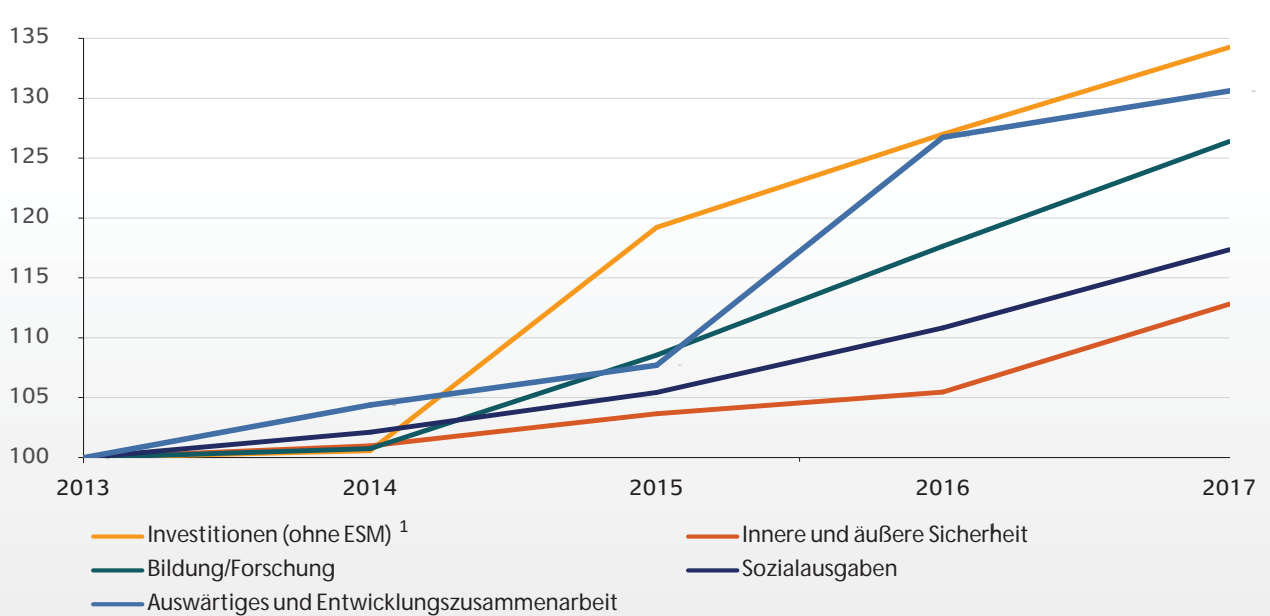
Der Bundeshaushalt spiegelt darüber hinaus  
zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen dieser

Legislaturperiode wider, wie z. B. die Erhö-  
hung des Wohngelds, das Elterngeld Plus  
mit Partnerschaftsbonus, die abschlagsfreie  
Altersrente ab 63 Jahren, die „Mütterrente“,  
die Lebensleistungsrente, das Bundesteil-  
habegesetz und eine verbesserte Erwerbs-  
minderungsrente. Zudem wird der Bundes-  
zuschuss an den Gesundheitsfonds ab dem  
Jahr 2017 auf 14,5 Mrd. € erhöht. Auch die  
arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden,  
nicht zuletzt wegen der aktuellen Flüchtlingss-  
ituation, deutlich aufgestockt. Infolgedessen  
steigen die Sozialausgaben von 171,0 Mrd. € im  
Jahr 2017 auf 187,1 Mrd. € im Jahr 2020. Damit  
steigt ihr Anteil an den Gesamtausgaben des  
Bundes trotz der Ausgabenerhöhungen in den  
Zukunftsbereichen von 52,0 % im Jahr 2017  
auf 53,6 % im vergangenen Jahr des neuen  
Finanzplanzeitraums.

Analysen und Berichte

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020

Abbildung 4: Ausgabenentwicklung ausgewählter Bereiche in der 18. Legislaturperiode gegenüber dem Jahr 2013 in %



<sup>1</sup> In den Jahren 2013 und 2014: ohne Einzahlungen in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### 3.3 Steuereinnahmen

Die im Regierungsentwurf 2017 und im Finanzplan bis 2020 eingestellten Steuereinnahmen basieren auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2016, die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zugrunde lagen.

Basierend auf den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten und auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts wird im gesamten Schätzzeitraum, ausgehend vom vergangenen Ist-Jahr 2015, bis zum Jahr 2020 ein Zuwachs der gesamten Steuereinnahmen um 20,0 % erwartet. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ prognostiziert für das Jahr 2016 gesamtstaatliche Steuereinnahmen in Höhe von insgesamt 691,2 Mrd. €. Für die Folgejahre wird ein wachsendes Aufkommen von 723,9 Mrd. € im Jahr 2017, über 753,0 Mrd. € im Jahr 2018 und 779,7 Mrd. € im Jahr 2019 bis hin zu 808,1 Mrd. € im Jahr 2020 vorausgeschätzt.

### 3.4 Situation der Sozialversicherung

Die Sozialversicherungen insgesamt profitieren auch weiterhin von einer positiven Einnahmementwicklung, sodass sich im Jahr 2015 ein finanzstatistischer Finanzierungsüberschuss von insgesamt 1,2 Mrd. € ergab.

Dabei lagen die Ausgaben im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung über den Einnahmen. Gleichwohl gilt der zu Beginn des Jahres 2015 um 0,2 Prozentpunkte gesenkte Beitragssatz mit 18,7 % weiter. Darauf hat auch die jüngste Rentenanpassung zum 1. Juli 2016 keine Auswirkung; nach aktueller Rentenschätzung bleibt der Beitragssatz zur allgemeinen Rentenversicherung voraussichtlich bis zum Finanzplanungsjahr 2020 stabil bei 18,7 %.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist finanziell stabil aufgestellt. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung beträgt der Beitragssatz weiterhin 3,0 %. Die BA verfügte Ende des Jahres 2015

## Analysen und Berichte

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020

über eine allgemeine Rücklage in Höhe von rund 6,5 Mrd. €. In den Jahren 2016 bis 2020 wird die BA bei der von der Bundesregierung erwarteten guten Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung weiterhin jährliche Überschüsse erzielen und somit voraussichtlich kein überjähriges Darlehen des Bundes benötigen.

Die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stellt sich trotz zahlreicher kostenintensiver Maßnahmen weiterhin positiv dar: Gesundheitsfonds und Krankenkassen verfügten Ende des Jahres 2015 insgesamt über

Finanzreserven in Höhe von 24,5 Mrd. €, davon rund 14,5 Mrd. € bei den Krankenkassen und 10 Mrd. € beim Gesundheitsfonds. Mit dem GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz wurde der allgemeine Beitragssatz zur GKV zum 1. Januar 2015 von 15,5 % auf 14,6 % gesenkt. Zur Finanzierung der durch die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds nicht gedeckten Ausgaben kann seither jede Krankenkasse einen kassenindividuellen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben. Der rechnerische Durchschnitt der von den 117 Krankenkassen erhobenen Zusatzbeitragssätze liegt aktuell bei rund 1,1%.

# Makrofinanzhilfen der Europäischen Union

- Die Makrofinanzhilfe ist ein Finanzhilfeinstrument der Europäischen Union (EU), das in einer akuten Zahlungsbilanzkrise in Drittländern (Nicht-EU-Staaten) zur Bewältigung eines außergewöhnlichen Außenfinanzierungsbedarfs eingesetzt wird.
- Beeinflusst durch die aktuellen globalen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen hat die Bedeutung dieses Instruments in den vergangenen Jahren zugenommen.
- Im Jahr 2015 hat die Europäische Kommission aus laufenden Makrofinanzhilfeprogrammen insgesamt 1,3 Mrd. € zur Auszahlung freigegeben; für 2016 erwartet sie Auszahlungen in Höhe von 1,7 Mrd. €. Der Schwerpunkt liegt auf der Ukraine sowie Jordanien und Tunesien.

1	Einleitung.....	14
2	Rechtliche Grundlage .....	15
3	Durchführung .....	15
4	Entwicklung der MFH und aktuelle Situation.....	15
5	Auswirkungen auf den EU-Haushalt .....	17
6	Fazit .....	17

## 1 Einleitung

Die Makrofinanzhilfe (MFH) ist ein EU-Finanzhilfeinstrument, das in Notfällen zur Bewältigung eines außergewöhnlichen Außenfinanzierungsbedarfs von Drittländern eingesetzt wird, die mit der EU politisch, wirtschaftlich und geografisch eng verbunden sind. Ziel der MFH ist es, einen Beitrag zur wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung zu leisten. Dabei soll die Gewährung einer MFH mit den Zielen und Maßnahmen der EU-Außenpolitik in Einklang stehen. Politisch sollen sich die Empfängerländer den gemeinsamen Werten der EU wie insbesondere Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und Bekämpfung der Armut verpflichtet fühlen. Die Grundsätze eines offenen, auf Regeln beruhenden und fairen Handels sollen unterstützt werden.

Die MFH werden in der Regel in Form von Darlehen, in seltenen Fällen auch als nicht zurückzahlende Zuschüsse vergeben. Die Darlehen werden als Zahlungsbilanzhilfe in der Regel an die jeweilige Zentralbank

ausgezahlt. Die Bereitstellung der Darlehen ist an die Durchführung konkreter haushalts-, finanz- und wirtschaftspolitischer Struktur-reformen gebunden, welche die Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft des Landes nachhaltig verbessern sollen. Diese werden zwischen dem Empfängerland und der EU in einem „Memorandum of Understanding“ vereinbart. Solche Strukturreformen können beispielsweise die Förderung von Handel, eine Verbesserung des Investitionsumfelds, die Restrukturierung der sozialen Sicherungssysteme, die Regulierung von Banken oder eine Verbesserung des Kostenmanagements der öffentlichen Verwaltung sein.

Die MFH unterstützen damit keine konkreten Hilfsprojekte. Insofern unterscheiden sie sich von anderen EU-Finanzhilfen wie z. B. dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) oder dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI).

MFH sind in Höhe und Ausgestaltung als europäischer Beitrag zu einer Gesamtstrategie internationaler Geber zu sehen. Sie werden daher auch nur dann gewährt, wenn sich



## Analysen und Berichte

Makrofinanzhilfen der Europäischen Union

das betroffene Land gleichzeitig in einem Anpassungs- und Reformprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) befindet. Die Auszahlung der Mittel ist an die Bedingung geknüpft, dass auch im IWF-Programm zufriedenstellende Fortschritte erzielt werden.

## 2 Rechtliche Grundlage

Ihre rechtliche Grundlage finden die MFH in Artikel 212 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der die wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit der EU mit Drittländern regelt. Gemäß Artikel 212 Absatz 2 AEUV werden die MFH nach Vorschlag der Europäischen Kommission jeweils im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren vom Europäischen Parlament und dem Rat der EU erlassen.

Benötigt ein Drittland aufgrund von besonderen Umständen umgehend Hilfe, kann vom ordentlichen Gesetzgebungsverfahren abgewichen werden. In diesem Fall erlässt der Rat auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Beschlüsse (Artikel 213 AEUV). Dies geschah zuletzt für die Gewährung einer MFH für die Ukraine im April 2014.

Im Sinne eines koordinierten und effizienten Gesetzgebungsverfahrens haben sich das Europäische Parlament und der Rat am 12. August 2013 in einer gemeinsamen Erklärung auf Grundsätze für die Gewährung von MFH geeinigt. Dabei handelt es sich u. a. um Ziel, Form, Höhe und Auszahlung der Finanzhilfen. Auf dieser Grundlage konnten mittlerweile sieben MFH verabschiedet werden.

## 3 Durchführung

Die Durchführung und Überwachung einer MFH erfolgt durch die Europäische Kommission. Sie wird ermächtigt, die entsprechenden

Mittel an den Kapitalmärkten aufzunehmen und leitet sie an das Empfängerland weiter. In dieser Hinsicht fungiert die Kommission damit als Mittler, während das Empfängerland davon profitiert, dass die Kommission zu wesentlich besseren Konditionen an den Kapitalmärkten Geld leihen kann als es selbst. Die Zinslast trägt das Empfängerland.

Um die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel zu gewährleisten, vergewissert sich die Kommission über eine ausreichende Funktionsweise der Verwaltungsverfahren und Finanzströme im Empfängerland. Diese Bewertung bezieht sich insbesondere auf die Systeme der öffentlichen Finanzverwaltung, vor allem auf die Verfahren und die Organisation des Finanzministeriums und der öffentlichen Verwaltung der Stellen, die EU-Mittel erhalten.

Darüber hinaus führt die Kommission Ex-post-Bewertungen von Makrofinanzhilfeprogrammen durch, um die Auswirkungen von MFH aus nachträglicher Sicht zu beurteilen. Dazu gehört die Analyse der Auswirkungen auf die Wirtschaft des Empfängerlandes, insbesondere auf die Nachhaltigkeit seiner außenwirtschaftlichen Position, sowie die Bewertung des Mehrwerts der EU-Maßnahme.

Die Kommission erstellt jährlich einen Bericht an das Europäische Parlament und den Rat über die Durchführung der MFH.

## 4 Entwicklung der MFH und aktuelle Situation

Eingeführt im Jahr 1990, wurden in den ersten Jahren besonders mittel- und osteuropäische Länder mit MFH gefördert, um die mit der Öffnung zur freien Marktwirtschaft einhergehenden Zahlungsbilanzprobleme abzufedern. Nach dem Jahr 1992 sank das Volumen signifikant. Dies lässt sich auch mit dem verstärkten Engagement internationaler Finanzinstitutionen wie dem IWF

Analysen und Berichte

Makrofinanzhilfen der Europäischen Union

erklären. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 zeigte tiefgreifende Auswirkungen auch auf die aufstrebenden Volkswirtschaften der EU-Nachbarländer. Die Zahl der Anträge auf finanzielle Unterstützung, auch in Form von MFH, nahm deutlich zu. Im Zeitraum 2009-2013 wurden MFH für Armenien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Serbien, die Ukraine, die Republik Moldau sowie den Kosovo gewährt. Mit Besserung der Wirtschaftslage 2010/2011 ging auch die Zahl der Makrofinanzhilfeprogramme wieder zurück. Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 verschlechterten sich die Finanzierungsbedingungen an den Kapitalmärkten wieder, u. a. auch aufgrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum. In der Folge des „Arabischen Frühlings“ und der damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in den arabischen Partnerländern des Mittelmeerraums gerieten die Haushalte und Zahlungsbilanzen der betreffenden Länder zusätzlich unter Druck.

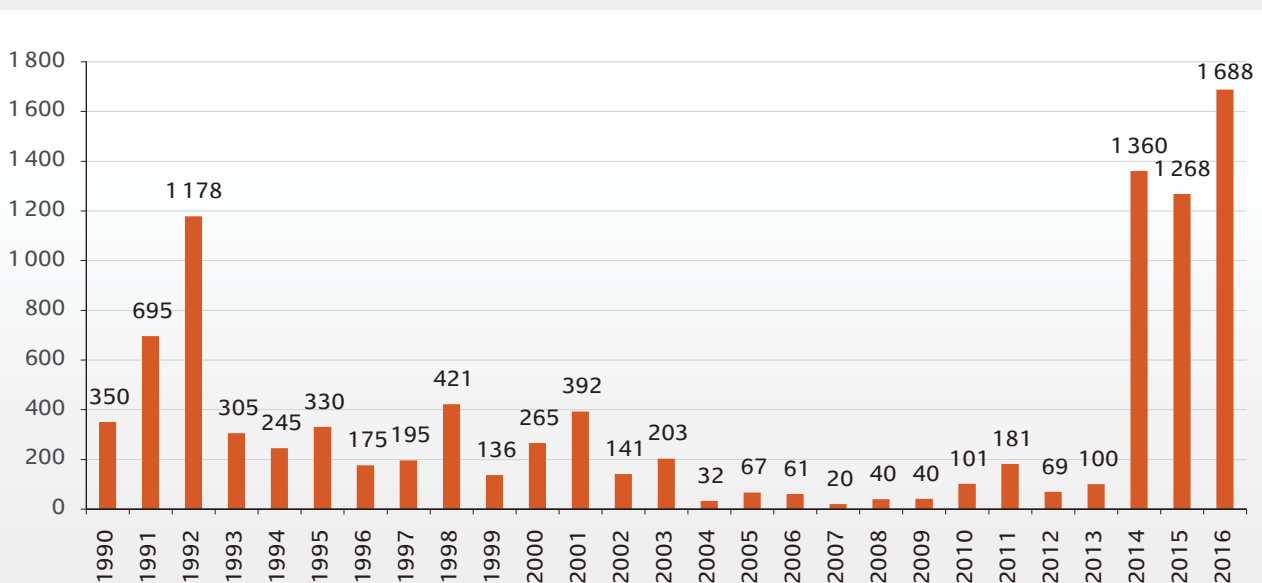
Aktuell erhalten die Länder Georgien, Tunesien, die Kirgisische Republik und die Ukraine MFH. In der jüngeren Vergangenheit wurden auch

Jordanien und die Republik Moldau gefördert. Hier konnten die beschlossenen Darlehenssummen bereits vollständig ausgezahlt werden.

Ein Schwerpunkt der aktuellen MFH liegt auf der Ukraine, die aufgrund des Konflikts im Osten des Landes vor besonderen Herausforderungen steht. Die EU hat der Ukraine seit Ausbruch der Krise im April 2013 insgesamt drei MFH in Form von Darlehen in Höhe von insgesamt 3,41 Mrd. € gewährt und damit den höchsten Betrag, der je einem Drittland innerhalb so kurzer Zeit von der EU als Finanzhilfe zur Verfügung gestellt wurde. Davon wurden die ersten beiden Programme bereits vollständig ausgezahlt, insgesamt 1,61 Mrd. €. Derzeit läuft noch die dritte MFH-Maßnahme mit einem Darlehensumfang von insgesamt bis zu 1,8 Mrd. €. Ausgezahlt wurde bisher die erste Darlehenstranche in Höhe von 600 Mio. €. Die weiteren Auszahlungen sind je nach Programmfortschritt für das Jahr 2016 vorgesehen.

Darüber hinaus laufen derzeit noch folgende MFH-Programme: Tunesien erhält ein Darlehen

Abbildung 1: Ausgezahlte EU-Makrofinanzhilfen in Mio. €



Quelle: Europäische Kommission; für 2016 vorläufige Zahlen.

Analysen und Berichte

Makrofinanzhilfen der Europäischen Union

im Umfang von 300 Mio. €, das im Zeitraum 2015/2016 ausgezahlt wird. Ziel ist es auch hier, den durch politische Umbrüche verursachten erhöhten Außenfinanzierungsbedarf des Landes mit abzudecken. Die Auszahlung der dritten und letzten Tranche im aktuellen Programm soll im Laufe des Jahres 2016 ausgezahlt werden. Im August 2015 beantragten die tunesischen Behörden eine weitere MFH. Daraufhin hat die Kommission im Februar 2016 einen Vorschlag für eine neue MFH in Höhe von bis zu 500 Mio. € verabschiedet. Ziel ist, die ersten Auszahlungen bereits 2016 zu ermöglichen.

Die Kirgisische Republik erhält insgesamt 30 Mio. €, davon 50 % als Zuschuss und 50 % als Darlehen. Bis Januar 2016 wurden davon insgesamt 25 Mio. € ausgezahlt. Georgien erhält als MFH insgesamt 46 Mio. €, ebenfalls hälftig als Zuschuss beziehungsweise Darlehen. Bisher wurden in diesem Rahmen 23 Mio. € an das Land ausgezahlt.

Für Jordanien plant die Europäische Kommission mit Blick auf die kritische finanzielle und wirtschaftliche Lage eine weitere MFH in Höhe von 200 Mio. € vorzuschlagen.

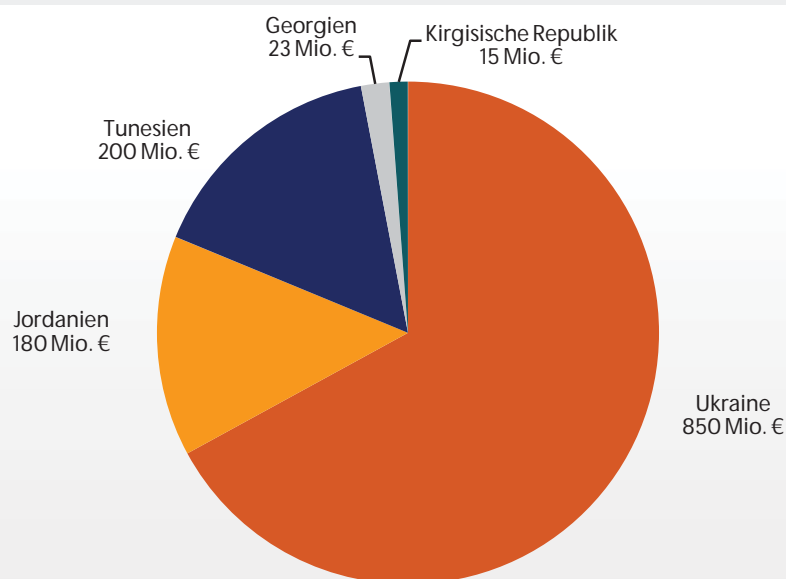
## 5 Auswirkungen auf den EU-Haushalt

Da die MFH in der Regel in Form von Darlehen gewährt werden, sind die konkreten Auswirkungen auf den EU-Haushalt bisher begrenzt. Zur Absicherung der Ausfallrisiken sind 9 % der Darlehenssumme aus dem EU-Haushalt in den EU-Garantiefonds für Außenbeziehungen abzuführen. Diese Zahlungen sind jeweils zwei Jahre nach der Tranchenauszahlung im Haushalt als Abführung in den Garantiefonds zu berücksichtigen. Eine Belastung des Garantiefonds aus MFH ist in der Vergangenheit noch nie eingetreten. Durch das in den vergangenen Jahren deutlich angestiegene Volumen und die noch ausstehenden Auszahlungen nimmt der finanzielle Druck jedoch zu.

## 6 Fazit

Die MFH stellt ein wichtiges Instrument der EU-Außenhilfe dar. Sie ermöglicht dem Europäischen Parlament und dem Rat, die

Abbildung 2: Ausgezählte EU-Makrofinanzhilfen 2015 nach Empfängern



Quelle: Europäische Kommission.

## Analysen und Berichte

### Makrofinanzhilfen der Europäischen Union

makroökonomische und finanzielle Stabilität in Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern sowie in Ländern der europäischen Nachbarschaft zu stärken und dadurch gleichzeitig zur Sicherung der politischen Ordnung in der Region beizutragen. Darüber hinaus ist mit ihnen die

Hoffnung verbunden, den Empfängerländern dabei zu helfen, ein Staatswesen zu errichten oder aufrechtzuerhalten, das sich westlichen Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet fühlt. Somit sind MFH auch ein politisches Instrument, das dazu beiträgt, die außenpolitische Agenda zu unterstützen.

Analysen und Berichte

Mittelfristige Finanzprojektion der Öffentlichen Haushalte

# Mittelfristige Finanzprojektion der Öffentlichen Haushalte

## Sommerprojektion des BMF

- Die Konsolidierungsanstrengungen der vergangenen Jahre ermöglichen bei allen Ebenen des Öffentlichen Gesamthaushalts eine solide Entwicklung.
- Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird im Projektionszeitraum 2016 bis 2020 bei rund + ¼ % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. Deutschland wird damit sein mittelfristiges Haushaltsziel eines strukturellen Finanzierungssaldos von maximal - 0,5 % des BIP einhalten können.
- Bis zum Jahr 2020 ist mit einer kontinuierlichen Rückführung der Schuldenstandsquote unter die vom Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebene Grenze von 60 % zu rechnen.

1	Einleitung.....	19
2	Projektion in finanzstatistischer Abgrenzung.....	19
3	Maastricht-Projektion.....	22

### 1 Einleitung

Das BMF hat am 14. Juli 2016 die Sommerprojektion der Öffentlichen Haushalte vorgelegt und im Arbeitskreis des Stabilitätsrats mit Vertretern der Länder, der kommunalen Spitzenverbände und der Bundesbank erörtert. Die Projektion basiert auf der makroökonomischen Frühjahrsprognose der Bundesregierung vom 20. April 2016, dem Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2017 und dem Finanzplan 2018 bis 2020 sowie einer Schätzung des BMF über die Entwicklung der Haushalte von Ländern und Kommunen. Die Projektion zeigt, dass die Konsolidierungsanstrengungen der vergangenen Jahre auf allen Ebenen des Öffentlichen Gesamthaushalts eine solide Entwicklung ermöglichen, sodass die Öffentlichen Haushalte in aggregierter Betrachtung auch mittelfristig ohne neue Schulden ausgeglichen werden können.

### 2 Projektion in finanzstatistischer Abgrenzung

Im Jahr 2015 verzeichnete der Öffentliche Gesamthaushalt (hier: Kern- und Extrahaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden) seit 1969 das zweite Mal in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Dieser fiel mit 28,2 Mrd. € deutlich höher aus als im Jahr 2014 (1,8 Mrd. €). Im laufenden Jahr sowie im Haushalts- und Finanzplanungszeitraum 2017 bis 2020 wird sich der Finanzierungsüberschuss der Öffentlichen Haushalte in Abgrenzung der Finanzstatistik allerdings deutlich verringern. Ursache sind steigende Ausgaben, insbesondere im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration sowie der äußeren Sicherheit.

Analysen und Berichte

Mittelfristige Finanzprojektion der Öffentlichen Haushalte

Der Bundeshaushalt, der 36 % der Ausgaben<sup>1</sup> des Öffentlichen Gesamthaushalts tätigt, weist in den Jahren 2016 und 2017 deutliche Ausgabensteigerungen auf. Aufgrund vorhandener Rücklagen werden die Haushalte 2016 und 2017 ohne eine zusätzliche Kreditaufnahme auskommen. Auch in den übrigen Jahren des Projektionszeitraums wird der Haushalt des Bundes ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichen sein.

Für die Extrahaushalte des Bundes wird für das Jahr 2016 ein Defizit von rund 3 ½ Mrd. € erwartet. In den folgenden Jahren sind die Extrahaushalte des Bundes nahezu ausgeglichen. Der Projektion liegen steigende Mittelabflüsse insbesondere aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds sowie dem Energie- und Klimafonds zugrunde.

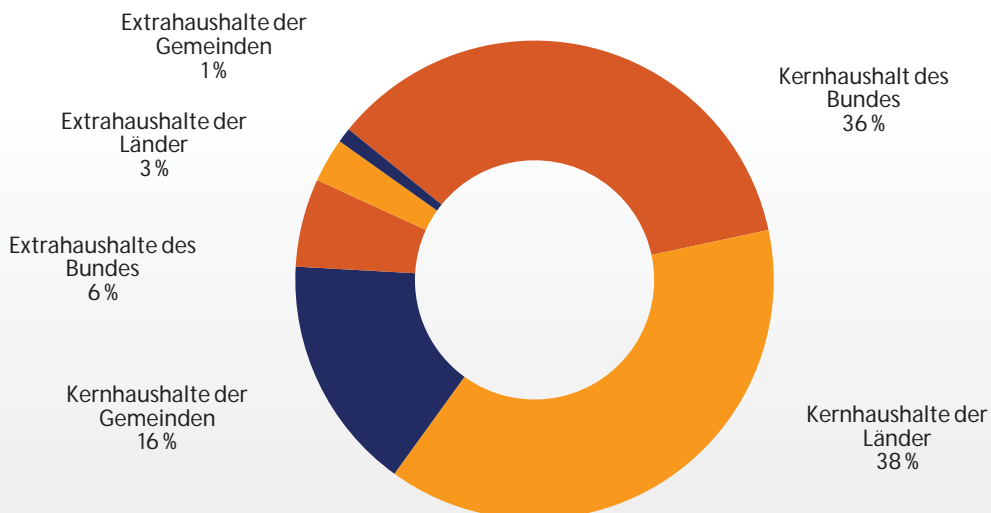
<sup>1</sup> Ohne Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) und Zuweisungen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aus der Energiesteuer.

Die Kernhaushalte der Länder, die 38 % der Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts repräsentieren, weisen entsprechend der Sommerprognose im laufenden Jahr ein leichtes Defizit von rund ½ Mrd. € aus. In diesem Jahr wird eine deutlich höhere Ausgabendynamik erwartet als im Jahr 2015. Ab 2017 werden sich die Einnahmen der Länder deutlich günstiger als die Ausgaben entwickeln. In den Jahren 2017 bis 2020 ist daher – in aggregierter Betrachtung – mit deutlichen Überschüssen in den Haushalten der Länder zu rechnen.

Die Haushalte der Kommunen repräsentieren rund 16 % der Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts. In aggregierter Betrachtung weisen sie im gesamten Projektionszeitraum positive Finanzierungssalden auf.

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration wird gesamtstaatlich mit deutlichen Mehrausgaben gerechnet. Gegenüber dem Jahr 2014 liegen die zusätzlichen Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts im Projektionszeitraum 2016 bis 2020 bei jeweils

Abbildung 1: Anteile der Gebietskörperschaften und Extrahaushalte an den konsolidierten Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts 2015



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Analysen und Berichte**

Mittelfristige Finanzprojektion der Öffentlichen Haushalte

rund ½ % des BIP. Dabei ergeben sich in dem Maße, wie Flüchtlinge anerkannt werden, deutliche Verschiebungen der zusätzlichen Ausgaben zulasten des Bundes, da anerkannte

Flüchtlinge Mittel zum Lebensunterhalt dann zunehmend gemäß Sozialgesetzbuch II und nicht mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

**Tabelle 1: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts bis 2020**

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	in Mrd. €					
<b>I. Ausgaben</b>						
Personalausgaben	243,8	251	259	265½	272	278
laufender Sachaufwand	127,5	137½	143	146	148½	151½
Zinsausgaben an andere Bereiche	50,4	47	44	43	42	47½
Sachinvestitionen	45,9	50	52½	54½	55½	56
Zahlungen an andere Verwaltungen <sup>1</sup>	108,1	113	118	122	125½	129½
sonstige Ausgaben	229,6	250½	257	266	274	281
insgesamt	805,3	849½	874	897½	917½	944
<b>II. Einnahmen</b>						
Steuern	673,3	691	723½	752½	779½	807½
sonstige Einnahmen	160,1	154½	147	148	148	145½
insgesamt	833,4	845½	870½	900½	927½	953½
<b>III. Finanzierungssaldo</b>	<b>28,2</b>	<b>-4</b>	<b>-4</b>	<b>3</b>	<b>10</b>	<b>9½</b>
	Veränderung in % gegenüber Vorjahr					
<b>I. Ausgaben</b>						
Personalausgaben	3,2	3	3	2½	2½	2½
laufender Sachaufwand	5,1	8	4	2	1½	2
Zinsausgaben an andere Bereiche	-9,8	-7	-6	-2	-2½	13½
Sachinvestitionen	0,7	9	5	3½	2	½
Zahlungen an andere Verwaltungen <sup>1</sup>	7,8	4½	5	3½	3	3
sonstige Ausgaben	-1,6	9	2½	3½	3	2½
insgesamt	1,6	5½	3	2½	2	3
<b>II. Einnahmen</b>						
Steuern	4,7	2½	4½	4	3½	3½
sonstige Einnahmen	4,9	-3½	-5	½	0	-1½
insgesamt	4,7	1½	3	3½	3	3

<sup>1</sup>Verrechnungsverkehr und Zahlungen an Sozialversicherungen.

Kern- und Extrahaushalte der Gebietskörperschaften, ohne Sozialversicherung in der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Ist-Werte werden mit einer Nachkommastelle veröffentlicht.

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Mittelfristige Finanzprojektion der Öffentlichen Haushalte

### 3 Maastricht-Projektion

Der staatliche Finanzierungssaldo in der Maastricht-Abgrenzung (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen, jeweils inklusive ihrer Extrahaushalte, in der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) weist für das Jahr 2016 einen leichten Überschuss von rund ¼ % des BIP auf. Dieser Überschuss wird voraussichtlich auch in den Folgejahren bis einschließlich 2020 bestehen bleiben. Dabei ist zu beachten, dass der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in Maastricht-Abgrenzung vom Finanzierungssaldo des oben dargestellten Öffentlichen Gesamthaushalts abweicht. Zum einen ist zusätzlich der Finanzierungssaldo der Sozialversicherungen enthalten. Zum anderen werden Einnahmen und Ausgaben in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zum Teil anders abgegrenzt und periodengerecht gebucht.

Deutschland hält das mittelfristige Haushaltsziel eines strukturellen gesamtstaatlichen Defizits von maximal 0,5 % des BIP seit dem Jahr 2012 ein. Im vergangenen Jahr lag der strukturelle Saldo von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen bei + 0,8 %

des BIP. Nach der Sommerprognose wird der strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im laufenden Jahr bei rund + ½ % des BIP, im übrigen Programmzeitraum – bei annähernd geschlossener Produktionslücke – bei rund ¼ % des BIP liegen. Deutschland wird sein mittelfristiges Haushaltsziel somit auch in den Jahren 2016 bis 2020 durchgehend einhalten können. Die Verringerung des strukturellen Finanzierungssaldos im Jahr 2016 geht mit einer expansiven Wirkung der Finanzpolitik einher.

Die Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung konnte im vergangenen Jahr auf 71,2 % des BIP zurückgeführt werden. Die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sowie die fortgeführte Reduzierung der Portfolios in den Abwicklungsanstalten führen zu einer weiteren Verringerung der Schuldenstandsquote im laufenden Jahr um rund 3 Prozentpunkte auf rund 68 % des BIP. Bis zum Jahr 2020 ist mit einer kontinuierlichen Rückführung der Quote auf unterhalb der vom Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebenen Grenze von 60 % zu rechnen. Im Finanzplanungszeitraum werden damit alle nationalen und europäischen finanzpolitischen Vorgaben eingehalten.

Tabelle 2: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung<sup>1</sup>

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	- in % des BIP gerundet -					
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (Maastricht)	0,6	¼	¼	¼	¼	¼
Struktureller Finanzierungssaldo	0,8	½	¼	¼	¼	¼
Schuldenstand (Maastricht)	71,2	68	65 ¾	63 ½	61 ¼	59 ¼

<sup>1</sup> Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung jeweils einschließlich ihrer Extrahaushalte in der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Ist-Werte werden mit einer Nachkommastelle veröffentlicht.

Angaben zu den Projektionsjahren sind auf ¼ Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts gerundet.

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



## Analysen und Berichte

Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

# Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

- Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat am 24. Juni 2016 seine diesjährigen Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland abgeschlossen.
- Der IWF sieht für Deutschland eine weiterhin gute Wachstumsdynamik, getragen von privatem und staatlichem Konsum, anhaltender expansiver Geldpolitik und günstigen Energiepreisen.
- Im Rahmen des alle fünf Jahre stattfindenden „Financial Sector Assessment Program“ (FSAP) hat der IWF gemeinsam mit dem Artikel-IV-Bericht auch seinen Prüfbericht zur Stabilität des deutschen Finanzsektors veröffentlicht und stellt darin dem deutschen Finanzsektor insgesamt ein gutes Zeugnis aus.

Zu den wesentlichen Aufgaben des IWF gehört der Dialog mit den Mitgliedsländern über die nationalen und internationalen Auswirkungen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der IWF führt mit allen Mitgliedsländern jährliche Konsultationen durch. Die Grundsätze für diese Konsultationen sind in Artikel IV des Übereinkommens über den IWF festgelegt. Üblicherweise besucht zunächst ein Team von IWF-Mitarbeitern das jeweilige Land, um sich über die Wirtschafts- und Finanzlage zu informieren und mit der Regierung die wirtschafts- und finanzpolitische Ausrichtung zu diskutieren. Auf dieser Grundlage verfasst das IWF-Team einen Bericht, den die ständigen Vertreter der Mitgliedsländer beim IWF, die Exekutivdirektoren, erörtern. Der IWF veröffentlicht danach eine Presseerklärung, welche die wesentlichen Ergebnisse der Konsultationen zusammenfasst und diesem Artikel beigelegt ist.

Die jährlichen Artikel-IV-Konsultationen des IWF mit Deutschland fanden vom 27. April bis zum 9. Mai 2016 statt. Der Stabsbericht wurde am 29. Juni 2016 veröffentlicht.

Der IWF sieht für Deutschland eine weiterhin gute Wachstumsdynamik, getragen von einer starken Binnennachfrage und einer

dynamischen Entwicklung bei den staatlichen Ausgaben. Der Arbeitsmarkt befindet sich weiterhin in einer robusten Verfassung und anhaltend günstige Energiepreise könnten den privaten Konsum zusätzlich ankurbeln. Weitere Wachstumsimpulse seien von der expansiven Fiskalpolitik und der weiteren geldpolitischen Lockerung der Europäischen Zentralbank (EZB) zu erwarten. Der IWF liegt mit seinen Projektionen auf dem Niveau der Bundesregierung, hat aber angekündigt, dass diese angesichts des britischen EU-Austritts nach unten korrigiert werden könnten.

Im Rahmen des alle fünf Jahre stattfindenden FSAP hat der IWF gemeinsam mit dem Artikel-IV-Bericht auch seinen Prüfbericht zur Stabilität des deutschen Finanzsektors veröffentlicht. Der letzte FSAP-Prüfbericht stammte aus dem Jahr 2011. Der IWF stellt dem deutschen Finanzsektor insgesamt ein gutes Zeugnis aus. Er zeichnet im Hinblick auf die Stabilitätslage (Stresstests, Risiken, Niedrigzinsumfeld) sowie hinsichtlich der Bewertung struktureller Fragen (Krisenbewältigung, Aufsichtsregime, makroprudenzielle Politik, Sanierung und Restrukturierung) das Bild eines gefestigten, stabilen und widerstandsfähigen deutschen Finanzsystems.

## Analysen und Berichte

Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

Die Bundesregierung dankt dem IWF für die äußerst konstruktiven Gespräche und hat dabei deutlich gemacht, dass sie weiterhin eine solide Finanzpolitik verfolgen wird. Struktur-reformen und Haushaltskonsolidierung sind entscheidende Voraussetzungen, das Wachstum anzuregen und das Klima für private Investitionen zu verbessern.

Im Bereich der öffentlichen Investitionen wurde bereits eine Vielzahl von Maßnahmen beschlossen. Zum einen entlastet die Bundesregierung die Länder und Kommunen und schafft so zusätzliche Spielräume für öffentliche Investitionen. Zum anderen werden die Investitionsausgaben im Bundeshaushalt

deutlich erhöht. Sie steigen von 29,6 Mrd. € im Jahr 2015 auf 35 Mrd. € im Jahr 2019. Allein die Verkehrsinvestitionen werden in diesem Zeitraum von 10,5 Mrd. € auf knapp 14 Mrd. € angehoben. Damit bewegt sich die Bundesregierung entlang der Empfehlungen des IWF.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des IWF, dass die Entwicklung im deutschen Immobiliensektor im Hinblick auf eine mögliche Blasenbildung genau beobachtet werden sollte.

Die Einschätzungen des IWF zum deutschen Finanzsektor im Rahmen des FSAP decken sich weitgehend mit jenen der Bundesregierung.

### Pressemitteilung des IWF vom 29. Juni 2016

#### IWF-Exekutivdirektorium schließt Artikel-IV-Konsultationen 2016 mit Deutschland ab

Pressemitteilung Nr. 16/312

Am 24. Juni 2016 schloss das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Artikel IV-Konsultationen<sup>1</sup> mit Deutschland ab.

Die Wachstumsdynamik blieb konstant, da die starke Binnennachfrage die schwache Auslandsnachfrage ausgleichen konnte. Der Anstieg der privaten Konsumausgaben wurde durch den anhaltend robusten Arbeitsmarkt und niedrigere Energiepreise begünstigt, während sich die staatlichen Konsumausgaben und Investitionen ebenfalls dynamisch entwickelten. Die Kerninflation blieb mit rund 1 % konstant niedrig. Der Leistungsbilanzüberschuss stieg weiter deutlich an und erreichte 2015 8,5 % des BIP – ein Ausdruck der niedrigeren Rohstoffpreise und Währungseffekte. Der finanzpolitische Kurs war im vergangenen Jahr neutral.

Das lange Zeit verhaltene Kreditwachstum gewinnt an Dynamik, während die Immobilienpreise vor dem Hintergrund einer langsamen Reaktion auf den steigenden Wohnraumbedarf weiter ansteigen. Der Bankensektor steht vor zahlreichen Herausforderungen, die sich negativ auf die Ertragslage auswirken. Die Negativzinsen zehren die Gewinne im Privatkundengeschäft auf und die Aufwandsquote ist im internationalen Vergleich insgesamt hoch, während technologische Veränderungen und das neue Regulierungsumfeld – das sich noch in der Umsetzung befindet – eine Anpassung des Geschäftsmodells erfordern. Bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase hätten außerdem die Lebensversicherungen Schwierigkeiten, ihre Garantiezusagen einzuhalten.

<sup>1</sup> Gemäß Artikel IV des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds führt der IWF in der Regel jedes Jahr mit den Mitgliedern bilaterale Gespräche. Ein Team des Mitarbeiterstabs besucht das Land, ermittelt Wirtschafts- und Finanzdaten und erörtert mit Beamten die wirtschaftlichen Entwicklungen und politischen Maßnahmen des Landes. Nach seiner Rückkehr zum Hauptsitz verfasst der Mitarbeiterstab einen Bericht, der die Grundlage für die Diskussion im Exekutivdirektorium bildet.

## Analysen und Berichte

Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

Die moderate Wachstumsdynamik wird voraussichtlich weiterhin von der Binnennachfrage getragen. Die massive expansive Fiskalpolitik, die jüngste weitere geldpolitische Lockerung der EZB und die nach wie vor günstigen Energiepreise dürften die Schwäche einiger wichtiger Handelspartner weiterhin ausgleichen. Für dieses und nächstes Jahr wird ein Anstieg des BIP um 1,7 % beziehungsweise 1,5 % prognostiziert. Es ist eine kleine positive Produktionslücke zu erwarten, die zusammen mit den jüngsten EZB-Maßnahmen die Kern- und Gesamtinflation ganz allmählich in Richtung 2 % führen dürfte. Diese Prognose berücksichtigt jedoch noch nicht die wirtschaftlichen Auswirkungen der Entscheidung im Vereinigten Königreich über den Austritt aus der Europäischen Union. Zudem ist vor dem Hintergrund der noch immer unsicheren globalen Wachstumsaussichten, des schnellen demografischen Wandels und der langsamen Umsetzung der Strukturreformen mittelfristig ein verringertes Wachstum zu erwarten.

### Bewertung durch das Exekutivdirektorium<sup>2</sup>

Die Exekutivdirektoren begrüßten den positiven Wachstumsbeitrag der Binnennachfrage, die von niedrigeren Energiepreisen, steigenden Reallöhnen, sinkender Arbeitslosigkeit und akkommodierenden haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen getragen wurde. Diese Entwicklungen werden das Wachstum in der nächsten Zeit weiterhin stützen. Die Direktoren wiesen darauf hin, dass die Wachstumsaussichten mit Abwärtsrisiken behaftet sind; dazu gehören ein schwächeres Wachstum der Handelspartner Deutschlands sowie eine verstärkte Unsicherheit nach der britischen Entscheidung über den EU-Austritt. Unterdessen bleibt der hohe Leistungsbilanzüberschuss bestehen; gleiches gilt für die Herausforderungen durch den demografischen Wandel und den Flüchtlingszustrom.

Vor diesem Hintergrund stimmten die Direktoren überein, dass sich politische Maßnahmen auf eine Stärkung des Potenzialwachstums und Wiederherstellung des Gleichgewichts konzentrieren sollten, da dadurch auch der fragile Aufschwung im Euro-Währungsgebiet gestützt wird. Unter den Direktoren herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass sofern innerhalb der Haushaltsvorgaben Mittel zur Verfügung stehen, diese verstärkt für qualitativ hochwertige öffentliche Investitionen und zur Finanzierung wachstumsfördernder Reformen genutzt werden sollten. Sie begrüßten die laufenden Bemühungen der Regierung zur Verbesserung der öffentlichen Investitionen insgesamt sowie die Pläne zum Abbau verwaltungs- und regulierungsbedingter Investitionshindernisse. Die Direktoren würdigten die Aufnahmebereitschaft der Bundesregierung angesichts des großen Flüchtlingszustroms.

Die Direktoren betonten, dass in einer rapide alternden Gesellschaft schnellere Fortschritte bei den Strukturreformen für die Stärkung des mittelfristigen Wachstums unabdingbar sind. Sie forderten zielgerichtete Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebots durch eine stärkere Beteiligung von Frauen, älteren Menschen und Zuwanderern am Arbeitsmarkt sowie Reformen in den Bereichen Steuern, Rentensystem und Krankenversicherungsbeiträge. Die Direktoren sprachen sich darüber hinaus für entschlossene Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität des Dienstleistungssektors aus.

<sup>2</sup> Nach Abschluss der Diskussion fasst der Geschäftsführende Direktor in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Direktoriums die Ansichten der Exekutivdirektoren zusammen, und diese Zusammenfassung wird der Regierung des jeweiligen Mitgliedstaats übermittelt. Eine Erläuterung der in den Zusammenfassungen verwendeten Qualifikationsmerkmale finden Sie unter: <http://www.imf.org/external/np/sec/misc/qualifiers.htm>

## Analysen und Berichte


Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

Die Direktoren begrüßten die jüngsten Maßnahmen zur Verbesserung der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt. Sie befürworteten die Reformen im Bereich der Immobilienbesteuerung sowie makroprudenzielle Instrumente zur Verbesserung des Immobiliensektors und der aufsichtsrechtlichen Datenbank. Darüber hinaus müssen die Entwicklungen auf dem Häusermarkt und der Hypothekendarlehen sorgfältig überwacht werden.

Die Direktoren stellten fest, dass der Bankensektor insgesamt stark und krisenfest ist und über eine gute Kapitalausstattung verfügt. Dennoch müssen die Banken aufgrund niedriger Zinsen, hoher Betriebskosten, technologischer und regulierungsbedingter Änderungen ihre Bemühungen zur Anpassung an diese Herausforderungen beschleunigen und ihr Risikomanagement verbessern. Die Direktoren empfehlen der Regierung, die Versicherungsbranche aufmerksam zu überwachen, von angeschlagenen Unternehmen Aktionspläne einzufordern und die Sicherheitsnetze weiterhin zu überprüfen.

Die Direktoren begrüßten die Fortschritte bei der Umsetzung des aktualisierten Programms zur Bewertung des Finanzsektors 2011 (FSAP). Sie erachteten die Vollendung des neuen Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten als hohe Priorität für Deutschland zur Stabilisierung des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus und des einheitlichen Abwicklungsmechanismus. Es bedarf weiterer Bemühungen, um die Quantität und Qualität der Daten der Aufsichtsbehörden zu verbessern, Abwicklungspläne für internationale Großbanken fertigzustellen und die Krisenbewältigungsvereinbarungen mit den europäischen Behörden zu verbessern.

Die Direktoren wiesen auf die weltweite systemische Bedeutung deutscher Großbanken und die möglichen Übertragungseffekte hin, die sich aus einem Rückzug dieser Banken aus ihren Korrespondenzbankbeziehungen ergeben könnten. Die Direktoren forderten die Bundesregierung auf, für ein besseres Risikomanagement dieser Banken zu sorgen, die Zusammenarbeit mit anderen nationalen Aufsichtsbehörden zur Harmonisierung des Regulierungsrahmens zu stärken und den grenzüberschreitenden Informationsaustausch zu erleichtern.

 Analysen und Berichte

Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

## Anlage zur Pressemitteilung des IWF: Ausgewählte Konjunkturindikatoren, 2014 bis 2017

	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>
<b>Produktion</b>				
Reales BIP-Wachstum (in %)	1,6	1,4	1,7	1,5
Anstieg der gesamten Inlandsnachfrage (in %)	1,3	1,4	2,3	1,8
Produktionslücke (in % des potenziellen BIP)	-0,2	-0,1	0,2	0,4
<b>Beschäftigung</b>				
Arbeitslosenquote (in %, IAO)	5,0	4,6	4,3	4,5
Anstieg der Beschäftigung (in %)	0,9	0,8	1,3	0,6
<b>Preise</b>				
Inflation (in %)	0,8	0,1	0,4	1,5
<b>Gesamtstaatliche Finanzen</b>				
Haushaltssaldo (in % des BIP)	0,3	0,6	-0,1	0,1
Einnahmen (in % des BIP)	44,6	44,6	44,4	44,5
Ausgaben (in % des BIP)	44,3	44,0	44,5	44,4
Staatsverschuldung (in % des BIP)	74,7	71,2	68,5	66,2
<b>Geld- und Kreditvolumen</b>				
Geldmenge in der weitesten Abgrenzung (M3) (zum Jahresende, Änderung in %) <sup>2</sup>	4,9	9,2		
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen (Änderung in %)	0,6	2,4		
Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen (in %)	1,2	0,6		
<b>Zahlungsbilanz</b>				
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	7,3	8,5	8,2	7,7
Handelsbilanz (in % des BIP)	7,8	8,7	8,5	8,4
Ausfuhren (in % des BIP)	38,2	39,0	38,7	39,3
Volumen (Änderung in %)	4,2	5,0	3,0	4,0
Einfuhren (in % des BIP)	30,5	30,3	30,2	30,9
Volumen (Änderung in %)	4,7	5,8	5,2	5,0
Saldo ausländische Direktinvestitionen (in % des BIP)	-2,7	-1,9	-0,7	-0,7
Reserven ohne Gold (in Mrd. US-Dollar)	62,3	58,5		
Auslandsverschuldung (in % des BIP)	154,5			
<b>Wechselkurs</b>				
REWK (Änderung in %) <sup>3</sup>	0,5	-5,3		
NEWK (Änderung in %) <sup>4</sup>	0,8	-4,8		
Realer effektiver Kurs (2005 = 100)	96,0	90,9		
Nominaler effektiver Kurs (2005 = 100)	102,0	97,1		

<sup>1</sup> Prognose.<sup>2</sup> Entspricht Deutschlands Beitrag zur M3-Geldmenge im Euroraum.<sup>3</sup> Realer effektiver Wechselkurs, VPI-Basis, alle Länder.<sup>4</sup> Nominaler effektiver Wechselkurs, alle Länder.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Eurostat, Statistisches Bundesamt, Haver Analytics, Berechnungen des IWF-Stabs.

Jahrestagung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank in Peking

# Jahrestagung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank in Peking

## Erfolgreicher Start: Erste Infrastrukturfinanzierungen sind auf den Weg gebracht

- Am 25./26. Juni 2016 sind in Peking die Gouverneure der neuen Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) im Rahmen der ersten Jahresversammlung zusammengekommen.
- Die Gouverneure diskutierten die Fortschritte der AIIB seit ihrer Gründung am 16. Januar 2016: Die Bank hat bereits die ersten vier Projektfinanzierungen mit einem Volumen von 509 Mio. US-Dollar für die AIIB auf den Weg gebracht.
- Der Gouverneursrat wählte auch die Mitglieder des Direktoriums der Bank. Deutschland stellt einen der zwölf Direktoren und vertritt in einer Stimmrechtsgruppe die Interessen der zehn Euroraumländer, die Mitglied der AIIB sind.
- Ebenfalls Teil des Programms der Jahresversammlung der AIIB waren Seminare, die sich mit Fragen zur Rolle multilateraler Entwicklungsbanken im Zusammenhang mit Infrastrukturinvestitionen und globalem Wachstum sowie zur Finanzierung „grüner“ Infrastruktur im Hinblick auf den Klimawandel befassten.

1	Sitzung des Gouverneursrates am 25. Juni 2016 .....	28
1.1	Bericht des Managements .....	28
1.2	Stellungnahmen der Gouverneure .....	30
1.3	Wahlen zum Vorsitz des Gouverneursrates und zum Direktorium .....	30
2	Seminare unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Wirtschaft am 26. Juni 2016 .....	30
3	Zusammenfassung und Ausblick .....	31

### 1 Sitzung des Gouverneursrates am 25. Juni 2016

#### 1.1 Bericht des Managements

Die Mitglieder des Gouverneursrates der AIIB sind unter dem Vorsitz des chinesischen Finanzministers, Lou Jiwei, vom 25. bis 26. Juni 2016 in Peking zu ihrer ersten Jahrestagung zusammengekommen. Deutschland stellte – wie bereits bei der Gründungsveranstaltung im Januar dieses Jahres – einen der zwei Vizevorsitze im Gouverneursrat.

AIIB-Präsident Jin Liqun informierte die Gouverneure über die Entwicklung der Bank während der ersten sechs Monate ihrer Geschäftstätigkeit. Die Bank hat bereits vier Projektfinanzierungen mit einem Volumen von 509 Mio. US-Dollar für die AIIB auf den Weg gebracht (siehe Abbildung 1). Investiert wird in den Bereichen Elektrizität, Städtebau und Verkehr in den Ländern Bangladesch, Indonesien, Pakistan und Tadschikistan. Während das Projekt in Bangladesch von der AIIB in eigener Verantwortung entwickelt wurde, geht die Bank bei den anderen Projekten Kofinanzierungen mit der

Analysen und Berichte

Jahrestagung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank in Peking

Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und der Weltbank ein. Alle vier Projekte sind auf den Internetseiten der AIIB dokumentiert.

Ziel ist es, die AIIB schnell am Markt zu etablieren und dabei auf den Erfahrungen der bereits bestehenden multilateralen Entwicklungsbanken aufzubauen. Weitere Projekte der AIIB – Kofinanzierungen und eigenständige Projekte – sind in Vorbereitung und werden im weiteren Jahresverlauf dem Direktorium als dem Gremium, das über die aktuellen Geschäfte der Bank wacht, zur Entscheidung vorgelegt.

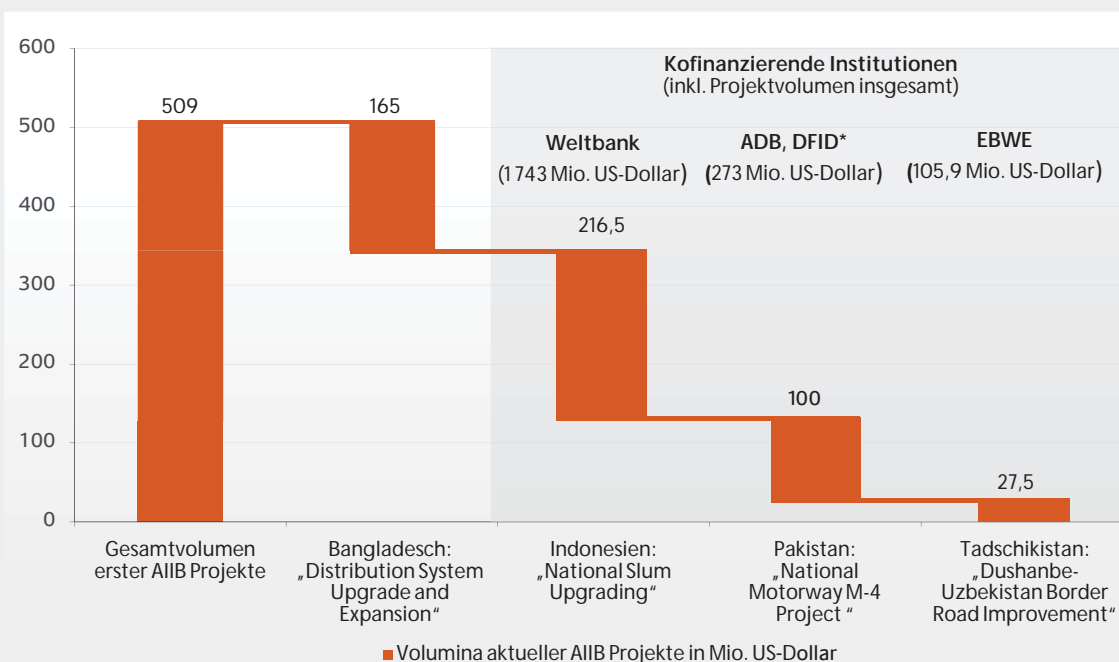
Die Zusammenarbeit mit etablierten Institutionen spielt in strategischer Hinsicht eine wichtige Rolle. Auch für den Austausch von technischem Wissen und insbesondere für die Implementierung von Umwelt- und Sozialstandards ist die Kooperation mit erfahrenen

Institutionen wichtig. Die AIIB hat in den ersten Monaten ihrer Geschäftstätigkeit mit vier anderen Organisationen Partnerabkommen geschlossen:

- „Co-Financing Agreement“ mit der Weltbankgruppe vom 13. April 2016
- „Memorandum of Understanding“ mit der ADB vom 2. Mai 2016
- „Memorandum of Understanding“ mit der EBWE vom 11. Mai 2016
- „Framework Agreement“ mit der Europäischen Investitionsbank vom 30. Mai 2016.

In seinem Budget-Bericht zeichnete das Management der AIIB eine solide Finanzsituation. Das eingezahlte Kapital betrage derzeit 3,2 Mrd. US-Dollar; bis Jahresende solle sich diese Summe auf circa 8 Mrd. US-Dollar

Abbildung 1: Erste Projekte der AIIB in Mio. US-Dollar



\*UK Department for International Development.

Quelle: AIIB, eigene Darstellung.

## Analysen und Berichte

Jahrestagung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank in Peking

belaufen. Die Ausleihaktivitäten und ihre angesetzten Verwaltungsausgaben könnten durch das Eigenkapital sowie die vom Management ausgewiesenen Kreditgebühren und Kapitalerträge gedeckt werden. Die laufenden Ausgaben der Bank würden für das Jahr 2016 auf rund 47 Mio. US-Dollar geschätzt; hinzu kämen geplante Kapitalausgaben in Höhe von 6 Mio. US-Dollar. Wichtig für die weitere Arbeit der AIIB sei es, dass der Personalaufbau der Bank entschlossen vorangetrieben werde.

### 1.2 Stellungnahmen der Gouverneure

Unter der Überschrift „Partnership for Infrastructure Development“ fasste Deutschland in seinem Statement das bisher gemeinsam Erreichte zusammen und würdigte die erfolgreiche Geschäftsaufnahme. Hierbei seien auch die Kooperationsabkommen mit anderen multilateralen Entwicklungsbanken hilfreich; die AIIB könne vom Dialog mit diesen Banken und von deren Erfahrungen profitieren. Für den Erfolg der AIIB sei zentral, dass die Bank die hohen Erwartungen erfülle, die in Bezug auf die Einhaltung der vereinbarten Standards bestünden – eine Einschätzung, die von den anderen Gouverneuren geteilt wurde. Die AIIB könne eine Vorbildrolle unter den multilateralen Entwicklungsbanken einnehmen und Anreize zur Einbeziehung des Privatsektors und zur Hebung von privatem Kapital zur Finanzierung insbesondere auch grenzüberschreitender Infrastrukturinvestitionen setzen.

### 1.3 Wahlen zum Vorsitz des Gouverneursrates und zum Direktorium

Der Gouverneursrat ist das höchste Aufsichts- und Entscheidungsgremium der AIIB. Jedes Mitglied der AIIB entsendet einen Vertreter in dieses Gremium, wobei die Gouverneure in der Regel die Finanz- oder Wirtschaftsminister ihrer Regierungen sind.

Gemäß den Statuten der AIIB wählte der Gouverneursrat bei der Jahrestagung turnus-

gemäß seinen neuen Vorsitz, bestehend aus einem Vorsitzenden und zwei Vizevorsitzenden. Ein Vizevorsitz ist für regionale (d. h. asiatische), einer für nicht-regionale Gouverneure vorgesehen. Bisher führte China den Vorsitz, Deutschland und Indonesien hatten im Januar 2016 die Positionen der Vizevorsitzenden übernommen. Bei der Jahrestagung in Peking wurden für die nächsten zwölf Monate Südkorea als neuer Vorsitz und Georgien sowie das Vereinigte Königreich als neue Vizevorsitzende im Gouverneursrat gewählt.

Die Überwachung der täglichen Geschäfte obliegt dem aus zwölf Direktoren bestehenden Direktorium. Neun der zwölf Direktoren werden von den regionalen, drei von den nicht-regionalen Mitgliedern gestellt. Bei den Wahlen zum Direktorium wurde der Deutsche Nikolai Putscher in seiner bisherigen Funktion als Direktor bestätigt. Er vertritt in einer Stimmrechtsgruppe die Stimmenanteile der zehn Euro-Mitgliedstaaten, die auch Mitglied der AIIB sind.

Der Gouverneursrat legte auch fest, dass das nächste Jahrestreffen der AIIB in Jeju in Südkorea abgehalten wird.

## 2 Seminare unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Wirtschaft am 26. Juni 2016

Für die Bundesregierung ist eine offene und mit anderen internationalen Finanzinstitutionen vergleichbare Informationspolitik der AIIB ein sehr wichtiges Anliegen. Bisher hat die AIIB alle wesentlichen Dokumente auf ihrer Internetseite veröffentlicht, z. B. Projektdokumentationen, Projektvorschläge und Dokumente zu den Geschäftspolitiken.

Um zu gewährleisten, dass die Arbeit der AIIB durch die kritische Öffentlichkeit begleitet



## Analysen und Berichte

Jahrestagung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank in Peking

werden kann, ist zudem der Austausch mit Nichtregierungsorganisationen von besonderer Bedeutung.

Gelegenheit hierzu bestand bei den Seminaren während der Jahrestagung. Unter den Überschriften „Infrastructure and Global Economic Growth“ und „Financing Green Infrastructure: The Role of Multilateral Development Banks (MDBs)“ boten zwei Seminare nationalen und internationalen Experten, Vertretern von Institutionen der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Presse die Möglichkeit, sich mit den zukünftigen Arbeitsfeldern der AIIB im Bereich der Infrastruktur- und Entwicklungsfinanzierung auseinanderzusetzen.

Zu den Panelteilnehmern gehörten führende Finanzpolitiker der AIIB-Mitgliedstaaten wie z. B. der chinesische Finanzminister Lou Jiwei und sein indischer Kollege Arun Jaitley, ausgewiesene Experten im Bereich Entwicklungsfinanzierung wie z. B. Thomas Maier, geschäftsführender Direktor bei der EBWE, und Joachim von Amsberg, der deutsche AIIB-Vizepräsident für Geschäftspolitik und Strategie, sowie Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft wie z. B. Calvin Quek, Leiter des Programms für nachhaltige Entwicklung von Greenpeace Ostasien.

Die Seminartagung war öffentlich und wurde auch per Livestream im Internet übertragen.

### 3 Zusammenfassung und Ausblick

Für die Bundesregierung steht die Teilnahme an der AIIB in Kontinuität zu dem erfolgreichen Engagement in internationalen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen zur Förderung von Infrastrukturprojekten. Daneben ist es auch Ziel der Bundesregierung, hohe Umwelt, Sozial- und Governance-Standards anzuwenden und die Partizipation deutscher Unternehmen und Banken an den AIIB-Projekten durch moderne und faire Beschaffungsregeln zu ermöglichen. Hierzu wurden außerhalb des Übereinkommens zur Gründung der AIIB (den Articles of Agreement) zentrale operative Regelungen erarbeitet, vor allem Umwelt- und Sozialstandards und Standards im Beschaffungswesen.

Die Jahresversammlung des Gouverneursrates und insbesondere der dort vorgestellte Bericht des AIIB-Managements zu den angelaufenen und in Zusammenarbeit mit etablierten Finanz- und Entwicklungsorganisationen entwickelten Projekten zeigen, dass die AIIB hierbei bereits auf einem guten Weg ist. Deutschland als größter nicht-regionaler Anteilseigner hat auf der Gouverneurstagung erneut seine Unterstützung für den weiteren Aufbau der AIIB zu einer erfolgreichen internationalen Finanzierungsinstitution zugesagt.

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Gesamtbild der aktuellen Konjunkturindikatoren signalisiert eine solide Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft. Die Risiken sind allerdings mit der Brexit-Entscheidung größer geworden.
- Die Aktivität in der Industrie zeigte sich zur Quartalsmitte weniger kräftig als noch im April. Für den weiteren Jahresverlauf ist jedoch eine Fortsetzung der Expansion zu erwarten. Die Exportentwicklung bleibt trotz schwachem Mai leicht aufwärtsgerichtet.
- Die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt hält an. Die zeigt sich in rückläufiger Arbeitslosigkeit und zunehmender Beschäftigung.

### Solide Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft

Im 1. Quartal 2016 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) kalender-, saison- und preisbereinigt um 0,7 % im Vergleich zum Vorquartal, nach + 0,3 % im Schlussquartal 2015. Das starke Wachstum zu Jahresbeginn war wesentlich durch Sondereffekte beeinflusst worden (z. B. die witterungsbedingt stärkere Bauproduktion im Winter), was spiegelbildlich als Gegenreaktion die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten im 2. Quartal dämpfen könnte.

Die Gesamtheit der aktuellen Konjunkturindikatoren spricht für eine Fortsetzung der moderaten konjunkturellen Aufwärtsbewegung im weiteren Jahresverlauf. Das Ergebnis des Brexit-Votums ist in den Indikatoren am aktuellen Rand aufgrund des zeitlichen Nachlaufs noch nicht enthalten. Ungeachtet dessen signalisieren die Indikatoren eine solide Verfassung der deutschen Wirtschaft.

Die Industrieproduktion hat sich nach einem guten Start ins 2. Quartal im Mai zwar abgeschwächt, hier kamen jedoch zum einen Brückentageeffekte durch die Lage der Feiertage zum Tragen. Zum anderen dürfte im weiteren Verlauf die Baukonjunktur

wieder stärker zum Tragen kommen, deren Frühjahrsbelebung aufgrund der kräftigen Aktivität im Winter vergleichsweise schwach ausfiel. Die Auftragseingänge aus dem Inland und aus dem Ausland sind tendenziell aufwärtsgerichtet. Auch das ifo Geschäftsklima hat sich zuletzt wiederholt aufgehellt. Die Exporte sind trotz schwachem Mai tendenziell leicht aufwärtsgerichtet. Der Beschäftigungsaufbau ist ungebrochen.

Auch die Entwicklung der Steuereinnahmen signalisiert eine robuste Wirtschaftsentwicklung, insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt, die Einkommenslage der Steuerpflichtigen und die Gewinnsituation der Unternehmen. In kumulierter Betrachtung bis Juni 2016 lag das Aufkommen der Lohnsteuer brutto (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) um 2,8 % und das der veranlagten Einkommensteuer brutto (u. a. vor Abzug der Arbeitnehmererstattungen) um 7,8 % über dem Vorjahresniveau. Auch das Aufkommen der Körperschaftsteuer stieg brutto (vor Abzug der Investitionszulage) mit 38,8 % im 1. Halbjahr 2016 deutlich an. Von einer guten binnenwirtschaftlichen Entwicklung zeugt zudem das Aufkommen der Steuern von Umsatz, das in der 1. Jahreshälfte um 4,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum merklich anstieg.

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

**Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten**

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2015		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			3. Q. 15	4. Q. 15	1. Q. 16	3. Q. 15	4. Q. 15	1. Q. 16
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup></b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	107,8	+1,7	+0,3	+0,3	+0,7	+1,7	+2,1	+1,3
jeweilige Preise	3 026	+3,8	+0,4	+1,1	+1,0	+3,7	+4,4	+3,1
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	2 265	+4,1	+1,1	+1,0	+0,6	+4,0	+4,4	+3,2
Arbeitnehmerentgelte	1 485	+3,9	+0,9	+1,1	+0,7	+3,9	+3,8	+4,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	722	+4,6	+1,6	+0,7	+0,4	+4,1	+5,8	+1,8
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 758	+2,8	+1,1	+1,1	-0,3	+3,0	+2,8	+2,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 259	+3,8	+0,9	+0,9	+1,2	+4,1	+4,0	+4,3
Sparen der privaten Haushalte	176	+4,9	-1,0	+6,9	-5,0	+3,9	+5,1	+3,5
Außenhandel/Umsätze/Produktion/ Auftragseingänge	2015		Veränderung in % gegenüber					
Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr <sup>2</sup>			
		Apr 16	Mai 16	Zweimonats- durchschnitt	Apr 16	Mai 16	Zweimonats- durchschnitt	
in jeweiligen Preisen								
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	1 196	+6,5	+0,1	-1,8	+0,2	+3,9	+1,6	+2,8
Waren-Importe	949	+4,2	-0,3	+0,1	-1,5	-0,0	-0,1	-0,0
in konstanten Preisen von 2010								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>3</sup>	110,3	+0,4	+1,0	-1,8	-0,4	+1,6	-0,4	+0,6
Bauhauptgewerbe	106,0	-2,2	-2,9	-0,9	-4,9	-0,8	-1,6	-1,2
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>3</sup>	110,2	+1,5	+0,9	-0,8	+0,1	+1,0	-0,2	+0,4
Inland	105,0	+0,5	+0,3	-0,9	-0,7	+0,9	-0,6	+0,1
Ausland	115,8	+2,5	+1,6	-0,8	+1,0	+1,2	+0,1	+0,6
<b>Auftragseingang (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>3</sup>	110,2	+1,0	-1,9	+0,0	-0,6	-0,4	-0,2	-0,3
Inland	105,3	+1,8	+1,6	-1,9	+0,8	+1,9	+0,8	+1,3
Ausland	114,2	+0,4	-4,3	+1,4	-1,6	-2,1	-0,9	-1,5
Bauhauptgewerbe	113,7	+4,0	-0,8	.	-1,5	+18,4	.	+16,4
<b>Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)</b>								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	105,4	+2,9	+0,0	+0,7	-0,2	+3,0	+2,7	+2,9
Handel mit Kfz	111,9	+7,7	+2,2	-0,2	-1,1	+10,4	.	+5,6

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2015		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Apr 16	Mai 16	Jun 16	Apr 16	Mai 16	Jun 16
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,79	-3,6	-16	-11	-6	-99	-98	-97
Erwerbstätige, Inland	43,06	+0,8	+43	+45	.	+544	+559	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+0,0	+33	.	.	+681	.	.

Preisindizes 2010 = 100	2015		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Apr 16	Mai 16	Jun 16	Apr 16	Mai 16	Jun 16
Importpreise	100,9	-2,6	-0,1	+0,9	.	-6,6	-5,5	.
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	103,9	-1,9	+0,1	+0,4	.	-3,1	-2,7	.
Verbraucherpreise	106,9	+0,2	-0,4	+0,3	+0,1	-0,1	+0,1	+0,3

ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Nov 15	Dez 15	Jan 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16	Jun 16
Klima	+11,1	+10,2	+7,8	+4,7	+6,7	+6,5	+8,6	+10,4
Geschäftslage	+16,0	+14,9	+14,2	+14,9	+16,5	+15,4	+17,2	+17,8
Geschäftserwartungen	+6,2	+5,7	+1,6	-5,0	-2,6	-2,0	+0,4	+3,2

<sup>1</sup> Stand: 25. Mai 2016.

<sup>2</sup> Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

<sup>3</sup> Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

### Schwache Industriekonjunktur im Mai

Nach gutem Start in das 2. Quartal hat sich die Industrieproduktion in der Quartalsmitte deutlich abgeschwächt (-1,8% gegenüber dem Vormonat). Die Industrieproduktion ging damit stärker zurück als die Erzeugung im gesamten produzierenden Gewerbe (-1,3% gegenüber Vormonat). Zum Rückgang der Industrieproduktion hat zum Teil die überdurchschnittliche Zahl an Brückentagen beigetragen, die mit der Lage der Feiertage im Mai im Zusammenhang steht.

Insbesondere die industrielle Erzeugung von Investitionsgütern fiel im Vormonatsvergleich schwach aus (-3,9%). Die Herstellung von Vorleistungsgütern zeigte ebenfalls eine leichte Abwärtsbewegung (-0,3%), während die Konsumgüterproduktion erneut einen leichten Anstieg (+0,5%) aufwies. Insgesamt

ist die Industrieproduktion auch im Dreimonatsdurchschnitt leicht abwärtsgerichtet (-0,5% gegenüber dem Vorquartal). Auch die Umsätze in der Industrie verschlechterten sich im Mai erneut (saisonbereinigt -0,8% gegenüber dem Vormonat) nach einem kurzzeitigem Anstieg im April. Dabei sanken sie sowohl im Inland, als auch im Ausland. Erstmals seit Ende 2015 ist auch der Dreimonatsdurchschnitt der Inlandsumsätze wieder abnehmend (-1,0%); Auslandsumsätze sind dagegen noch leicht aufwärtsgerichtet (+0,3%).

Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Industrieproduktion tendenziell jedoch moderat aufwärtsgerichtet bleiben. Dafür spricht die positive Entwicklungstendenz der Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen im bisherigen Jahresverlauf. Das dadurch erreichte hohe Niveau an Auftragsbeständen dürfte in den

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

nächsten Monaten die Produktionstätigkeit begünstigen.

Zwar stagnierte der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Mai (0,0 %) gegenüber dem Vormonat (April: - 1,9 %), die Dreimonatsbetrachtung lässt jedoch insgesamt einen leichten Anstieg erkennen (+ 1,0 %). Die Inlandsnachfrage nach industriellen Erzeugnissen aus deutscher Produktion nahmen im Mai ab (- 1,9 % gegenüber dem Vormonat; Dreimonatsdurchschnitt + 0,8 %), während die Nachfrage aus dem Ausland leicht zunahm (+ 1,4 %, Dreimonatsdurchschnitt + 1,1 %).

Diese Entwicklung steht auch im Einklang mit dem Anstieg der ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im Juni, der auf eine moderate Expansion der industriellen Aktivität hindeutet.

### Exportentwicklung tendenziell aufwärtsgerichtet

Die Exporte verzeichneten im Mai 2016 zwar einen deutlichen Rückgang, was angesichts der positiven Ergebnisse des 1. Quartals wenig überraschend ist. Der Trend bleibt aber klar aufwärtsgerichtet.

Insgesamt sanken die nominalen Warenexporte im Mai in saisonbereinigter Betrachtung (saisonbereinigt - 1,8 % gegenüber Vormonat) nach deutlichen Anstiegen zu Anfang des Jahres und annähernder Stagnation im April. Der um monatliche Schwankungen geglättete und deswegen aussagekräftigere Dreimonatsdurchschnitt ist jedoch weiterhin aufwärtsgerichtet (+ 2,2 %). Auch gegenüber dem Mai 2015 legte das Exportniveau um 1,6 % zu. Ausfuhren in EU-Länder nahmen im Zeitraum Januar bis Mai im Vorjahresvergleich kräftiger zu (EU: + 3,5 %, Nicht-Euroraum: + 5,4 %), während Exporte in Drittländer weiterhin ihr Vorjahresniveau unterschritten (- 1,3 %).

Die nominalen Warenimporte blieben im Mai annähernd konstant (saisonbereinigt + 0,1 % gegenüber dem Vormonat nach - 0,3 % im

April). In der Tendenz zeigt sich allerdings auch aufgrund der schwachen Einfuhrstätigkeit im März eine Abwärtsbewegung (Dreimonatsvergleich: - 2,2 %). In der Vorjahresbetrachtung liegt das Importniveau im Mai in etwa auf dem Niveau vom Mai 2015 (- 0,1 %). Im Zeitraum Januar bis Mai nahmen dabei die Importe aus EU-Ländern außerhalb des Euroraums gegenüber dem Vorjahreszeitraum am deutlichsten zu (+ 5,1 %), gefolgt vom Euroraum (+ 0,3 %). Importe aus Drittländern nahmen um 2,8 % ab.

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten, mit Ergänzungen zum Außenhandel) überschritt im Zeitraum Januar bis Mai 2016 das entsprechende Vorjahresniveau um 11,1 Mrd. €. Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 19,3 Mrd. €. Dieser war hauptsächlich auf den Überschuss beim Warenhandel zurückzuführen.

In den kommenden Monaten dürfte sich das Wachstum der Exporte moderat fortsetzen. Allerdings ist die weltwirtschaftliche Entwicklung immer noch eher verhalten. Die Nachfrage aus den Handelspartnerländern stellt sich dabei regional sehr differenziert dar. Positiv hervorzuheben ist insbesondere die Entwicklung der Aufträge aus dem Euroraum. Hier hat insbesondere die Nachfrage nach Investitionsgütern zuletzt deutlich zugenommen. Auch die Exporterwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen sind im Juni saisonbereinigt leicht gestiegen. Die Importtätigkeit wird im weiteren Jahresverlauf von der kräftigen Binnennachfrage Impulse erhalten. Die Indikatoren zur Außenwirtschaft wurden vor dem Brexit-Referendum erhoben. Ob die derzeitige Unsicherheit aufgrund des Brexit Rückwirkungen auf die Exportentwicklung hat, bleibt abzuwarten.

### Weiterhin günstige Bedingungen für Konsumnachfrage

Der private Konsum dürfte auch im 2. Quartal die Binnennachfrage gestützt haben. Die hohe Preisniveaustabilität, die zunehmende Beschäftigung und steigende Löhne

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

begünstigen die Kaufkraft der privaten Haushalte und dadurch deren Konsumnachfrage. Das Verbrauchervertrauen befindet sich auf einem hohen Niveau. Sowohl die Einkommens- als auch die Konjunkturerwartungen der Konsumenten stiegen im Juni laut Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung an. Auch die Stimmung der Unternehmen im Einzelhandel ist gut: Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) haben sich im Mai im Vergleich zum Vormonat leicht verbessert (+ 0,7%). Die Umsätze im Kfz-Handel sind im April merklich gestiegen. Der Auftragseingang aus dem Inland ist bei Konsumgütern deutlich aufwärtsgerichtet. Insgesamt dürfte der private Konsum auch im weiteren Jahresverlauf ein wichtiger Faktor für die binnenwirtschaftliche Dynamik bleiben.

### Anhaltend positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv. Im Juni waren 2,61 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren 97 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 5,9% (- 0,3 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr). Auch saisonbereinigt ging die Arbeitslosenzahl im Juni gegenüber dem Vormonat weiter zurück (- 6 000 Personen). Die Zahl der Erwerbslosen (nach ILO-Konzept und Ursprungszahlen) betrug im Mai 2016 1,78 Millionen Personen. Die Erwerbslosenquote lag bei 4,2%.

Die Erwerbstätigkeit ist im Mai weiter gestiegen. Die Erwerbstätigenzahl (nach dem Inlandskonzept und nach Ursprungswerten) lag im April bei 43,7 Millionen Personen (+ 559 000 Personen beziehungsweise + 1,3% gegenüber dem Vorjahr). Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigenzahl um 45 000 Personen gegenüber dem Vormonat weiter kräftig zu. Insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete im April wieder ein deutliches Plus, während die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit

(Selbständigkeit, ausschließlich geringfügige Beschäftigung) weiter zurückgingen.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag (nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA)) im April bei 31,3 Millionen Personen. Der Vorjahresstand wurde damit um 681 000 Personen überschritten (+ 2,2%). Saisonbereinigt verzeichnete die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein Plus von 33 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Nach Wirtschaftszweigen nahm die Beschäftigung insbesondere in den Bereichen Pflege und Soziales sowie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (dazu zählen u. a. Gebäudebetreuung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen, Wach- und Sicherheitsdienste) zu.

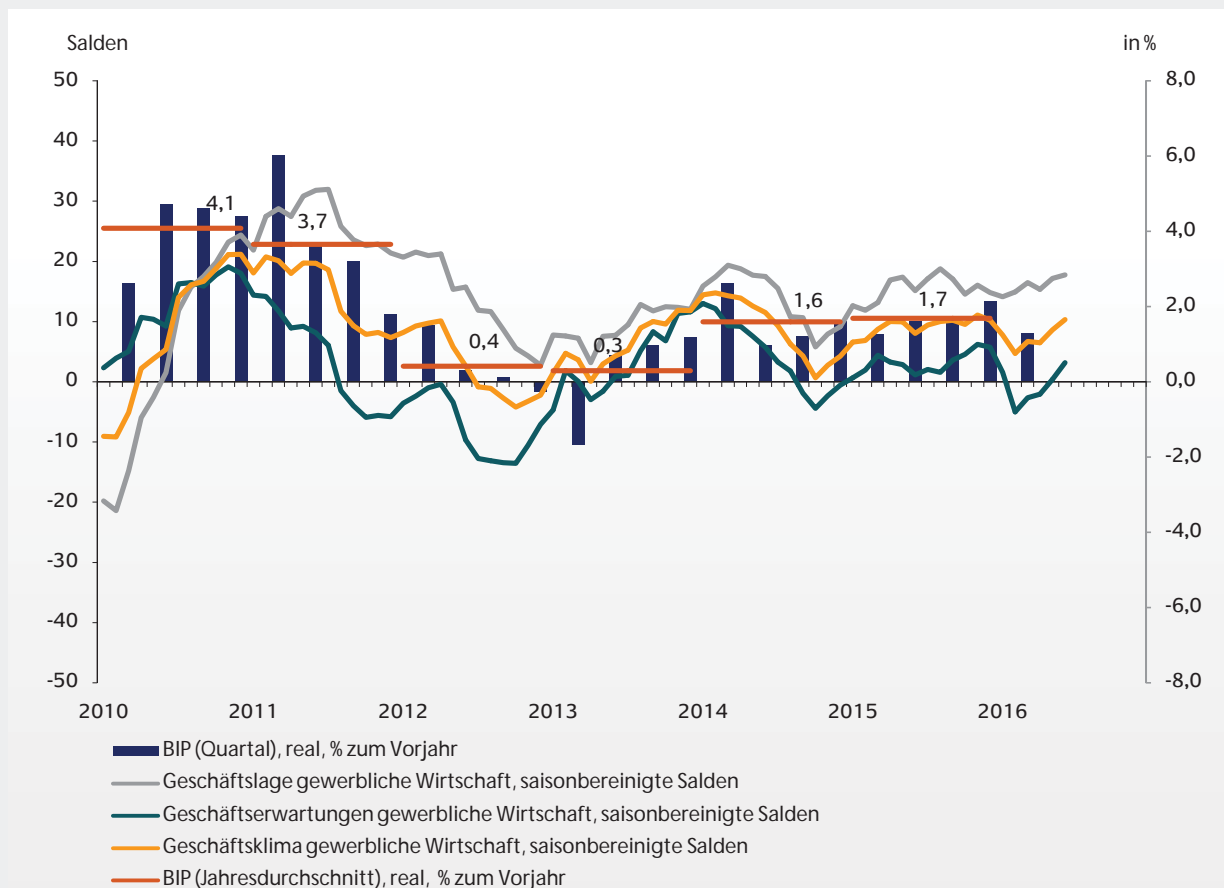
Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist weiterhin hoch, insbesondere in den Dienstleistungsberufen, aber zuletzt auch im Baugewerbe. Der umfassende Stellenindex BA-X (ohne geförderte und Saisonstellen) verblieb im Juni auf einem hohen Niveau. In knapp 80% der Wirtschaftsabteilungen fiel dabei der Arbeitskräftebedarf höher aus als vor einem Jahr. Das Ifo Beschäftigungsbarometer in der Industrie stieg das dritte Mal in Folge. Auch der Handel sucht neues Personal.

Die Arbeitslosigkeit hat im Juni – wie schon in den Vormonaten – im Vorjahresvergleich nur zum kleineren Teil vom Beschäftigungsaufbau profitiert. Oftmals passen laut BA die Profile der Arbeitslosen nur unzureichend zur Arbeitskräftenachfrage. Der Beschäftigungsaufbau speist sich insbesondere aus einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund von Zuwanderung und der gestiegenen Erwerbsneigung. Erste Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zeigt auch die Fluchtmigration. Die Zahl der Arbeitslosen aus den zugangsstärksten nichteuropäischen Asylherkunftsländern hat sich im Juni um 5 000 erhöht (nach + 9 000 im Vormonat). Auch die Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik für diesen Personenkreis nahm weiter zu (u. a. Maßnahmen zur

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut.

Aktivierung und beruflichen Eingliederung, Integrationskurse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)).

**Leichter Anstieg der Verbraucherpreise im Juni**

Die Verbraucherpreisinflation nahm im Juni mit 0,3 % gegenüber dem Vorjahr (nach 0,1 % im Vormonat) geringfügig zu. Trotzdem besteht nach wie vor ein außerordentlich hohes Maß an Preisniveaustabilität.

Die Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe gingen im Vorjahresvergleich weiter zurück und lagen um 6,4 % unter dem Vorjahresniveau, während die Preise für Dienstleistungen erneut etwas stärker

anstiegen (+ 1,4 % gegenüber dem Vorjahr). Die Kerninflation, d. h. die Preisniveaumentwicklung ohne Berücksichtigung der Preise für Energiegüter und Nahrungsmittel, betrug im Juni 1,2 %.

Die im Vorjahresvergleich niedrigen Energiepreise sind nach wie vor der Hauptgrund für die geringe Verbraucherpreisinflation. Der Rohölpreis lag im Juni um 20 % unter dem Vorjahresniveau. Auch gingen die Preise für Rohstoffe wie Nickel, Aluminium und Kupfer erneut deutlich zurück. Im Vergleich zum Vormonat verteuerten sich jedoch Haushaltsenergie und Kraftstoffe (+ 1,2 %).

Die Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus verläuft weiterhin in sehr ruhigen Bahnen. In ihrer Prognose vom Juni 2016 hat die

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Deutsche Bundesbank ihre Erwartung für die Teuerungsrate im Jahr 2016 auf + 0,2 % nach unten korrigiert (von zuvor 1,1 %). Als Gründe werden neben dem überraschenden Rückgang der Ölpreise zu Jahresbeginn auch die im 1. Halbjahr unerwartet niedrige Teuerung bei Dienstleistungen und Industriewaren (ohne Energie) genannt. Zum Jahresende dürfte der dämpfende Einfluss der Preise für Rohöl und

andere Rohstoffe allmählich nachlassen. Für das Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion eine Teuerungsrate von 1,7 %. Die Deutsche Bundesbank erwartet, dass sich im kommenden Jahr zudem das Wachstum der inländischen Lohnkosten wieder stärker in den Verbraucherpreisen widerspiegelt (Inflationserwartung für 2017: 1,5 %).



## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im Juni 2016

# Steuereinnahmen im Juni 2016

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Juni 2016 im direkten Vorjahresvergleich um 5,1%. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag im aktuellen Berichtsmonat mit einem Plus von 5,2% ebenfalls deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Größere Zuwächse ergaben sich bei der veranlagten Einkommensteuer, den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie bei den Steuern vom Umsatz. Rückläufig waren hingegen wiederum die Einnahmen bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge. Kumuliert lag das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern bis zum Juni 2016 um 5,8% über dem Vorjahresniveau.

Die Bundessteuern wiesen im aktuellen Berichtsmonat einen Rückgang von 3,4% gegenüber Juni 2015 auf. Bei der Tabaksteuer war ein starker Einnahmerückgang zu verzeichnen, der in Verbindung mit den Einnahmezuwächsen der vergangenen drei Monate steht: Infolge einer ab dem 20. Mai umzusetzenden EU-Regelung wurden in erheblichem Umfang Tabakerzeugnisse vorproduziert und entsprechende Mengen an Steuerzeichen erworben. Weitere Ausführungen erfolgen im Abschnitt zu den Bundessteuern. Neben der Tabaksteuer drückte auch die Kernbrennstoffsteuer das Aufkommen der Bundessteuern erheblich. Trotz des aktuellen Aufkommensrückgangs ergibt sich für die Bundessteuern im 1. Halbjahr 2016 noch ein Anstieg um 2,5%.

Die Ländersteuern verzeichneten einen überaus kräftigen Zuwachs von 48,3% gegenüber dem Vorjahresmonat. Neben der Erbschaftsteuer, deren Aufkommen sich mehr als verdoppelte, verzeichnete auch die Grunderwerbsteuer wieder einen kräftigen Aufkommenszuwachs.

### EU-Eigenmittel

Das Aufkommen an EU Eigenmitteln reduzierte sich im aktuellen Berichtsmonat deutlich um 22,0% gegenüber dem Vorjahresniveau.

In kumulierter Betrachtung bis Juni 2016 liegt der Rückgang bei 26,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

### Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes nach Verrechnung von Bundesergänzungszuweisungen stiegen im Juni 2016 erneut merklich um 4,2% gegenüber Juni 2015. Die treibenden Faktoren sind hierbei die höheren Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern, insbesondere auch aufgrund der guten Entwicklung der veranlagten Einkommensteuer und der Steuern vom Umsatz. Die deutliche Verringerung der aus dem Bundeshaushalt zu leistenden EU-Eigenmittelabführungen um 29,3% gegenüber Juni 2015 trägt ebenfalls zu dieser positiven Entwicklung bei, während der Rückgang des Aufkommens der Bundessteuern den Anstieg etwas dämpft. Die Begünstigung des Steueraufkommens des Bundes durch die rückläufigen EU-Eigenmittelabführungen wird nur temporärer Natur sein. Denn es ist zu erwarten, dass sich die Mittelabrufe durch die EU im weiteren Jahresverlauf an dem für 2016 vorgesehenen Finanzrahmen orientieren werden.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im Vorjahresvergleich um 8,5%. Neben dem Anstieg des Länderanteils an den gemeinschaftlichen Steuern trägt auch der kräftige Aufkommenszuwachs bei den Ländersteuern zu diesem Ergebnis bei. Der Anteil der Gemeinden am Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern stieg im Juni 2016 um 2,3% gegenüber dem Vorjahresmonat.

## Gemeinschaftliche Steuern

### Lohnsteuer

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv. Die Erwerbstätigkeit ist im Mai weiter gestiegen. Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigenzahl um 45 000 Personen gegenüber

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im Juni 2016

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2016	Jun	Veränderung	Januar bis Juni	Veränderung	Schätzungen	Veränderung
	in Mio. €	ggü. Vorjahr in %	in Mio. €	ggü. Vorjahr in %	für 2016 <sup>2</sup> in Mio. €	ggü. Vorjahr in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>3</sup>	16 170	+0,9	87 899	+2,4	184 850	+3,3
veranlagte Einkommensteuer	11 667	+5,7	27 513	+8,1	51 600	+6,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 173	+51,5	10 785	+35,7	17 250	-3,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	320	-47,3	3 324	-38,9	6 450	-21,9
Körperschaftsteuer	6 533	-1,6	15 763	+39,6	20 620	+5,3
Steuern vom Umsatz	17 685	+6,2	107 113	+4,4	219 500	+4,6
Gewerbsteuerumlage	1	-71,6	1 166	+11,2	4 024	+0,6
erhöhte Gewerbesteuerumlage	1	-75,3	964	+12,7	3 396	-0,3
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>56 549</b>	<b>+5,2</b>	<b>254 526</b>	<b>+5,8</b>	<b>507 690</b>	<b>+3,5</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	3 414	+4,3	14 481	+1,9	40 000	+1,0
Tabaksteuer	849	-23,9	6 861	+16,2	14 460	-3,1
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	153	+2,8	1 039	-0,1	2 055	-0,7
Versicherungsteuer	623	-4,8	8 215	+2,5	12 720	+2,4
Stromsteuer	422	+5,3	3 200	-2,2	6 600	+0,1
Kraftfahrzeugsteuer	777	-1,4	4 855	+0,8	8 900	+1,1
Luftverkehrssteuer	91	-2,9	436	+5,0	1 060	+3,6
Kernbrennstoffsteuer	94	-67,7	94	-86,0	1 000	-27,0
Solidaritätszuschlag	2 204	+1,3	8 449	+4,8	16 400	+2,9
übrige Bundessteuern	107	+1,5	707	-6,0	1 463	-1,1
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>8 734</b>	<b>-3,4</b>	<b>48 337</b>	<b>+2,5</b>	<b>104 658</b>	<b>+0,4</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	1 153	+128,6	3 951	+20,3	5 908	-6,1
Grunderwerbsteuer	1 003	+12,0	6 169	+16,0	12 260	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	151	+9,0	902	+5,0	1 745	+1,9
Biersteuer	64	+6,5	323	-0,1	670	-0,9
sonstige Ländersteuern	31	+48,2	279	+8,6	418	+1,5
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>2 403</b>	<b>+48,3</b>	<b>11 625</b>	<b>+15,7</b>	<b>21 001</b>	<b>+3,3</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	403	+8,3	2 504	+3,9	5 400	+4,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	177	-27,8	2 160	-21,8	2 400	-42,9
BNE-Eigenmittel	924	-29,5	9 265	-32,6	22 050	+2,2
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 504</b>	<b>-22,0</b>	<b>13 930</b>	<b>-26,4</b>	<b>29 850</b>	<b>-3,5</b>
<b>Bund<sup>4</sup></b>	<b>31 887</b>	<b>+4,2</b>	<b>143 299</b>	<b>+8,6</b>	<b>290 050</b>	<b>+3,0</b>
<b>Länder<sup>4</sup></b>	<b>30 088</b>	<b>+8,5</b>	<b>139 657</b>	<b>+7,8</b>	<b>277 726</b>	<b>+3,7</b>
<b>EU</b>	<b>1 504</b>	<b>-22,0</b>	<b>13 930</b>	<b>-26,4</b>	<b>29 850</b>	<b>-3,5</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>4 610</b>	<b>+2,3</b>	<b>20 106</b>	<b>+2,3</b>	<b>41 123</b>	<b>+3,3</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>68 089</b>	<b>+5,1</b>	<b>316 992</b>	<b>+5,6</b>	<b>638 749</b>	<b>+3,0</b>

<sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup>Ergebnis Arbeitskreis "Steuerschätzungen" vom Mai 2016.

<sup>3</sup>Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>4</sup>Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im Juni 2016

dem Vormonat zu. Im Ergebnis begünstigen damit die zunehmende Beschäftigung sowie steigende Löhne weiterhin das Lohnsteueraufkommen.

So lag im Juni 2016 das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer um 1,8 % über dem Vorjahresniveau. Die Entwicklung des Kassenaufkommens wurde allerdings durch das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld gedämpft, das sich im Vorjahresvergleich um 6,5 % erhöht hatte. Die Ursache für diesen starken Anstieg sind vor allem die Kindergelderhöhungen für die Jahre 2015 (erst ab September 2015 kassenwirksam) und 2016. Im Saldo stieg das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im Juni 2016 lediglich um 0,9 %. In kumulierter Betrachtung bis Juni 2016 liegt das Kassenergebnis der Lohnsteuer um 2,4 % über dem Vorjahresniveau.

### Körperschaftsteuer

Das Körperschaftsteueraufkommen entwickelte sich im großen Vorauszahlungsmonat Juni mit einem Rückgang um 1,6 % eher verhalten. Der kräftige Zuwachs der Vorauszahlungen zur Körperschaftsteuer von rund 4 % gegenüber 2015 weist auf eine grundsätzlich günstige Gewinnsituation der Unternehmen hin. Bei den Nachzahlungen und Erstattungen war hingegen per Saldo ein Rückgang zu beobachten. Allerdings war das Ergebnis der Veranlagungstätigkeit in den Vormonaten bereits außerordentlich gut. Derartige Schwankungen sind im Jahresverlauf nicht ungewöhnlich. Das Aufkommen der Körperschaftsteuer liegt kumuliert im 1. Halbjahr 2016 um 39,6 % über dem Vorjahresergebnis. Der Zuwachs liegt damit weit über den Erwartungen des Arbeitskreises „Steerschätzungen“ für das Gesamtjahr 2016 (+ 5,3 %). In der Schätzung sind jedoch auch beträchtliche Einnahmeausfälle aufgrund von Rechtsprechungen berücksichtigt, die bisher noch nicht aufkommenswirksam geworden sind.

### Veranlagte Einkommensteuer

Das Steueraufkommen der veranlagten Einkommensteuer entwickelte sich im bisherigen

Jahresverlauf erfreulich. Der kräftige Anstieg der Vorauszahlungen um rund 7 % gegenüber dem Vorjahr im aktuellen Vorauszahlungsmonat Juni 2016 deutet auf eine anhaltend positive Einkommenslage der Steuerpflichtigen hin. Die Bruttoeinnahmen der veranlagten Einkommensteuer stiegen im Juni 2016 um 5,8 % im Vorjahresvergleich. Hiervon abzuziehen waren die Arbeitnehmererstattungen sowie die Investitions- und Eigenheimzulagen. Die betragsmäßig wesentlich bedeutenderen Arbeitnehmererstattungen wuchsen um 6,6 %. Im Ergebnis ergab sich ein deutlicher Anstieg der kassenmäßigen Einnahmen von 5,7 % im direkten Vorjahresvergleich. In kumulierter Betrachtung bis Juni 2016 stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um 8,1 % gegenüber dem Vorjahresniveau.

### Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Im Berichtsmonat zeigt sich wie bereits im Vormonat ein vergleichsweise hoher Anstieg des Bruttoaufkommens (+ 50,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Bei der Wertung dieses Sachverhalts ist zu beachten, dass differierende Dividendenauszahlungszeitpunkte regelmäßig zu unterjährig zeitlichen Verschiebungen beim kassenmäßigen Eingang des Steueraufkommens führen. Die derzeit sehr günstige Aufkommensentwicklung kann daher für den weiteren Jahresverlauf nicht fortgeschrieben werden. Nach Abzug der aus dem Aufkommen geleisteten Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) beträgt der Zuwachs des Kassenaufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag 51,5 %. Das kumulierte Kassenaufkommen bis Juni 2016 wuchs um 35,7 %.

### Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Im Juni 2016 sanken die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge erneut deutlich um 47,3 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Damit hält der Trend eines im Vorjahresvergleich schwachen Steueraufkommens weiter an. Kumuliert verringerte

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im Juni 2016

sich das Steueraufkommen bis Juni 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 38,9 %. Dabei dürfte das niedrige Zinsniveau zu Buche schlagen. Hinzu kommt vermutlich ein gegenüber dem Vorjahr merklich geringeres Steueraufkommen aus Veräußerungserträgen. Allerdings liegen über die Aufteilung des Aufkommens in Zins- und Veräußerungserträgen keine statistischen Angaben vor, sodass Aussagen hierzu mit hoher Unsicherheit behaftet sind. Mit Blick auf diese Entwicklung hatte der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ in seiner Sitzung im Mai 2016 seine Prognose für das laufende Jahr bereits deutlich nach unten korrigiert.

### Steuern vom Umsatz

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz lag im Juni 2016 mit + 6,2 % deutlich über dem Vorjahresniveau. Allerdings resultieren aus der Geschäftstätigkeit der Unternehmen immer wieder beträchtliche Schwankungen des Steueraufkommens. So hatte es beispielsweise im Vormonat Mai 2016 keinen Einnahmewachstum bei den Steuern vom Umsatz gegeben. Aussagekräftiger ist daher die Entwicklung in kumulierter Betrachtung: So stieg das Aufkommen der Steuern vom Umsatz bis zum Juni 2016 um 4,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Diese positive Entwicklung spiegelt die gute binnenwirtschaftliche Dynamik wider, die vor allem vom privaten und öffentlichen Konsum getragen wird.

### Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern verringerte sich im Juni 2016 um 3,4 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Neben der Kernbrennstoffsteuer, deren Aufkommen aufgrund der wenigen die Besteuerung auslösenden Vorfälle regelmäßig großen Schwankungen unterliegt, hat vor allem die aktuelle Entwicklung bei der Tabaksteuer zu einem Rückgang des Aufkommens der Bundessteuern geführt. Ab dem 20. Mai sind infolge der Regelungen des Tabakerzeugnisgesetzes unter anderem sogenannte Schockbilder

auf Zigarettenverpackungen anzubringen. In den Vormonaten kam es deshalb zu einer deutlichen Ausweitung der Vorproduktion von Tabakerzeugnissen und entsprechendem Kauf von Steuerzeichen, was das Tabaksteueraufkommen deutlich erhöhte. Aufgrund des Abverkaufs dieser Vorproduktion und Produktionsdrosselung sank das Tabaksteueraufkommen im Juni stark um 23,9 %. Auch in den folgenden Monaten ist noch mit weiteren Mindereinnahmen zu rechnen. Bei den übrigen Bundessteuern verzeichneten u. a. die Energiesteuer (+ 4,3 %), die Branntweinsteuer (+ 2,8 %), die Stromsteuer (+ 5,3 %) sowie der Solidaritätszuschlag (+ 1,3 %) Zuwächse. Rückgänge im Steueraufkommen gab es u. a. bei der Versicherungsteuer (- 4,8 %), der Kraftfahrzeugsteuer (- 1,4 %) und der Luftverkehrssteuer (- 2,9 %). Die übrigen Veränderungen hatten betragsmäßig nur geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis der Bundessteuern. Kumuliert bis Juni 2016 stieg das Aufkommen der Bundessteuern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,5 %.

### Ländersteuern

Das Aufkommen der Ländersteuern ist im Juni 2016 im direkten Vorjahresvergleich mit einem Plus von 48,3 % stark gestiegen. Die wichtigste Ländersteuer ist die Grunderwerbsteuer, die weiterhin hohe Zuwächse (+ 12,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat) verzeichnet. Hier schlagen Umsatzzuwächse und Steuersatzanhebungen zu Buche. Im Juni 2016 war aber auch bei der Erbschaftsteuer ein hohes Steueraufkommen zu verzeichnen. Zusammen mit den in mehreren Ländern auftretenden Mehreinnahmen führte insbesondere ein großer Einzelfall in einem Land zu einer Aufkommenssteigerung von 128,6 % gegenüber Juni 2015. Die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer stiegen um 9,0 %; aus der Feuerschutzsteuer um 48,4 %. Das Aufkommen der Biersteuer stieg um 6,5 % gegenüber Juni 2015. Kumuliert stieg das Aufkommen der Ländersteuern bis Juni 2016 um 15,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2016

# Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2016

## Einnahmenentwicklung

Im 1. Halbjahr 2016 beliefen sich die Einnahmen des Bundes auf 155,6 Mrd. €. Damit wurde die Hälfte des im Bundeshaushaltsgesetz 2016 festgelegten Solls erreicht. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde um 5,2 % beziehungsweise 7,7 Mrd. € überschritten. Den größten Anteil an den Gesamteinnahmen machen die Steuereinnahmen aus. Diese überschritten im 1. Halbjahr 2016 das entsprechende Vorjahresniveau um 8,5 % und erreichten damit knapp 50 % der im Bundeshaushalt 2016 erwarteten Steuereinnahmen. Die sonstigen Einnahmen gingen wegen Sondereffekten im Vorjahr um 19,0 % zurück; das bis jetzt erreichte Niveau entspricht rund 64 % des Solls für 2016.

## Ausgabenentwicklung

Im 1. Halbjahr 2016 war ein Anstieg der Ausgaben des Bundeshaushalts um 2,2 %

(+ 3,2 Mrd. €) zu verzeichnen. Das Niveau der Gesamtausgaben in der 1. Jahreshälfte von 150,7 Mrd. € entspricht 48 % des im Bundeshaushaltsgesetz 2016 festgelegten Solls. Dabei stiegen die investiven Ausgaben überdurchschnittlich an (+ 19,5 %). Die Zinsausgaben lagen im 1. Halbjahr um 27,3 % unter dem Vorjahreszeitraum.

## Finanzierungssaldo

Im 1. Halbjahr 2016 überstiegen die Einnahmen die Ausgaben um 4,9 Mrd. €.

Die unterjährige Entwicklung des Finanzierungssaldos und des jeweiligen Kapitalmarktsaldos sind keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende errechnen lässt. Einnahmen und Ausgaben unterliegen im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit die eingesetzten

### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2015	Soll 2016	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Juni 2016
<b>Ausgaben (Mrd. €)<sup>2</sup></b>	<b>299,3</b>	<b>316,9</b>	<b>150,7</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,2
<b>Einnahmen (Mrd. €)<sup>2</sup></b>	<b>311,1</b>	<b>310,5</b>	<b>155,6</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+5,2
<b>Steuereinnahmen (Mrd. €)</b>	<b>281,7</b>	<b>288,1</b>	<b>141,3</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+8,5
<b>Finanzierungssaldo (Mrd. €)</b>	<b>11,8</b>	<b>-6,4</b>	<b>4,9</b>
<b>Finanzierung/Verwendung:</b>	<b>-11,8</b>	<b>6,4</b>	<b>-4,9</b>
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	6,3
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,4	0,3	0,1
Saldo der Rücklagenbewegungen	-12,1	6,1	5,4
<b>Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo<sup>3</sup> (Mrd. €)</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-16,7</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup>Buchungsergebnisse.

<sup>2</sup>Ohne Einnahmen und Ausgaben aus haushaltstechnischen Verrechnungen.

<sup>3</sup>(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2016

Kassenmittel in den einzelnen Monaten in unterschiedlichem Maße. Auch der Kapital-

marktsaldo zeigt im Jahresverlauf in der Regel starke Schwankungen.

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2015		Soll 2016		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Juni 2015	Januar bis Juni 2016	
					in Mio. €		
<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>66 947</b>	<b>22,4</b>	<b>71 572</b>	<b>22,6</b>	<b>31 741</b>	<b>34 415</b>	<b>+8,4</b>
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 399	2,1	7 287	2,3	2 846	3 647	+28,2
Verteidigung	33 442	11,2	33 966	10,7	15 233	16 422	+7,8
politische Führung, zentrale Verwaltung	14 175	4,7	15 172	4,8	7 606	7 549	-0,8
Finanzverwaltung	4 199	1,4	4 445	1,4	1 999	2 093	+4,7
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>20 271</b>	<b>6,8</b>	<b>21 961</b>	<b>6,9</b>	<b>9 161</b>	<b>9 165</b>	<b>+0,0</b>
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	3 381	1,1	3 648	1,2	1 867	1 764	-5,5
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 872	3,6	11 689	3,7	4 402	4 134	-6,1
<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>153 611</b>	<b>51,3</b>	<b>161 485</b>	<b>51,0</b>	<b>82 811</b>	<b>84 603</b>	<b>+2,2</b>
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	101 992	34,1	106 888	33,7	57 048	59 461	+4,2
Arbeitsmarktpolitik	33 894	11,3	34 676	10,9	17 148	16 567	-3,4
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	20 198	6,7	20 500	6,5	10 454	10 413	-0,4
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	5 249	1,8	5 100	1,6	2 785	2 454	-11,9
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 890	2,6	8 374	2,6	4 058	4 136	+1,9
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 059	0,7	2 139	0,7	1 156	1 073	-7,2
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	<b>1 915</b>	<b>0,6</b>	<b>2 312</b>	<b>0,7</b>	<b>781</b>	<b>838</b>	<b>+7,3</b>
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 004</b>	<b>0,7</b>	<b>2 502</b>	<b>0,8</b>	<b>877</b>	<b>1 117</b>	<b>+27,4</b>
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 491	0,5	1 809	0,6	786	995	+26,6
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>846</b>	<b>0,3</b>	<b>1 066</b>	<b>0,3</b>	<b>226</b>	<b>244</b>	<b>+8,0</b>
<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 156</b>	<b>1,4</b>	<b>5 870</b>	<b>1,9</b>	<b>2 203</b>	<b>2 436</b>	<b>+10,6</b>
regionale Förderungsmaßnahmen	997	0,3	1 389	0,4	185	145	-21,8
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 497	0,5	1 707	0,5	1 274	1 467	+15,1
<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>16 595</b>	<b>5,5</b>	<b>18 881</b>	<b>6,0</b>	<b>6 296</b>	<b>6 980</b>	<b>+10,9</b>
Straßen	7 859	2,6	8 786	2,8	2 729	2 921	+7,1
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 953	1,7	5 349	1,7	1 808	2 212	+22,3
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>33 225</b>	<b>11,1</b>	<b>31 252</b>	<b>9,9</b>	<b>13 473</b>	<b>11 023</b>	<b>-18,2</b>
Zinsausgaben	21 066	7,0	23 772	7,5	9 682	7 034	-27,4
<b>Ausgaben insgesamt <sup>1</sup></b>	<b>299 285</b>	<b>100,0</b>	<b>316 900</b>	<b>100,0</b>	<b>147 444</b>	<b>150 661</b>	<b>+2,2</b>

<sup>1</sup> Ohne Ausgaben durch haushaltstechnische Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage


Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2016

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2015		Soll 2016		Ist-Entwicklung		Unteryährliche Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Juni 2015	Januar bis Juni 2016	
					in Mio. €		in %
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>269 732</b>	<b>90,1</b>	<b>286 004</b>	<b>90,3</b>	<b>137 848</b>	<b>139 194</b>	<b>+1,0</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>29 907</b>	<b>10,0</b>	<b>30 989</b>	<b>9,8</b>	<b>15 552</b>	<b>15 777</b>	<b>+1,4</b>
Aktivbezüge	21 695	7,2	22 562	7,1	11 134	11 253	+1,1
Versorgung	8 212	2,7	8 427	2,7	4 417	4 525	+2,4
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>24 305</b>	<b>8,1</b>	<b>26 202</b>	<b>8,3</b>	<b>9 614</b>	<b>10 805</b>	<b>+12,4</b>
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 462	0,5	1 493	0,5	637	660	+3,6
militärische Beschaffungen	9 055	3,0	10 186	3,2	2 827	3 726	+31,8
sonstiger laufender Sachaufwand	13 788	4,6	14 523	4,6	6 149	6 419	+4,4
<b>Zinsausgaben</b>	<b>21 066</b>	<b>7,0</b>	<b>23 772</b>	<b>7,5</b>	<b>9 675</b>	<b>7 032</b>	<b>-27,3</b>
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>193 751</b>	<b>64,7</b>	<b>204 322</b>	<b>64,5</b>	<b>102 552</b>	<b>105 132</b>	<b>+2,5</b>
an Verwaltungen	24 064	8,0	24 285	7,7	11 232	10 596	-5,7
an andere Bereiche	169 687	56,7	180 036	56,8	91 320	94 536	+3,5
darunter:							
Unternehmen	25 616	8,6	28 296	8,9	12 979	13 039	+0,5
Renten, Unterstützungen u. a.	28 903	9,7	29 609	9,3	15 009	14 913	-0,6
Sozialversicherungen	107 334	35,9	111 824	35,3	59 519	61 890	+4,0
<b>Sonstige Vermögensübertragungen</b>	<b>703</b>	<b>0,2</b>	<b>719</b>	<b>0,2</b>	<b>456</b>	<b>447</b>	<b>-2,0</b>
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>29 553</b>	<b>9,9</b>	<b>31 484</b>	<b>9,9</b>	<b>9 596</b>	<b>11 467</b>	<b>+19,5</b>
<b>Finanzierungshilfen</b>	<b>21 869</b>	<b>7,3</b>	<b>22 220</b>	<b>7,0</b>	<b>7 178</b>	<b>8 685</b>	<b>+21,0</b>
Zuweisungen und Zuschüsse	20 516	6,9	19 919	6,3	6 576	7 895	+20,1
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	983	0,3	1 848	0,6	436	469	+7,6
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	370	0,1	453	0,1	166	320	+92,8
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 684</b>	<b>2,6</b>	<b>9 264</b>	<b>2,9</b>	<b>2 418</b>	<b>2 782</b>	<b>+15,1</b>
Baumaßnahmen	6 141	2,1	7 137	2,3	2 051	2 070	+0,9
Erwerb von beweglichen Sachen	1 186	0,4	1 491	0,5	321	497	+54,8
Grunderwerb	357	0,1	636	0,2	45	215	+377,8
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>- 588</b>	<b>-0,2</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
<b>Ausgaben insgesamt <sup>1</sup></b>	<b>299 285</b>	<b>100,0</b>	<b>316 900</b>	<b>100,0</b>	<b>147 444</b>	<b>150 661</b>	<b>+2,2</b>

<sup>1</sup> Ohne Ausgaben durch haushaltstechnische Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2016

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2015		Soll 2016		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Juni 2015	Januar bis Juni 2016	in %
					in Mio. €		
<b>I. Steuern</b>	<b>281 706</b>	<b>90,6</b>	<b>288 083</b>	<b>92,8</b>	<b>130 180</b>	<b>141 265</b>	<b>+8,5</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	229 618	73,8	234 733	75,6	112 595	117 358	+4,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	119 068	38,3	121 197	39,0	57 615	61 780	+7,2
davon:							
Lohnsteuer	76 028	24,4	78 476	25,3	34 827	35 601	+2,2
veranlagte Einkommensteuer	20 647	6,6	21 144	6,8	10 819	11 693	+8,1
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 968	2,9	8 508	2,7	3 972	5 142	+29,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 634	1,2	3 574	1,2	2 353	1 462	-37,9
Körperschaftsteuer	9 792	3,1	9 495	3,1	5 644	7 881	+39,6
Steuern vom Umsatz	108 894	35,0	111 889	36,0	54 546	55 095	+1,0
Gewerbesteuerumlage	1 656	0,5	1 647	0,5	433	483	+11,5
Energiesteuer	39 594	12,7	40 200	12,9	14 215	14 481	+1,9
Tabaksteuer	14 921	4,8	14 360	4,6	5 906	6 861	+16,2
Solidaritätszuschlag	15 930	5,1	16 000	5,2	8 061	8 449	+4,8
Versicherungsteuer	12 419	4,0	12 700	4,1	8 012	8 215	+2,5
Stromsteuer	6 593	2,1	6 600	2,1	3 272	3 200	-2,2
Kraftfahrzeugsteuer	8 805	2,8	8 800	2,8	4 814	4 855	+0,9
Kernbrennstoffsteuer	1 371	0,4	1 100	0,4	673	94	-86,0
Branntweinabgaben	2 072	0,7	2 057	0,7	1 041	1 039	-0,2
Kaffeesteuer	1 032	0,3	1 031	0,3	523	506	-3,3
Luftverkehrssteuer	1 023	0,3	1 024	0,3	416	436	+4,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 041	-3,2	-9 401	-3,0	-4 920	-4 803	-2,4
BNE-Eigenmittel der EU	-21 578	-6,9	-22 160	-7,1	-13 746	-9 265	-32,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 098	-1,3	-2 390	-0,8	-2 763	-2 160	-21,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 408	-2,4	-8 000	-2,6	-3 649	-3 704	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-2,9	-8 992	-2,9	-4 496	-4 496	+0,0
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>29 349</b>	<b>9,4</b>	<b>22 432</b>	<b>7,2</b>	<b>17 692</b>	<b>14 332</b>	<b>-19,0</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 889	2,2	5 758	1,9	4 688	4 987	+6,4
Zinseinnahmen	269	0,1	271	0,1	65	90	+38,5
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 211	1,0	1 682	0,5	1 352	505	-62,6
<b>Einnahmen insgesamt <sup>1</sup></b>	<b>311 055</b>	<b>100,0</b>	<b>310 515</b>	<b>100,0</b>	<b>147 872</b>	<b>155 597</b>	<b>+5,2</b>

<sup>1</sup> Ohne Einnahmen aus haushaltstechnischen Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016

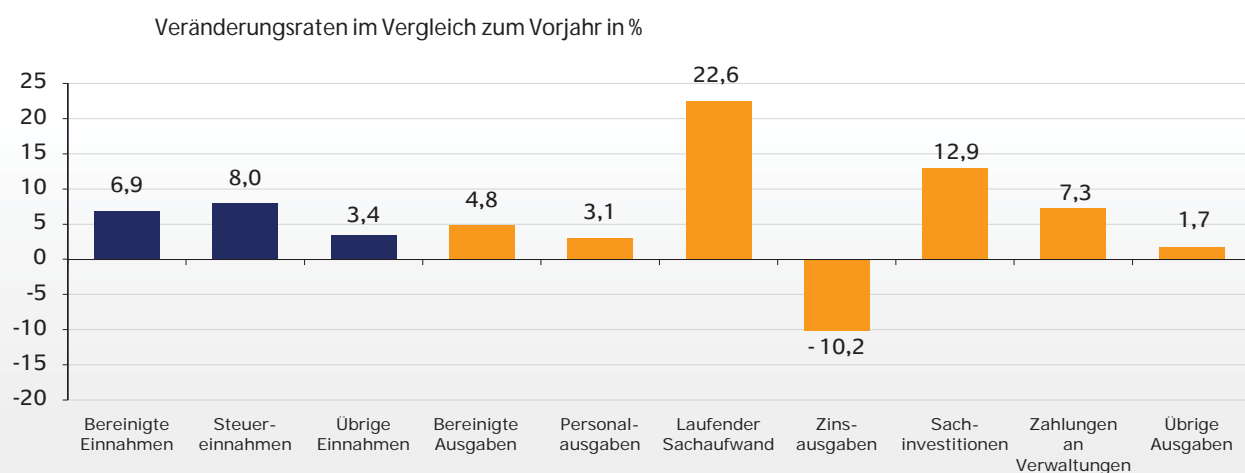
## Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016

Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamt-heit betrug Ende Mai - 0,3 Mrd. € und fällt damit um rund 2,5 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 %, während die Einnahmen um 6,9 % zunahmen. Die

Steuereinnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum um 8,0 %.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis Mai sind im Einzelnen in den nachfolgenden Abbildungen aufgeführt.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016, Länder insgesamt

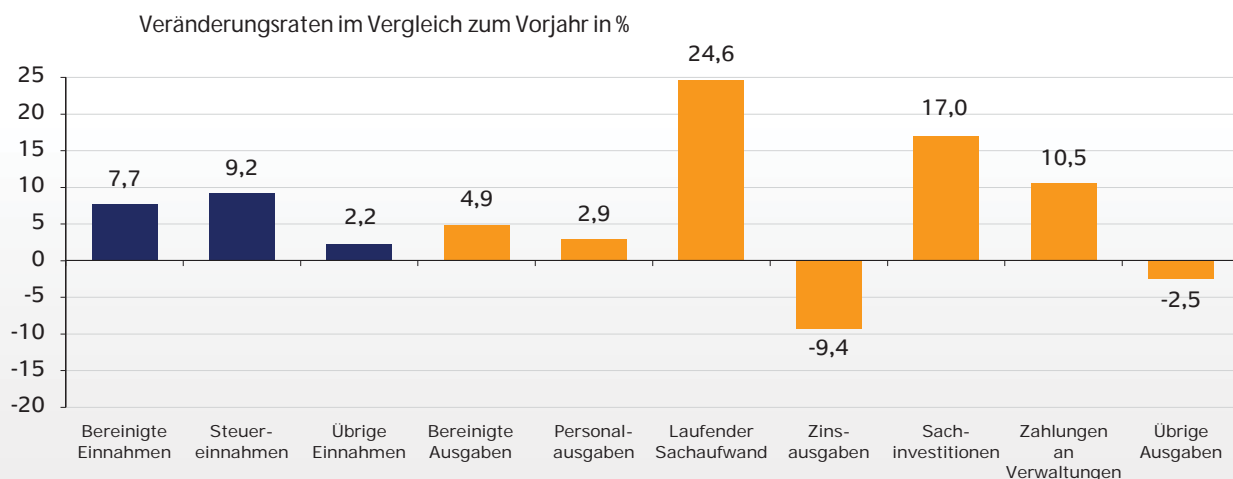


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

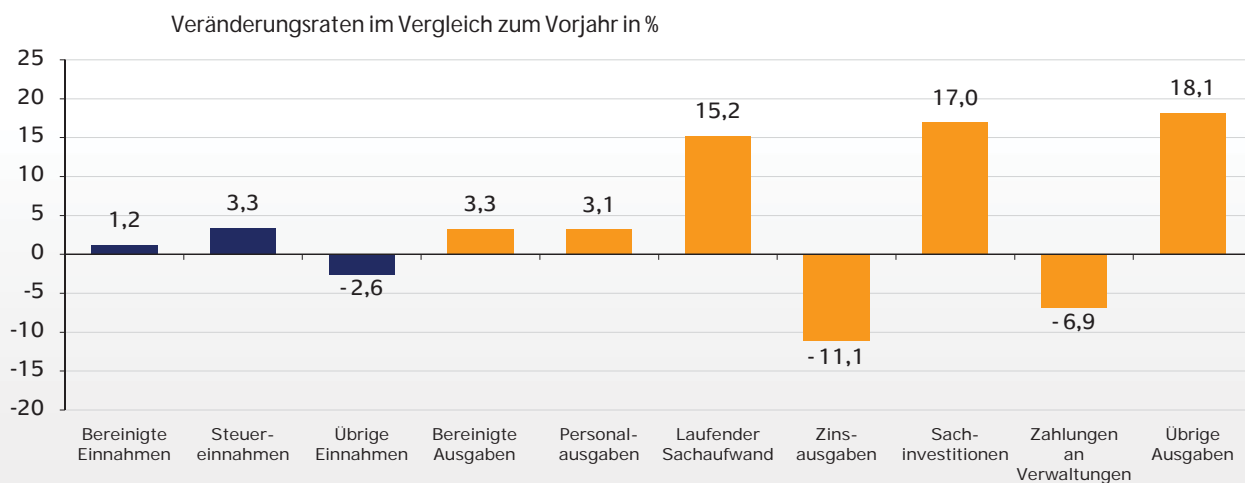
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016

**Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016, Flächenländer (West)**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016, Flächenländer (Ost)**

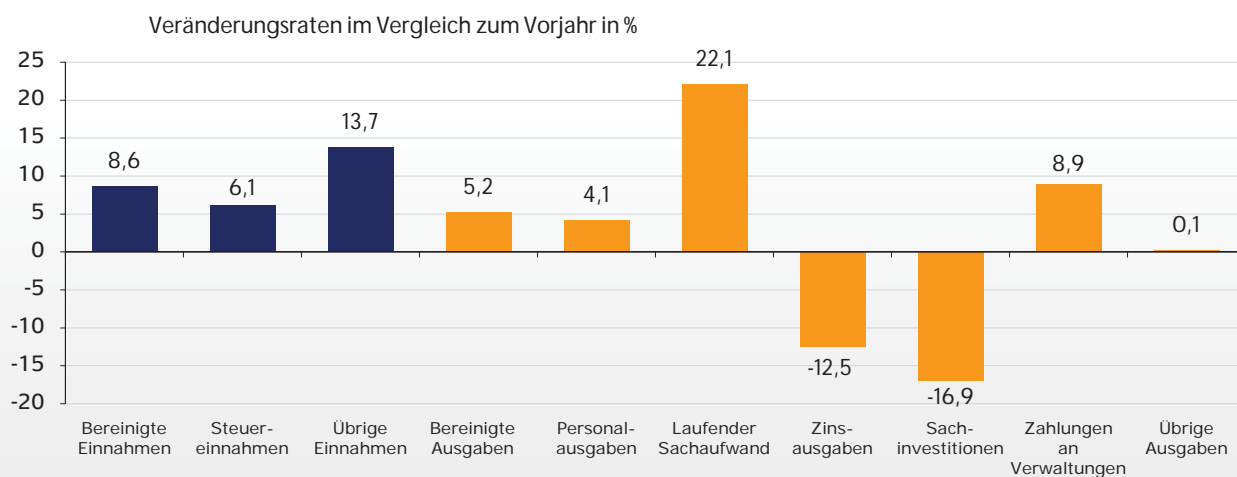


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016

**Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016, Stadtstaaten**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Entwicklung von Schulden, Kreditaufnahme, Tilgungen und Zinsen

Im Juni wurden für den Bundeshaushalt und seine Sondervermögen insgesamt 20,1 Mrd. € Kredite aufgenommen und 18,8 Mrd. € an fälligen Krediten getilgt, sodass sich per 30. Juni 2016 ein Schuldenstand von 1 101,9 Mrd. € ergab. Davon sind zur Finanzierung des Bundeshaushalts 1 058,5 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds 22,1 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds 21,3 Mrd. € verwendet worden.

Der Schuldendienst, der eine Tilgungsleistung von 18,8 Mrd. € umfasste, wurde durch 0,5 Mrd. € Zinseinnahmen entlastet und betrug 18,3 Mrd. €. Schwerpunkte der Kreditaufnahme lagen auf der Emission 2-jähriger Bundesschatzanweisungen mit einem Nominalvolumen von 5 Mrd. € sowie 10-jähriger Bundesanleihen und 5-jähriger Bundesobligationen mit einem Nominalvolumen von je 4 Mrd. €. Ferner wurden 4,5 Mrd. € Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und je 1 Mrd. € 30-jährige festverzinsliche Bundesanleihen und 10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes emittiert. Im Rahmen der Marktpflege wurden Bundeswertpapiere von saldiert 0,6 Mrd. € für den Eigenbestand gekauft; dieser erreichte Ende Juni ein Volumen von 39,1 Mrd. €. Weitere Einzelheiten zu den Schuldenständen, ihrer Veränderung infolge von Kreditaufnahme und Tilgungen zeigt die Tabelle „Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen im Juni“. Im statistischen Anhang wird die Entwicklung der Verschuldung und der Tilgungen kumuliert für die Monate Januar bis Juni 2016 gezeigt; die Tabelle „Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren“

zeigt das Umlaufvolumen der emittierten Bundeswertpapiere einschließlich der Eigenbestände (Nennwerte) sowie zusätzlich die als Kassenkredit emittierten und verbuchten Bundeswertpapiere.

Die Abbildung „Struktur der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen per 30. Juni 2016 nach Instrumentenarten“ zeigt die Verteilung der vom Bund und seinen Sondervermögen eingegangenen Gesamtschulden nach Instrumentenarten. Danach entfällt der überwiegende Anteil auf nominalverzinsliche Bundesanleihen (43,9 % 10-jährige und 17,4 % 30-jährige), gefolgt von Bundesobligationen (20,0 %) und Bundesschatzanweisungen (9,0 %). Der Anteil der inflationsindexierten Bundeswertpapiere beträgt 5,8 % des gesamten Schuldenstands.

Insgesamt sind die Schulden des Bundes zu 98,6 % in Form von Bundeswertpapieren verbrieft, wobei es sich ausschließlich um Inhaberschuldverschreibungen handelt und folglich der konkrete Gläubiger dem Emittenten nicht bekannt ist. Nur 1,4 % der Schulden entfallen auf Kreditaufnahmen wie Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite.

Die kumulierten Jahresergebnisse der Kreditaufnahme, die Tilgungsleistungen sowie die Schuldenstände des Bundes und seiner Sondervermögen werden im statistischen Anhang des Monatsberichts gezeigt. Darüber hinaus enthält der statistische Anhang für den interessierten Leser auch eine längere Datenreihe der Verschuldung gruppiert nach Restlaufzeitklassen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Eine detaillierte Übersicht über die durchgeführten Auktionen von Bundeswertpapieren wird von der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH veröffentlicht.<sup>1</sup> Sie

veröffentlicht ebenfalls die für 2016 geplanten Auktionen von Bundeswertpapieren.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> <http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/institutionelle-investoren/primaermarkt/auktionsergebnisse/>

<sup>2</sup> <http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/institutionelle-investoren/primaermarkt/emissionsplanung/>

### Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen im Juni in Mio. €

	Schuldenstand: 31. Mai 2016	Kreditaufnahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 30. Juni 2016	Schuldenstands- änderung (Saldo)
<b>Haushaltskredite</b>	<b>1 100 631</b>	<b>20 131</b>	<b>-18 830</b>	<b>1 101 932</b>	<b>1 301</b>
<b>Gliederung nach Verwendung</b>					
Bundeshaushalt	1 060 096	15 210	-16 772	1 058 535	-1 562
Finanzmarktstabilisierungsfonds	22 044	885	- 856	22 073	29
Investitions- und Tilgungsfonds	18 492	4 035	-1 202	21 325	2 833
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>					
Bundeswertpapiere	1 085 955	18 934	-18 625	1 086 263	309
Bundesanleihen	675 350	3 789	-3 750	675 389	39
30-jährige Bundesanleihen	194 152	1 121	-3 750	191 523	-2 629
10-jährige Bundesanleihen	481 198	2 668	-	483 866	2 668
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	63 435	790	-	64 225	790
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	3 800	26	-	3 826	26
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	45 045	804	-	45 849	804
Inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14 590	-40	-	14 550	-40
Bundesschatzanweisungen	216 022	4 818	-	220 840	4 818
Bundesschatzanweisungen	107 397	5 020	-13 000	99 417	-7 980
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	21 177	4 517	-1 847	23 848	2 671
Sonstige Bundeswertpapiere	2 574	0	-28	2 545	-28
Schuldscheindarlehen	10 206	0	-205	10 001	-205
Sonstige Kredite und Buchschulden	4 471	1 197	-	5 668	1 197
<b>Gliederung nach Restlaufzeiten</b>					
bis 1 Jahr	163 453			163 083	-371
über 1 Jahr bis 4 Jahre	344 611			336 341	-8 270
über 4 Jahre	592 567			602 509	9 941
<b>nachrichtlich:</b>					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung inflationsindexierter Bundeswertpapiere	3 049			3 099	51
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	2 316			2 316	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

### Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren in Mio. €

	Schuldenstand: 31. Mai 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 30. Juni 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>					
Haushaltsemissionen	1 085 955	18 934	-18 625	1 086 263	309
Umlaufvolumen	1 124 477	19 517	-18 625	1 125 369	892
30-jährige Bundesanleihen	200 000	1 000	-3 750	197 250	-2 750
10-jährige Bundesanleihen	503 000	4 000	-	507 000	4 000
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	4 000	0	-	4 000	0
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	46 500	1 000	-	47 500	1 000
Inflationsindexierte Obligationen des Bundes	15 000	-	-	15 000	-
Bundesobligationen	221 000	4 000	-	225 000	4 000
Bundesschatzanweisungen	111 000	5 000	-13 000	103 000	-8 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	21 403	4 517	-1 847	24 074	2 671
Sonstige Bundeswertpapiere	2 574	0	-28	2 545	-28
Eigenbestände	-38 523	-584	-	-39 106	-584
Kassenemissionen – Umlaufvolumen – Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4 179	-	343	4 522	343
Bundeswertpapiere – Umlaufvolumen – Insgesamt	1 128 656	19 517	-18 282	1 129 891	651

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### Die Marktentwicklung im 2. Quartal 2016

Das 2. Quartal 2016 endete mit einem „Paukenschlag“ für die Finanzmärkte: 52 % der britischen Wähler hatten sich für ein Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) („Brexit“) ausgesprochen und damit die meisten Finanzmarktteilnehmer

überrascht. Nachdem die Märkte am Tag des Referendums noch eher auf einen EU-Verbleib des Vereinigten Königreichs zu setzen schienen und sowohl die Anleiherenditen als auch Aktienkurse anzogen, kam es am Morgen des 24. Juni in unmittelbarer Folge der Pro-Brexit-Entscheidung zu deutlichen Kurseinbrüchen an den internationalen Aktienmärkten (s. a. folgende Tabelle).

### Wichtige Aktienindizes, Wertentwicklung jeweils auf Basis Tagesschlusskurse

	24. Juni 2016	23. Juni bis 30. Juni 2016
DAX 30	- 6,8 %	- 5,6 %
FTSE 100	- 3,1 %	+ 2,6 %
S&P 500	- 3,6 %	- 0,7 %
CAC 40	- 8,0 %	- 5,1 %
FTSE MIB 40	- 12,5 %	- 9,8 %

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Die größten Verluste verzeichneten zunächst britische Beteiligungspapiere und Aktien aus Kontinentaleuropa. Aber auch die US-amerikanischen und japanischen Börsen waren von der Unsicherheit über die politische und wirtschaftliche Zukunft des Vereinigten Königreichs betroffen. Im Fall des britischen Aktienindex FTSE 100 konnten die Verluste bis Ende Juni schon wieder mehr als ausgeglichen werden.

Besonders stark beeinträchtigt vom Ausgang der Abstimmung wurde zudem das britische Pfund (s. a. folgende Abbildung), das gegenüber dem US-Dollar innerhalb

weniger Stunden um mehr als 10 % auf 1,34 US-Dollar gefallen war und am 27. Juni auf ein historisches Tief von 1,31 US-Dollar, den niedrigsten Wert seit 1985, sank.

Im Gegenzug fragten Anleger besonders sichere Anlagen wie deutsche Staatsanleihen oder auch Gold nach. Die zusätzliche Nachfrage trieb die Renditen bei Bundeswertpapieren weiter spürbar nach unten. Am 24. Juni wiesen fast 90 % aller umlaufenden Bundesanleihen (gemessen an ihrem ausstehenden Nominalwert) eine Rendite von weniger als 0 % aus. Selbst die 10-jährige Bundesanleihe unterschritt diese Schwelle

Wechselkursentwicklung britisches Pfund gegenüber US-Dollar seit Jahresanfang 2016



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

und notierte auch am Monatsende noch im negativen Bereich (s. a. folgende Abbildung).

Auch die drei großen Rating-Agenturen reagierten unmittelbar auf die Pro-Brexit-Entscheidung. Während Moody's lediglich den Ausblick für die Kreditwürdigkeit des britischen Staates auf negativ setzte, das AA-Rating aber beibehielt, setzten Standard&Poor's und Fitch das Rating herab – Standard&Poor's sehr deutlich von AAA auf AA (Downgrade um zwei Stufen) und Fitch von AA+ auf AA. Rating (AA) und Ausblick (negativ) für das Vereinigte

Königreich sind bei allen drei Agenturen damit jetzt identisch.

Mit dem weiteren Absinken der Bundeswertpapier-Renditen im Zuge der Pro-Brexit-Entscheidung erfüllten weitere Emissionen des Bundes nicht mehr die gültigen Kriterien des Staatsanleiheankaufprogramms der Europäischen Zentralbank (EZB). Am 30. Juni standen für das Kaufprogramm nur noch 24 der insgesamt 65 umlaufenden Kapitalmarktpapiere des Bundes zur Verfügung.

Renditeentwicklung 10- und 30-jährige Bundesanleihen  
in % p. a.



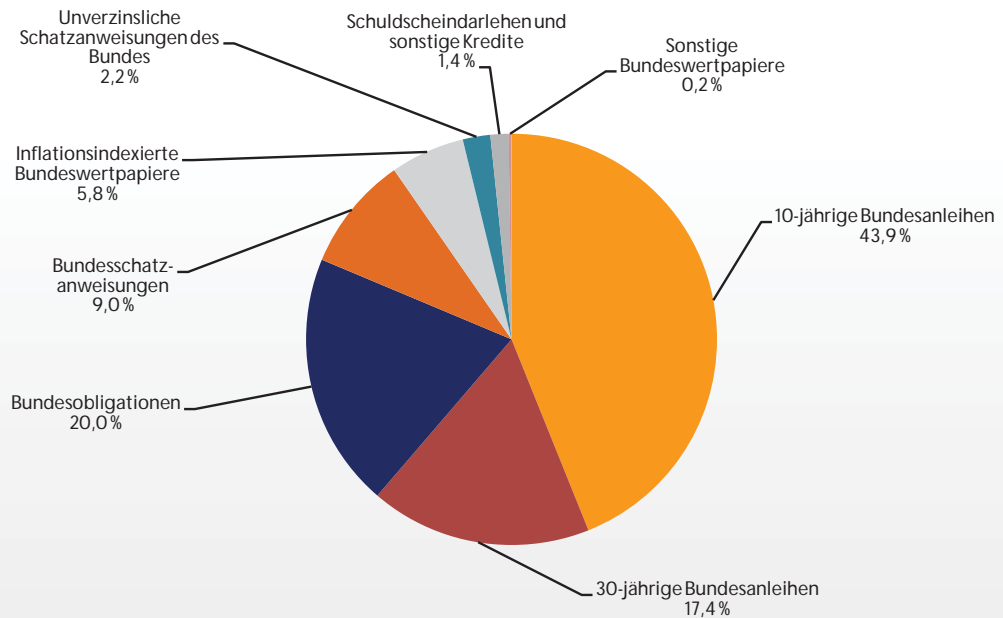
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

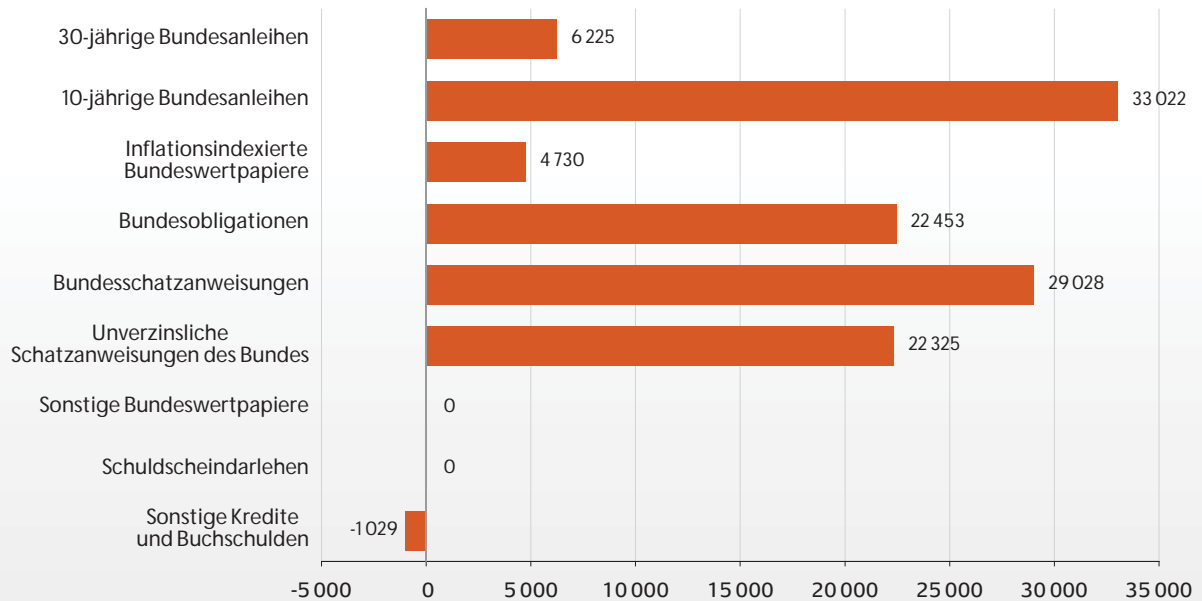
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

**Struktur der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen per 30. Juni 2016 nach Instrumentarten**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen bis Juni 2016 in Mio. €**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

### Schuldenstand des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez
	in Mrd. €											
30-jährige Bundesanleihen	189,9	190,8	191,9	193,1	194,2	191,5	-	-	-	-	-	-
10-jährige Bundesanleihen	466,6	470,7	474,2	477,6	481,2	483,9	-	-	-	-	-	-
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	75,4	75,9	76,5	62,4	63,4	64,2	-	-	-	-	-	-
Bundessobligationen	232,7	221,2	225,7	212,1	216,0	220,8	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	101,5	106,9	98,2	102,6	107,4	99,4	-	-	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	11,2	12,8	14,4	18,1	21,2	23,8	-	-	-	-	-	-
Sonstige Bundeswertpapiere	2,8	2,8	2,7	2,6	2,6	2,5	-	-	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	10,6	10,6	10,5	10,3	10,2	10,0	-	-	-	-	-	-
Sonstige Kredite und Buchschulden	6,6	6,6	4,5	4,5	4,5	5,7	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>1097,4</b>	<b>1098,3</b>	<b>1098,6</b>	<b>1083,2</b>	<b>1100,6</b>	<b>1101,9</b>	-	-	-	-	-	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### Bruttokreditbedarf des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
30-jährige Bundesanleihen	0,8	0,9	1,1	1,2	1,0	1,1	-	-	-	-	-	-	6,2
10-jährige Bundesanleihen	15,7	4,2	3,5	3,4	3,6	2,7	-	-	-	-	-	-	33,0
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	0,9	0,5	0,6	0,9	1,1	0,8	-	-	-	-	-	-	4,7
Bundessobligationen	0,4	4,4	4,5	4,4	4,0	4,8	-	-	-	-	-	-	22,5
Bundesschatzanweisungen	5,1	5,3	4,4	4,4	4,8	5,0	-	-	-	-	-	-	29,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,8	3,1	3,2	5,2	4,6	4,5	-	-	-	-	-	-	22,3
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	0,0
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,0	-	-	-	-	-	-	0,0
Sonstige Kredite und Buchschulden	-	-	-2,2	-	-	1,2	-	-	-	-	-	-	-1,0
<b>Insgesamt</b>	<b>24,7</b>	<b>18,4</b>	<b>15,0</b>	<b>19,4</b>	<b>19,0</b>	<b>20,1</b>	-	-	-	-	-	-	<b>116,8</b>

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

**Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016**

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
in Mrd. €													
30-jährige Bundesanleihen	-	-	-	-	-	3,8	-	-	-	-	-	-	3,8
10-jährige Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23,0
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	15,0
Bundesschatzanweisungen	-	16,0	-	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	34,0
Bundesschatzanweisungen des Bundes	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,8	-	-	-	-	-	-	9,4
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	-	-	-	-	-	-	0,2
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,1	0,3	0,1	0,2	-	-	-	-	-	-	0,6
Sonstige Kredite und Buchschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>24,5</b>	<b>17,6</b>	<b>14,7</b>	<b>34,8</b>	<b>1,6</b>	<b>18,8</b>	-	-	-	-	-	-	<b>112,0</b>

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016**

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
in Mrd. €													
<b>Insgesamt</b>	<b>7,4</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,7</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,5</b>	-	-	-	-	-	-	<b>7,5</b>

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

### Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 16. und 17. Juni sowie am 11. und 12. Juli 2016 in Brüssel

#### Sitzungen am 16. und 17. Juni 2016

In der Eurogruppe am 16. Juni 2016 standen die Inflations- und Wechselkursentwicklung, die Tragfähigkeit nationaler Rentensysteme, die Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit dem Euroraum sowie das Arbeitsprogramm der Eurogruppe für das 2. Halbjahr 2016 auf der Tagesordnung.

Zur Inflations- und Wechselkursentwicklung präsentierte die Europäische Kommission ihre Analyse der Entwicklung in den vergangenen sechs Monaten. Die niedrige Inflationsentwicklung sei getrieben durch geringe Energiepreise und wirtschaftliche Unterauslastung im Euroraum. Dennoch geht die Europäische Kommission von einem langsamen Anziehen der Preise ab der 2. Jahreshälfte aus. Die Wechselkurse seien aktuell insbesondere durch die Geldpolitik der großen Notenbanken sowie politische Faktoren, wie das anstehende Referendum im Vereinigten Königreich, getrieben.

Die Eurogruppe verabschiedete eine Stellungnahme mit gemeinsamen Prinzipien zur Stärkung der Tragfähigkeit nationaler Rentensysteme. Diese stellt die Bedeutung demografiefester Rentensysteme für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Euroraum heraus. Ein Schwerpunkt der enthaltenen Prinzipien sind Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, um längere Lebensarbeitszeiten zu ermöglichen. Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Prinzipien sind die Mitgliedstaaten und die Kommission nun eingeladen, einen geeigneten Benchmarking-Ansatz zu entwickeln und der Eurogruppe im 1. Halbjahr 2017 erneut zu berichten.

Der IWF stellte die Ergebnisse seiner aktuellen Artikel-IV-Konsultationen mit dem Euroraum vor. Aus Sicht des IWF muss die Umsetzung von Strukturreformen im Euroraum beschleunigt werden. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sei angemessen und müsse gegebenenfalls noch weiter gelockert werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sei einzuhalten und öffentliche Schulden zu reduzieren, um Puffer für die Zukunft zu schaffen. Gleichzeitig sollten die Mitgliedstaaten vorhandene Spielräume für eine expansivere Fiskalpolitik nutzen. Der IWF unterstützte den Ansatz der Europäischen Kommission mit Bezug auf ein einheitliches Einlagensicherungssystem und sprach sich für zusätzliche fiskalische Mittel auf der Ebene des Euroraums aus, z. B. in Form eines konditionierten Investitionsfonds.

Die Eurogruppe nutzte den Punkt auch im Lichte des anstehenden Referendums im Vereinigten Königreich für eine grundsätzliche Aussprache zu den aktuellen Herausforderungen für die Europäische Union (EU) und den Euroraum.

Auf der Tagesordnung des ECOFIN am 17. Juni 2016 standen der Kampf gegen die Steuervermeidung, die Bankenunion, die Finanztransaktionssteuer, der Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung, Ausnahmeregelungen im Bereich der Mehrwertsteuer, die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die Vorbereitung des Europäischen Rates.

Beim ECOFIN-Frühstück fand ein kurzer Austausch über die Wirtschaftslage statt. Zudem diskutierten die Minister über die Fortschritte bei der im Rahmen der IWF-Reform 2010 zugesagten Reduktion der Sitze

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

der hochentwickelten europäischen Staaten im IWF-Direktorium bis zur Jahrestagung 2016.

Im ECOFIN konnten deutliche Fortschritte hin zu einer allgemeinen Ausrichtung zur Anti-Steuer-Vermeidungsrichtlinie (Anti Tax-Avoidance Directive; ATAD) erreicht werden. Diese dient u. a. der Umsetzung einiger OECD-/G20-BEPS-Empfehlungen.

Im Bereich der Bankenunion hat der ECOFIN einen Fortschrittsbericht der niederländischen Ratspräsidentschaft zur Kenntnis genommen und sich auf einen Fahrplan („Roadmap“) für die weiteren Arbeiten verständigt. Dies betrifft die Umsetzung aller bereits beschlossenen Maßnahmen, Arbeiten zur Risikoreduktion sowie die Diskussion über ein gemeinsames Einlagensicherungssystem (EDIS). Bei dem Fahrplan hat die Ratspräsidentschaft einen ausbalancierten Kompromiss vorgelegt. Für die Bundesregierung war entscheidend, dass eine Reihenfolge für die Fortsetzung der Arbeiten festgelegt wird: Erst nach der Umsetzung effektiver Maßnahmen zur Risikoreduzierung kann eine Entscheidung über eine weitere Risikoteilung erfolgen. Diese Reihenfolge ist im Fahrplan verankert. Nach dem Fahrplan liegt der Fokus der weiteren Arbeiten jetzt auf den Maßnahmen zur Reduktion von Risiken im Bankensektor.

Die Europäische Kommission informierte über aktuelle Gesetzgebungsarbeiten im Bereich Finanzdienstleistungen und unterrichtete zum Stand der Umsetzung der nationalen Rechtsakte im Rahmen der Bankenunion. Zur Finanztransaktionssteuer wurde der Sachstandsbericht des Ratssekretariats beraten.

Die Europäische Kommission berichtete über den Stand der Umsetzung ihres Aktionsplans zum Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung. Sie kündigte an, ihren Vorschlag zur Änderung der 4. Anti-Geldwäscherichtlinie Anfang Juli 2016 vorzulegen.

Im Bereich Mehrwertsteuer hat die Europäische Kommission mündlich ihre Analyse über temporäre Ausnahmeregelungen präsentiert.

Es soll in Pilotverfahren zur generellen Umkehrung der Steuerschuld (sogenannte Reverse Charge) auf nationale Umsätze durchgeführt werden. Hierfür ist jedoch eine europäische Rechtsgrundlage erforderlich. Die Europäische Kommission sagte zu, einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen. Die Rechtsgrundlage soll eine befristete Anwendung des generellen Reverse-Charge-Verfahrens erlauben und negative Auswirkungen auf den Binnenmarkt vermeiden.

Im Rahmen der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts hat der ECOFIN die Ratsbeschlüsse zur Entlassung von Irland, Slowenien und Zypern aus dem Defizitverfahren einstimmig angenommen. Diesen Ländern ist die nachhaltige Korrektur ihrer Defizite unter die Schwelle von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gelungen. Damit verbleiben noch sechs der 28 EU-Mitgliedstaaten im Defizitverfahren. Noch Anfang 2012 hatten 23 der damals 27 Mitgliedstaaten übermäßige Defizite aufgewiesen.

Der ECOFIN hat die in seiner Zuständigkeit liegenden Themen des Europäischen Rates am 28. und 29. Juni 2016 vorbereitet. Dazu hat er die Ratsempfehlungen (sogenannte länderspezifische Empfehlungen) im Europäischen Semester gebilligt, die dem Europäischen Rat nun zur Indossierung übermittelt werden. Die Empfehlungen werden dann formell vom ECOFIN im Juli 2016 beschlossen.

Auch hat der ECOFIN in Vorbereitung der Diskussion beim Europäischen Rat einen ersten Meinungsaustausch zu der am 7. Juni 2016 vorgelegten Mitteilung der Europäischen Kommission zum neuen Partnerschaftsrahmen für Drittstaaten im Kontext der Migrationsagenda sowie einer neuen Initiative der Europäischen Investitionsbank zur Bekämpfung von Fluchtursachen im Westbalkan und der südlichen Nachbarschaft geführt.

Zudem stellte die Europäische Kommission ihre Mitteilung für den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) vor, die u. a. den Vorschlag über eine Verlängerung des EFSI enthält.

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Des Weiteren kündigte die Europäische Kommission für das Frühjahr 2017 ein Weißbuch zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion an. Im Herbst 2016 soll der unabhängige Europäische Fiskalausschuss seine Arbeit aufnehmen.

### Sitzungen am 11. und 12. Juli 2016

In der Eurogruppe am 11. Juli 2016 standen die Wirtschaftslage, die Lage in Irland und Portugal, die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die Ausrichtung der Finanzpolitik und die Investitionen im Euroraum sowie die Schwerpunkte der neuen slowakischen Regierung auf der Tagesordnung.

Der Schwerpunkt der Diskussion über die Wirtschaftslage waren die Auswirkungen des britischen Referendums auf die Wirtschaft der EU und des Euroraums. Die Europäische Kommission präsentierte hierzu eine erste vorläufige Einschätzung. Sie geht gegenüber den Annahmen vor der Entscheidung von einer um 1 Prozentpunkt bis 2 ½ Prozentpunkte geringeren Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich im Jahr 2017 aus. Für die EU-27 korrigiert die Kommission die Erwartungen um - 0,2 bis - 0,5 Prozentpunkte. Dabei betonte sie aber, dass die Entwicklungen erheblich von dem konkreten Verhandlungsverlauf abhängen werden. Die Eurogruppe bekräftigte vor diesem Hintergrund noch einmal das gemeinsame Ziel, die Agenda für Strukturreformen, wachstumsfreundliche Konsolidierung und Stärkung der Bankenunion weiter voranzutreiben.

Die Europäische Kommission hat mündlich über die Ergebnisse der 5. Mission im Rahmen der Nachprogrammüberwachung von Irland berichtet. Die Mission wurde gemeinsam mit der EZB, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem IWF durchgeführt. Zudem stellte der irische Finanzminister die Schwerpunkte des Programms der neuen irischen Regierung vor. Die Eurogruppe begrüßte die gute Entwicklung

in Irland. Sie nahm die Ankündigung Irlands zur Kenntnis, einen Fonds zur Abfederung von makroökonomischen Schocks aufbauen zu wollen. Irland kündigte zudem an, sich aufgrund der engen Verbindungen mit dem Vereinigten Königreich auf deutliche wirtschaftliche Auswirkungen der kommenden Verhandlungen vorzubereiten.

Zu Portugal hat die Europäische Kommission ebenfalls mündlich über die Ergebnisse der 4. Nachprogrammüberwachungsmission berichtet. Es bestehen Herausforderungen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, der Lage der öffentlichen Haushalte sowie der Lage im Bankensektor. Portugal wies insbesondere auf die bereits erzielten Erfolge im Rahmen des Anpassungsprogramms hin.

Die Eurogruppe hat einen Meinungsaustausch zur Ausrichtung der Fiskalpolitik im Euroraum geführt. Die Europäische Kommission sprach sich für 2017 für eine neutrale Ausrichtung im Aggregat aus, nachdem sie für 2016 die aktuelle, leicht expansive Ausrichtung für angemessen hält. Während einige Mitgliedstaaten ihre Konsolidierungsbemühungen intensivieren müssten, sollten Staaten mit Spielräumen diese für eine expansivere Haushaltspolitik nutzen. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble wies darauf hin, dass letztendlich die länderspezifischen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts für die Ausrichtung der Fiskalpolitik im Euroraum entscheidend seien. Die Aggregatsbetrachtung dürfe nicht dazu genutzt werden, länderspezifische Vorgaben zu relativieren. Er verpflichtete der Europäischen Kommission in ihrer Analyse bei, dass es weiterhin in einer Vielzahl von Mitgliedstaaten deutlichen Konsolidierungsbedarf gebe.

Die Eurogruppe hat die Entscheidung des ECOFIN vorbereitet, der am 12. Juli 2016 die Empfehlung der Europäischen Kommission zur Feststellung eines Verstoßes gegen die Vorgaben im Rahmen des Defizitverfahrens durch Portugal und Spanien angenommen hat. Portugal und Spanien haben keine aus-

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

reichenden Maßnahmen zum Abbau ihrer übermäßigen Defizite entsprechend der Ratsbeschlüsse ergriffen. In einem weiteren Schritt muss die Europäische Kommission nun Vorschläge für Sanktionen (Geldbuße von 0,0 % bis 0,2 % des BIP sowie teilweise Aussetzung der Zusagen für Strukturfondsmittel zur Finanzierung von Projekten ab dem Jahr 2017) vorlegen.

Im Rahmen der thematischen Diskussionen zu Wachstum und Beschäftigung diskutierte die Eurogruppe das Thema Investitionen. Der Schwerpunkt war die Frage, wie das Investitionsklima durch regulatorische Maßnahmen verbessert werden kann. Die Europäische Kommission und die EZB hoben eindringlich die Bedeutung des Abbaus von Investitionshemmnissen zur Stärkung der privaten Investitionsdynamik hervor. Die Europäische Kommission sieht hier auch einen Schwerpunkt mit Blick auf die Weiterentwicklung der länderspezifischen Empfehlungen. Hierzu verständigte sich die Eurogruppe auf die Bereiche Effizienz der öffentlichen Verwaltung, unternehmerische Rahmenbedingungen sowie sektorspezifische regulatorische Engpässe, die im weiteren Jahresverlauf vertieft diskutiert werden sollen.

Beim ECOFIN am 12. Juli 2016 standen die Schwerpunkte der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2016, die Transparenz im Steuerbereich, der Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, die länderspezifischen Empfehlungen im Europäischen Semester 2016, die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (siehe Eurogruppe), Investitionshemmnisse in Europa, die Konvergenzberichte der Europäischen Kommission und der EZB und der Baseler Prozess zur Vollendung von Basel III auf der Tagesordnung.

Im Rahmen des ECOFIN-Frühstücks tauschten sich die Minister über die Wirtschaftslage aus. Wie am Vortag in der Eurogruppe diskutierten sie die Erwartungen zu den wirtschaftlichen

Auswirkungen des Referendums im Vereinigten Königreich.

Zum Beginn ihrer Präsidentschaft stellte die Slowakei die Schwerpunkte der Arbeiten in den kommenden sechs Monaten vor. Im ECOFIN-Bereich sieht sie den Fokus der Arbeiten in den Bereichen Wirtschafts- und Währungsunion, Vertiefung der Diskussion zur 3. Säule des Investitionsplans und zur Bekämpfung von Fluchtursachen, Banken- und Kapitalmarktunion, Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung, Kampf gegen den Steuerbetrug sowie Zukunft des Mehrwertsteuersystems.

Die Europäische Kommission präsentierte ihre Mitteilung vom 5. Juli 2016 zu weiteren Schritten im Bereich Transparenz und der Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerumgehung. Dabei geht es u. a. um eine Reaktion auf die sogenannten Panama-Papiere und das weitere Vorgehen bei der Umsetzung der BEPS-Empfehlungen.

Die Europäische Kommission stellte ihre am 5. Juli 2016 vorgelegten Vorschläge zur Änderung der 4. Geldwäscherichtlinie und der Publizitätsrichtlinie vor. Diese sind Teil des Maßnahmenpakets zum Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung und zielen u. a. darauf ab, den Informationsaustausch zu den Begünstigten von Gesellschaften und Trusts zu verbessern. Damit soll auch auf die Erkenntnisse aus den sogenannten Panama-Papieren reagiert werden.

Der ECOFIN hat die länderspezifischen Empfehlungen im Europäischen Semester 2016 formell verabschiedet, die bereits in der Sitzung im Juni politisch gebilligt worden waren. In den finanzpolitischen Empfehlungen wird Portugal und Spanien eine dauerhafte Korrektur ihrer übermäßigen Defizite im Einklang mit den relevanten Entscheidungen im Rahmen des Verfahrens bei übermäßigen Defiziten empfohlen.

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Der ECOFIN diskutierte im Rahmen der sogenannten 3. Säule des Investitionsplans für Europa über regulatorische Investitionshemmnisse in den Mitgliedstaaten. Es bestand Einvernehmen darin, dass der regulatorische Rahmen besondere Bedeutung für die nationale Investitionstätigkeit hat. Daher will sich der ECOFIN weiter mit Fragen von Reformen in einzelnen Kernbereichen (Insolvenzregime, Investitionen in Energieeffizienz, Netze) beschäftigen.

Der ECOFIN nahm die Konvergenzberichte der Europäischen Kommission und der EZB ohne Aussprache zur Kenntnis. Diese dienen der Überprüfung, ob Mitgliedstaaten mit einer Ausnahmeregelung die Voraussetzungen für den Beitritt zum Euroraum erfüllen. In den aktuellen Berichten kommen die Europäische Kommission und die EZB erwartungsgemäß

zu dem Ergebnis, dass momentan keiner der Kandidaten die Voraussetzungen zum Eurobeitritt erfüllt.

Der ECOFIN hat Schlussfolgerungen zu den laufenden Arbeiten im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht zum Abschluss der Reformarbeiten im Bankensektor in Reaktion auf die Krise (Vollendung von Basel III) angenommen. In Basel werden derzeit die Ansätze überarbeitet, wie Risiken in den Bankbilanzen gemessen und die daraus resultierenden Eigenkapitalanforderungen ermittelt werden. Aus Sicht des ECOFIN muss dabei sowohl sichergestellt werden, dass es in unterschiedlichen nationalen Finanzsystemen nicht zu übermäßig ungleichen Belastungen der Finanzinstitute kommt, als auch, dass Risiken angemessen berücksichtigt werden.



**Aktuelles aus dem BMF**

Termine, Publikationen

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

23./24. Juli 2016	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Chengdu, China
4./5. September 2016	G20-Gipfel in Hangzhou, China
9./10. September 2016	Eurogruppe und informeller ECOFIN-Rat in Bratislava, Slowakei
7. bis 9. Oktober 2016	Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
10./11. Oktober 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Luxemburg
20./21. Oktober 2016	Europäischer Rat in Brüssel

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2017 und des Finanzplans bis 2020

23. März 2016	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
2. bis 4. Mai 2016	Steuerschätzung in Essen
8. Juni 2016	Stabilitätsrat
6. Juli 2016	Kabinettsbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
August 2016	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
voraussichtlich September bis Dezember 2016	Lesungen im Bundestag und Beratungen im Bundesrat

**Aktuelles aus dem BMF**

Termine, Publikationen

**Veröffentlichungskalender<sup>1</sup> der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten**

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
August 2016	Juli 2016	19. August 2016
September 2016	August 2016	22. September 2016
Oktober 2016	September 2016	21. Oktober 2016
November 2016	Oktober 2016	21. November 2016
Dezember 2016	November 2016	22. Dezember 2016

<sup>1</sup> Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IWF, siehe <http://dsbb.imf.org>.

**Publikationen des BMF**

**Das BMF hat folgende Publikation neu herausgegeben:**

Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Kreditaufnahme des Bundes im Jahr 2015

**Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:**

Bundesministerium der Finanzen  
 Wilhelmstraße 97  
 10117 Berlin  
[broschueren@bmf.bund.de](mailto:broschueren@bmf.bund.de)

**Zentraler Bestellservice:**

Telefon: 03018 272 2721  
 Telefax: 03018 10 272 2721

**Internet:**

<http://www.bundesfinanzministerium.de>  
<http://www.bmf.bund.de>

▮ Aktuelles aus dem BMF

Stellenausschreibungen

## Stellenausschreibungen/Terminhinweis

### Terminhinweis für Volljuristinnen/Volljuristen und Wirtschaftswissenschaftlerinnen/Wirtschaftswissenschaftler

Die nächsten Stellenausschreibungen für Volljuristinnen/Volljuristen und Wirtschaftswissenschaftlerinnen/Wirtschaftswissenschaftler werden voraussichtlich im August/September 2016 veröffentlicht. Bei Fragen hierzu können Sie sich gerne mit Frau Almstedt (03018 682 1325) oder Herrn Seehöfer (03018 682 1220) in Verbindung setzen ([bewerbung@bmf.bund.de](mailto:bewerbung@bmf.bund.de)).

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

# Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung</b> .....	<b>68</b>
1 Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen .....	68
2 Gewährleistungen .....	69
3 Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund .....	70
4 Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund .....	72
5 Bundeshaushalt 2015 bis 2020 .....	75
6 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017 .....	76
7 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017 .....	78
8 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2017 .....	82
9 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts .....	84
10 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	86
11 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	88
12 Entwicklung der Staatsquote .....	89
13a Schulden der öffentlichen Haushalte .....	90
13b Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik .....	92
14 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	93
15 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden .....	94
16 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	95
17 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....	96
18 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	97
19 Staatsquoten im internationalen Vergleich .....	98
20 Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015 .....	99
 <b>Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte</b> .....	 <b>100</b>
Abb. 1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2015/2016 .....	100
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016 im Vergleich zum Jahressoll 2016 .....	100
2 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2016 .....	101
3 Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2016 .....	103

**Statistiken und Dokumentationen**

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung


**Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes .... 107**

1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten .....	108
2	Produktionspotenzial und -lücken .....	109
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum .....	110
4	Bruttoinlandsprodukt .....	111
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt .....	113
6	Kapitalstock und Investitionen.....	117
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität.....	118
8	Preise und Löhne .....	119

**Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ..... 121**

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.....	121
2	Preisentwicklung .....	122
3	Außenwirtschaft .....	123
4	Einkommensverteilung .....	124
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich .....	125
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	126
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich .....	127
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern .....	128
9	Übersicht Weltfinanzmärkte .....	129
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote .....	130
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo .....	134

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen  
in Mio. €

	Schuldenstand 31. Dezember 2015	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand 30. Juni 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
<b>Haushaltskredite</b>	<b>1 097 175</b>	<b>116 754</b>	<b>-111 997</b>	<b>1 101 932</b>	<b>4 757</b>
<b>Gliederung nach Verwendung</b>					
Bundeshaushalt	1 050 926	116 745	-109 136	1 058 535	7 609
Finanzmarktstabilisierungsfonds	25 227	-1 780	-1 374	22 073	-3 155
Investitions- und Tilgungsfonds	21 022	1 789	-1 486	21 325	303
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>					
Bundesschatzbriefe	1 079 829	117 783	-111 349	1 086 263	6 434
Bundesanleihen	662 891	39 248	-26 750	675 389	12 498
30-jährige Bundesanleihen	189 048	6 225	-3 750	191 523	2 475
10-jährige Bundesanleihen	473 843	33 022	-23 000	483 866	10 022
inflationsexponierte Bundesschatzbriefe	74 495	4 730	-15 000	64 225	-10 270
30-jährige inflationsexponierte Anleihen des Bundes	2 906	920	-	3 826	920
10-jährige inflationsexponierte Anleihen des Bundes	57 036	3 813	-15 000	45 849	-11 187
inflationsexponierte Obligationen des Bundes	14 553	-3	-	14 550	-3
Bundesschatzbriefe	232 387	22 453	-34 000	220 840	-11 547
Bundesschatzbriefe	96 389	29 028	-26 000	99 417	3 028
Unverzinsliche Schatzbriefe des Bundes	10 887	22 325	-9 364	23 848	12 961
sonstige Bundesschatzbriefe	2 780	0	-235	2 545	-235
Schuldenscheindarlehen	10 649	0	-648	10 001	-648
sonstige Kredite und Buchschulden	6 697	-1 029	-	5 668	-1 029
<b>Gliederung nach Restlaufzeiten</b>					
bis 1 Jahr	166 685			163 083	-3 602
über 1 Jahr bis 4 Jahre	327 184			336 341	9 157
über 4 Jahre	603 306			602 509	-797
<b>nachrichtlich:</b>					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung inflationsexponierter Bundesschatzbriefe	5 607			3 099	-2 507
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	4 450			2 316	-2 133

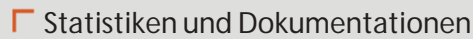
Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung	Belegung
		am 30. Juni 2016	am 30. Juni 2015
in Mrd. €			
Ausfuhren	160,0	127,7	134,0
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	45,4	44,8
FZ-Vorhaben	25,7	15,4	12,6
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	102,5	104,1
Internationale Finanzierungsinstitutionen	66,0	60,0	56,8
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	10,0	10,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4




Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Operations – Haushalt Bund**

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
<b>2016</b> Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-
September	-	-	-	-	-	-
August	-	-	-	-	-	-
Juli	-	-	-	-	-	-
Juni	150 661	155 597	4 937	-6 292	62	16 702
Mai	128 374	123 617	-4 756	-19 718	31	20 405
April	106 757	100 080	-6 676	-35 876	-70	34 541
März	83 507	74 622	-8 883	-25 195	-115	21 607
Februar	61 282	42 815	-18 465	-37 291	-141	24 785
Januar	38 739	22 149	-16 589	-41 607	-130	24 889
<b>2015</b> Dezember	299 285	311 055	11 792	0	353	0
November	275 901	267 237	-8 617	-19 916	200	11 500
Oktober	252 058	247 873	-4 144	-23 768	198	19 822
September	228 888	226 166	-2 686	-14 053	188	11 555
August	202 583	196 915	-5 636	-12 976	191	7 531
Juli	180 764	174 943	-5 794	-21 268	179	15 653
Juni	147 444	147 872	450	-4 819	129	5 398
Mai	124 549	113 481	-11 046	-17 612	72	6 638
April	104 640	90 101	-14 518	-34 653	-28	20 106
März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	-105	14 620
Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	-129	17 144
Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	-126	10 252
<b>2014</b> Dezember	295 486	295 147	-297	0	297	0
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 579
Juli	184 378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	-18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534



 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
<b>2013</b> Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222
<b>2012</b> Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250
<b>2011</b> Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Debt – Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen

	Central Government Debt					Gewährleistungen <sup>1</sup>
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten					
	Total debt				Schulden insgesamt	
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)			
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	Debt guaranteed	
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
<b>2016</b> Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-
September	-	-	-	-	-	-
August	-	-	-	-	-	-
Juli	-	-	-	-	-	-
Juni	163 083	336 341	602 509	1 101 932	466	-
Mai	163 453	344 611	592 567	1 100 631	-	-
April	160 133	340 391	582 702	1 083 226	-	-
März	170 913	319 285	608 440	1 098 638	460	-
Februar	169 774	329 687	598 791	1 098 251	-	-
Januar	168 222	341 169	588 023	1 097 414	-	-
<b>2015</b> Dezember	166 685	327 184	603 306	1 097 175	470	-
November	168 065	336 257	602 786	1 107 108	-	-
Oktober	170 274	332 251	596 101	1 098 627	-	-
September	174 816	330 669	599 875	1 105 360	461	-
August	181 894	340 017	589 117	1 111 028	-	-
Juli	185 717	336 172	580 608	1 102 497	-	-
Juni	186 398	332 244	594 255	1 112 897	469	-
Mai	184 474	344 280	585 291	1 114 045	-	-
April	183 316	340 068	575 739	1 099 123	-	-
März	170 054	353 776	582 063	1 105 892	464	-
Februar	173 942	362 357	574 994	1 111 293	-	-
Januar	175 646	358 395	582 244	1 116 284	-	-
<b>2014</b> Dezember	174 418	344 350	596 205	1 114 973	464	-
November	174 865	355 735	593 212	1 123 811	-	-
Oktober	179 904	352 355	584 644	1 116 904	-	-
September	179 650	348 783	587 261	1 115 694	459	-
August	182 193	360 447	576 780	1 119 419	-	-
Juli	184 184	356 339	569 683	1 110 206	-	-
Juni	188 514	350 756	582 619	1 121 888	452	-
Mai	187 882	363 376	572 633	1 123 891	-	-
April	189 874	358 460	561 374	1 109 708	-	-
März	192 454	344 362	581 505	1 118 321	449	-
Februar	195 998	355 633	571 956	1 123 587	-	-
Januar	182 989	351 395	577 490	1 111 874	-	-

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen <sup>1</sup>
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten					
	Total debt				Schulden insgesamt	
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)			
	Short term	Medium term	Long term	Total debt		
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
<b>2013</b> Dezember	185 271	341 269	587 045	1 113 586	443	
November	188 754	351 185	582 457	1 122 396	-	
Oktober	189 757	347 773	569 078	1 106 607	-	
September	189 278	345 590	573 190	1 108 058	470	
August	193 020	356 381	562 007	1 111 409	-	
Juli	194 720	352 590	552 163	1 099 473	-	
Juni	190 827	354 337	561 762	1 106 926	474	
Mai	190 923	365 209	551 931	1 108 063	-	
April	185 788	361 159	541 621	1 088 568	-	
März	196 977	358 249	548 694	1 103 920	472	
Februar	200 351	369 334	539 369	1 109 054	-	
Januar	201 089	349 799	543 590	1 094 479	-	
<b>2012</b> Dezember	198 359	344 094	553 079	1 095 533	470	
November	202 601	355 077	551 259	1 108 937	-	
Oktober	201 414	349 798	537 404	1 088 616	-	
September	201 576	345 126	542 966	1 089 668	508	
August	208 360	355 924	529 662	1 093 945	-	
Juli	208 104	352 283	520 825	1 081 212	-	
Juni	212 946	347 436	530 779	1 091 161	459	
Mai	214 688	357 227	523 689	1 095 604	-	
April	213 986	352 526	512 860	1 079 372	-	
März	202 748	342 881	534 056	1 079 685	454	
Februar	206 070	356 415	523 881	1 086 365	-	
Januar	207 850	336 560	530 200	1 074 610	-	

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen <sup>1</sup>
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten					
	Total debt				Schulden insgesamt	Debt guaranteed
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)			
	Short term	Medium term	Long term	Total debt		
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
2011 Dezember	208 659	325 547	541 458	1 075 664	378	
November	215 408	337 011	536 176	1 088 595	-	
Oktober	219 396	331 770	525 205	1 076 371	-	
September	225 341	328 198	533 879	1 087 418	376	
August	223 570	344 093	524 129	1 091 792	-	
Juli	224 983	338 696	517 939	1 081 618	-	
Juni	222 841	340 497	528 153	1 091 490	361	
Mai	218 689	353 569	523 092	1 095 350	-	
April	220 829	347 235	512 372	1 080 436	-	
März	225 835	339 414	515 722	1 080 971	348	
Februar	221 904	353 140	504 297	1 079 342	-	
Januar	226 030	330 826	512 329	1 069 186	-	

<sup>1</sup> Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung


**Tabelle 5: Bundeshaushalt 2015- 2020**  
**Gesamtübersicht**

Gegenstand der Nachweisung	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Ist	Soll	RegEntw	Finanzplanung		
	Mrd. €					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>299,3</b>	<b>316,9</b>	<b>328,7</b>	<b>331,1</b>	<b>343,3</b>	<b>349,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 1,3	+ 5,9	+ 3,7	+ 0,7	+ 3,7	+ 1,8
<b>2. Einnahmen<sup>1</sup></b>	<b>311,1</b>	<b>310,5</b>	<b>321,7</b>	<b>330,8</b>	<b>343,0</b>	<b>349,0</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 5,4	- 0,2	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,8
darunter :						
Steuereinnahmen	270,8	281,7	288,1	301,8	315,5	327,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 4,0	+ 2,3	+ 4,8	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,5
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>11,8</b>	<b>-6,4</b>	<b>-7,0</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
in % der Ausgaben	+ 1,6	- 2,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>2</sup> (-)</b>	<b>170,2</b>	<b>210,1</b>	<b>187,3</b>	<b>193,5</b>	<b>181,0</b>	<b>201,2</b>
<b>5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>-18,5</b>	<b>13,9</b>	<b>13,2</b>	<b>0,1</b>	<b>-1,8</b>	<b>0,9</b>
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>188,7</b>	<b>196,2</b>	<b>174,1</b>	<b>192,9</b>	<b>182,8</b>	<b>200,3</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
nachrichtlich :						
investive Ausgaben	29,3	29,6	31,5	33,3	34,5	35,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,9	+ 6,5	+ 5,7	+ 3,7	+ 1,6	- 12,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.<sup>2</sup> Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2016

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Ist			Soll		RegEntwurf <sup>1</sup>
	in Mio. €					
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>28 046</b>	<b>28 575</b>	<b>29 209</b>	<b>29 907</b>	<b>30 989</b>	<b>32 094</b>
Aktivitätsbezüge	20 619	20 938	21 280	21 695	22 562	23 502
ziviler Bereich	9 289	9 599	9 997	10 395	11 594	12 069
militärischer Bereich	11 331	11 339	11 283	11 300	10 968	11 433
Versorgung	7 427	7 637	7 928	8 212	8 427	8 592
ziviler Bereich	2 538	2 619	2 699	2 765	2 831	2 834
militärischer Bereich	4 889	5 018	5 229	5 447	5 596	5 758
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>23 703</b>	<b>23 152</b>	<b>23 174</b>	<b>24 305</b>	<b>26 202</b>	<b>28 437</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 384	1 453	1 352	1 462	1 493	1 535
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 287	8 550	8 814	9 055	10 186	11 133
sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	13 148	13 008	13 788	14 523	15 769
<b>Zinsausgaben</b>	<b>30 487</b>	<b>31 302</b>	<b>25 916</b>	<b>21 066</b>	<b>23 772</b>	<b>19 286</b>
an andere Bereiche	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772	19 286
Sonstige	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772	19 286
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	30 446	31 261	25 874	21 024	23 730	19 245
an Ausland	-	-	0	0	0	0
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>187 734</b>	<b>190 781</b>	<b>187 308</b>	<b>193 751</b>	<b>204 322</b>	<b>214 930</b>
an Verwaltungen	17 090	27 273	21 108	24 064	24 285	26 368
Länder	11 529	13 435	14 133	16 154	17 137	19 002
Gemeinden	8	8	5	19	6	5
Sondervermögen	5 552	13 829	6 969	7 890	7 143	7 361
Zweckverbände	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	170 644	163 508	166 200	169 687	180 036	188 562
Unternehmen	24 225	25 024	25 517	25 616	28 296	29 511
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 307	27 055	28 029	28 903	29 609	30 793
an Sozialversicherung	113 424	103 693	104 719	107 334	111 824	117 175
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 668	1 656	1 889	1 936	2 575	3 479
an Ausland	5 017	6 075	6 043	5 894	7 730	7 600
an Sonstige	2	5	5	4	2	4
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>269 971</b>	<b>273 811</b>	<b>265 607</b>	<b>269 028</b>	<b>285 285</b>	<b>294 747</b>

<sup>1</sup>Stand: Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2016.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017**

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Ist			Soll		RegEntwurf <sup>1</sup>
	in Mio. €					
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 760</b>	<b>7 895</b>	<b>7 865</b>	<b>7 684</b>	<b>9 264</b>	<b>9 851</b>
Baumaßnahmen	6 147	6 264	6 419	6 141	7 137	7 581
Erwerb von beweglichen Sachen	983	1 020	983	1 186	1 491	1 618
Grunderwerb	629	611	463	357	636	653
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>16 005</b>	<b>15 327</b>	<b>16 575</b>	<b>21 219</b>	<b>20 639</b>	<b>22 536</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 524	14 772	15 971	20 516	19 919	21 838
an Verwaltungen	5 789	4 924	4 854	8 779	6 128	6 972
Länder	5 152	4 873	4 786	5 213	5 790	6 437
Gemeinden und Gemeindeverbände	56	52	68	66	107	89
Sondervermögen	581	-	0	3 500	231	446
an andere Bereiche	9 735	9 848	11 118	11 737	13 792	14 866
Sonstige – Inland	6 234	6 393	5 886	6 625	8 114	8 570
Ausland	3 501	3 455	5 232	5 112	5 678	6 296
sonstige Vermögensübertragungen	480	555	604	703	719	699
an andere Bereiche	480	555	604	703	719	699
Unternehmen – Inland	4	7	5	0	30	30
Sonstige – Inland	129	141	135	131	132	125
Ausland	348	406	464	572	557	544
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>13 040</b>	<b>10 810</b>	<b>5 439</b>	<b>1 353</b>	<b>2 301</b>	<b>1 595</b>
Darlehensgewährung	2 736	2 032	1 024	983	1 848	1 228
an Verwaltungen	1	0	0	0	1	1
Länder	1	0	0	0	1	1
an andere Bereiche	2 735	2 032	1 023	983	1 847	1 228
sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 070	597	793	708	1 597	911
Ausland	1 666	1 435	230	274	250	317
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	8 778	4 416	370	453	367
Inland	0	91	72	370	113	201
Ausland	10 304	8 687	4 343	0	340	165
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>36 804</b>	<b>34 032</b>	<b>29 879</b>	<b>30 257</b>	<b>32 203</b>	<b>33 983</b>
Darunter: Investive Ausgaben	36 324	33 477	29 275	29 553	31 484	33 284
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>0</b>	<b>- 588</b>	<b>- 30</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>306 775</b>	<b>307 843</b>	<b>295 486</b>	<b>299 285</b>	<b>316 900</b>	<b>328 700</b>

<sup>1</sup>Stand: Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach  
Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017**

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>75 148</b>	<b>67 766</b>	<b>28 094</b>	<b>22 225</b>	<b>0</b>	<b>17 447</b>
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	15 727	15 182	4 217	2 070	0	8 895
02	auswärtige Angelegenheiten	12 779	7 066	572	376	0	6 118
03	Verteidigung	36 212	35 876	17 192	17 164	0	1 520
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	5 402	4 839	2 779	1 681	0	379
05	Rechtsschutz	521	505	311	136	0	58
06	Finanzverwaltung	4 505	4 297	3 022	798	0	477
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>23 503</b>	<b>19 751</b>	<b>553</b>	<b>1 268</b>	<b>0</b>	<b>17 930</b>
13	Hochschulen	5 735	4 719	16	13	0	4 690
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 973	3 959	0	115	0	3 844
15	sonstiges Bildungswesen	397	297	13	75	0	209
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	12 572	10 138	523	1 051	0	8 564
19	übrige Bereiche aus 1	827	639	1	15	0	623
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>170 966</b>	<b>169 816</b>	<b>528</b>	<b>531</b>	<b>0</b>	<b>168 757</b>
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	112 090	112 090	39	0	0	112 051
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 993	7 993	0	4	0	7 989
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1 969	1 421	0	5	0	1 416
25	Arbeitsmarktpolitik	37 907	37 798	1	84	0	37 713
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	546	543	0	31	0	512
29	übrige Bereiche aus 2	10 462	9 971	488	408	0	9 075
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>2 222</b>	<b>1 280</b>	<b>395</b>	<b>516</b>	<b>0</b>	<b>369</b>
31	Gesundheitswesen	647	610	229	271	0	111
32	Sport und Erholung	157	141	0	12	0	129
33	Umwelt- und Naturschutz	772	334	98	169	0	67
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	194	68	65	0	62
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>3 084</b>	<b>385</b>	<b>0</b>	<b>29</b>	<b>0</b>	<b>356</b>
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 753	372	0	17	0	356
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	1 329	13	0	13	0	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	2	0	0	0	0	0
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 155</b>	<b>547</b>	<b>12</b>	<b>272</b>	<b>0</b>	<b>263</b>
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 130	525	0	264	0	261
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	0	105	0	27
529	übrige Bereiche aus 52	998	393	0	159	0	234
599	übrige Bereiche aus 5	25	22	12	8	0	2



 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach  
Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017**


Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben	in Mio. €				
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>1 501</b>	<b>5 310</b>	<b>571</b>	<b>7 382</b>	<b>7 366</b>					
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	431	114	0	545	545					
02	auswärtige Angelegenheiten	154	5 077	482	5 713	5 713					
03	Verteidigung	184	64	88	336	321					
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	508	54	0	563	563					
05	Rechtsschutz	16	0	0	16	16					
06	Finanzverwaltung	208	0	0	209	209					
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>152</b>	<b>3 600</b>	<b>0</b>	<b>3 752</b>	<b>3 752</b>					
13	Hochschulen	2	1 014	0	1 016	1 016					
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	14	0	14	14					
15	sonstiges Bildungswesen	1	100	0	100	100					
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	144	2 290	0	2 434	2 434					
19	übrige Bereiche aus 1	5	183	0	188	188					
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>34</b>	<b>1 107</b>	<b>9</b>	<b>1 150</b>	<b>497</b>					
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0					
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	0	0	0	0	0					
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	545	1	547	3					
25	Arbeitsmarktpolitik	0	109	0	109	0					
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	3	0	3	3					
29	übrige Bereiche aus 2	33	450	8	491	491					
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>483</b>	<b>459</b>	<b>0</b>	<b>942</b>	<b>942</b>					
31	Gesundheitswesen	28	8	0	36	36					
32	Sport und Erholung	0	16	0	16	16					
33	Umwelt- und Naturschutz	6	432	0	438	438					
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	448	3	0	452	452					
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>0</b>	<b>2 697</b>	<b>2</b>	<b>2 699</b>	<b>2 699</b>					
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	1 379	2	1 380	1 380					
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	1 317	0	1 317	1 317					
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	0	2	0	2	2					
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>2</b>	<b>605</b>	<b>1</b>	<b>608</b>	<b>608</b>					
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	604	1	605	605					
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0					
529	übrige Bereiche aus 52	0	604	1	605	605					
599	übrige Bereiche aus 5	2	1	0	2	2					

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach  
Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 195</b>	<b>2 570</b>	<b>106</b>	<b>497</b>	<b>0</b>	<b>1 968</b>
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 441	1 424	0	4	0	1 420
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	636	517	0	81	0	436
65	Handel und Tourismus	352	352	0	284	0	69
66	Geld- und Versicherungswesen	40	10	0	10	0	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	916	81	0	40	0	41
69	regionale Fördermaßnahmen	1 555	59	0	57	0	2
699	übrige Bereiche aus 6	130	126	106	21	0	0
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>19 743</b>	<b>4 956</b>	<b>1 127</b>	<b>2 657</b>	<b>0</b>	<b>1 171</b>
72	Straßen	9 212	1 236	0	1 049	0	187
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 677	573	108	392	0	73
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	5 420	82	0	5	0	77
75	Luftfahrt	468	239	76	24	0	139
799	übrige Bereiche aus 7	2 966	2 826	943	1 188	0	695
<b>8</b>	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>27 685</b>	<b>27 676</b>	<b>1 281</b>	<b>440</b>	<b>19 286</b>	<b>6 669</b>
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 779	5 779	0	0	0	5 779
82	Steuern und Finanzzuweisungen	929	890	0	0	0	890
83	Schulden	19 295	19 295	0	9	19 286	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	581	581	581	0	0	0
88	Globalposten	670	700	700	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	431	431	0	431	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>328 700</b>	<b>294 747</b>	<b>32 094</b>	<b>28 437</b>	<b>19 286</b>	<b>214 930</b>

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach  
Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017

Funktion	Ausgabengruppe	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>3</b>	<b>1 837</b>	<b>785</b>	<b>2 625</b>	<b>2 595</b>
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	17	0	17	17
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	0	119	0	119	119
65	Handel und Tourismus	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	50	785	835	835
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 496	0	1 496	1 496
699	übrige Bereiche aus 6	3	0	0	3	3
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>7 676</b>	<b>6 883</b>	<b>229</b>	<b>14 788</b>	<b>14 788</b>
72	Straßen	6 536	1 441	0	7 976	7 976
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 101	2	0	1 103	1 103
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 338	0	5 338	5 338
75	Luftfahrt	1	0	229	230	230
799	übrige Bereiche aus 7	38	102	0	140	140
<b>8</b>	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>0</b>	<b>38</b>	<b>0</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzaufweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>9 851</b>	<b>22 536</b>	<b>1 595</b>	<b>33 983</b>	<b>33 284</b>

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2017  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
		Ist-Ergebnisse							
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3
<b>Einnahmen</b>	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
<b>Steuereinnahmen<sup>3</sup></b>	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>5</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd. €	61,9	129,2	236,6	386,8	536,2	1 009,3	1 198,1	1 447,5
darunter: Bund	Mrd. €	30,1	58,1	119,2	203,8	306,2	657,1	773,9	888,0

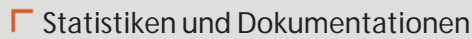


Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2017  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd. €	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3	316,9	328,7
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	-4,0	+1,3	+5,9	+3,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd. €	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1	310,5	321,7
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+5,4	-0,2	+3,6
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd. €	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	-0,4	-6,4	-7,0
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd. €	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd. €	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,9	31,0	32,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+0,9	-1,2	+0,7	+1,9	+2,2	+2,4	+3,6	+3,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	10,0	9,8	9,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	14,8	13,1	12,9	12,7	12,4	12,3	12,7	12,4
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd. €	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,1	23,8	19,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-13,1	-0,9	-7,1	+2,7	-17,2	-18,7	+12,8	-18,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,0	7,5	5,9
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	57,4	42,4	44,8	47,7	46,5	42,5	48,0	44,7
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd. €	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	29,6	31,5	33,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,8	-2,7	+43,1	-7,8	-12,6	+0,9	+6,5	+5,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9	9,9	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	35,1	37,4	35,2
<b>Steuereinnahmen<sup>3</sup></b>	Mrd. €	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	281,7	288,1	301,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+4,0	+2,3	+4,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	94,1	90,9	91,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	90,6	92,8	93,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	42,6	43,3	42,7	41,9	42,1	41,8	42,8	41,7
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd. €	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	-55,9	-67,0	-83,4	-169,9	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>5</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd. €	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 043,3	2 049,2	-	-	-
darunter: Bund	Mrd. €	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 282,7	1 289,7	-	-	-

<sup>1</sup>Stand: Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2016<sup>2</sup>Stand: Juli 2016; 2016/2017 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite.<sup>3</sup>Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.<sup>4</sup>Ab 1991 Gesamtdeutschland.<sup>5</sup>Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite: Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: 7. September 2015.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	in Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5	805,3
Einnahmen	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6	833,4
Finanzierungssaldo	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8	28,2
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3
Einnahmen	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1
Finanzierungssaldo	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	11,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9	70,5
Einnahmen	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5	79,8
Finanzierungssaldo	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7	9,2
Bund insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5	344,2
Einnahmen	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8	365,2
Finanzierungssaldo	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4	21,0
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4	332,7
Einnahmen	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9	333,0
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4	0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	48,4	44,2	46,3	48,1	51,9
Einnahmen	0,0	0,0	48,0	44,8	48,0	50,0	55,6
Finanzierungssaldo	0,0	0,0	-0,4	0,6	1,7	0,4	3,6
Länder insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3	355,5
Einnahmen	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8	359,5
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1	4,0
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1	215,2
Einnahmen	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3	218,2
Finanzierungssaldo	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2	3,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6	20,7
Einnahmen	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7	21,0
Finanzierungssaldo	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9	0,3
Gemeinden insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6	227,7
Einnahmen	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0	230,8
Finanzierungssaldo	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7	3,1



Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6	1,6
Einnahmen	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7	4,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0	1,3
Einnahmen	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	5,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8	0,9
Einnahmen	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8	10,0
Bund insgesamt							
Ausgaben	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4	-0,7
Einnahmen	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4	4,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5	4,2
Einnahmen	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0	4,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	0,0	-8,7	4,7	3,9	8,0
Einnahmen	0,0	0,0	0,0	-6,7	7,0	4,2	11,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6	4,2
Einnahmen	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1	4,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8	4,9
Einnahmen	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1	6,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0	17,5
Einnahmen	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6	25,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3	4,6
Einnahmen	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4	6,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen") finanzstatistisch dargestellt.

<sup>1</sup> Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: April 2016.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
in Mrd. €		in %			
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1



 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
in Mrd. €		in %			
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015	673,3	354,4	318,8	52,6	47,4
2016 <sup>2</sup>	691,2	361,5	329,7	52,3	47,7
2017 <sup>2</sup>	723,9	385,3	338,5	53,2	46,8
2018 <sup>2</sup>	753,0	405,3	347,7	53,8	46,2
2019 <sup>2</sup>	779,7	423,0	356,7	54,3	45,7
2020 <sup>2</sup>	808,1	442,0	366,1	54,7	45,3

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (30. Juni 1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup>**  
 (Steuer- und Sozialbeitragsquoten des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>			Abgrenzung der Finanzstatistik <sup>3</sup>		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,9	21,4	15,5
1992	39,1	22,4	16,7	38,1	22,1	16,0
1993	39,5	22,3	17,2	38,4	21,9	16,4
1994	40,1	22,4	17,7	38,7	21,9	16,8
1995	40,1	22,0	18,1	39,1	21,9	17,2
1996	40,5	21,8	18,7	38,9	21,2	17,6
1997	40,4	21,5	19,0	38,4	20,7	17,7
1998	40,6	21,9	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,4	22,9	18,5	39,1	21,9	17,2
2000	41,2	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,4	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,8	21,0	17,8	36,7	20,0	16,7
2003	39,1	21,1	18,0	36,7	19,9	16,8
2004	38,2	20,6	17,6	36,0	19,5	16,5
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,6	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,8	20,4	16,4
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	37,0	21,3	15,7
2010	37,9	21,4	16,5	35,8	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,1
2012	39,0	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,1	22,6	16,5	37,3	22,0	15,3
2014	39,2	22,6	16,5	37,4	22,1	15,4
2015	39,4	22,8	16,6	37,7	22,3	15,4

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
2012 bis 2015: vorläufiges Ergebnis; Stand: April 2016.<sup>3</sup> Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 bis 2015: teilweise Kassenergebnisse.

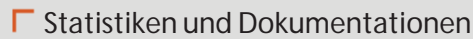
 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	Ausgaben des Staates		
	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherung <sup>3</sup>
in Relation zum BIP in %			
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,4	28,8	17,5
1992	47,2	28,5	18,7
1993	48,0	28,6	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 <sup>4</sup>	48,2	28,2	20,0
1995	54,7	34,6	20,0
1996	48,9	28,1	20,9
1997	48,1	27,4	20,7
1998	47,7	27,2	20,5
1999	47,7	27,1	20,6
2000 <sup>5</sup>	44,7	24,2	20,5
2000	45,1	23,9	21,2
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,3	21,0
2003	47,8	26,5	21,3
2004	46,3	25,8	20,6
2005	46,2	26,0	20,2
2006	44,7	25,4	19,3
2007	42,8	24,4	18,4
2008	43,6	25,2	18,4
2009	47,6	27,2	20,3
2010	47,3	27,6	19,6
2011	44,7	25,9	18,8
2012	44,4	25,7	18,7
2013	44,5	25,6	18,9
2014	44,3	25,3	19,0
2015	44,0	25,0	19,0

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
2012 bis 2015: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Juni 2016.<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).<sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).<sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabenkend.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>	<b>1 357 723</b>	<b>1 429 749</b>	<b>1 489 852</b>	<b>1 545 364</b>	<b>1 552 371</b>	<b>1 577 881</b>	<b>1 694 368</b>
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 405 772	1 475 533	1 546 432	1 594 317	1 604 096	1 671 058	1 788 778
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493


 Statistiken und Dokumentationen


Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	.
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
	Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
	Anteil der Schulden am BIP (in %)						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	61,2	63,0	64,8	64,6	61,8	61,6	68,9
Bund	37,2	38,3	39,3	39,7	38,1	38,5	42,8
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,4	37,4	37,5	40,3
Extrahaushalte	2,6	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,8	4,9	5,0	4,7	4,4	4,2	4,6
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	23,9	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,0
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,7	66,9	66,3	63,5	64,9	72,4
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2220,1	2270,6	2300,9	2393,3	2513,2	2561,7	2460,3
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.



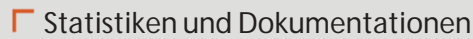
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte**  
 Neue Systematik <sup>1</sup>

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	in Mio. €					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>2</sup></b>	<b>2 011 677</b>	<b>2 025 438</b>	<b>2 068 289</b>	<b>2 043 344</b>	<b>2 049 171</b>	.
in Relation zum BIP in %	<b>78,0</b>	<b>74,9</b>	<b>75,1</b>	<b>72,4</b>	<b>70,3</b>	.
<b>Bund</b> (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 697	.
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 262 675	1 269 604	.
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338	20 008	20 093	.
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 091 201	1 092 590	.
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 482	197 108	.
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224	12 576	.
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328	25 524	.
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194	19 870	.
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732	136 125	.
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3	2 856	.
<b>Länder</b> (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 915	619 477	.
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948	611 894	.
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304	3 967	7 583	.
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375	547 166	.
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540	72 311	.
<b>Gemeinden</b> (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116	139 436	.
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 733	91 405	.
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383	48 031	.
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 903	127 518	.
Zweckverbände <sup>3</sup> und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 213	11 918	.
<b>Gesetzliche Sozialversicherung</b> (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631	561	.
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625	561	.
Kassenkredite	0	58	4	6	-	.
Kernhaushalte	506	735	627	598	541	.
Extrahaushalte <sup>4</sup>	32	88	38	33	20	.
<b>Schulden insgesamt (€)</b>						
je Einwohner	24 607	25 244	25 725	25 356	25 322	.
<b>Maastricht-Schuldenstand</b>	<b>2 089 946</b>	<b>2 116 832</b>	<b>2 193 258</b>	<b>2 177 830</b>	<b>2 177 735</b>	<b>2 152 943</b>
in Relation zum BIP in %	<b>81,0</b>	<b>78,3</b>	<b>79,6</b>	<b>77,2</b>	<b>74,7</b>	<b>71,2</b>
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 580	2 703	2 755	2 821	2 916	3 026
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 233 104	80 399 253	80 585 684	80 925 031	81 458 978

<sup>1</sup> Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.<sup>2</sup> Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.<sup>3</sup> Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.<sup>4</sup> Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank, Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

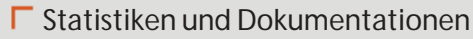


Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	Staat	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
	in Mrd. €			in Relation zum BIP in %			in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-50,0	-60,9	10,9	-3,2	-3,9	0,7	-62,8	-4,0
1992	-44,0	-42,0	-2,0	-2,6	-2,5	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-53,9	-56,5	2,6	-3,1	-3,2	0,1	-70,5	-4,0
1994	-45,9	-47,3	1,5	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,2
1995	-179,0	-171,2	-7,8	-9,4	-9,0	-0,4	-	-
1995 <sup>4</sup>	-59,4	-51,6	-7,8	-3,1	-2,7	-0,4	-55,9	-2,9
1996	-68,2	-60,9	-7,4	-3,5	-3,2	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-57,9	-58,2	0,2	-2,9	-3,0	0,0	-48,1	-2,4
1998	-51,1	-52,3	1,2	-2,5	-2,6	0,1	-28,8	-1,4
1999	-35,1	-38,9	3,9	-1,7	-1,9	0,2	-26,9	-1,3
2000	18,2	-27,4	-1,3	0,9	0,9	-0,1	-	-
2000 <sup>5</sup>	-32,6	-31,3	-1,3	-1,5	-1,5	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-67,8	-62,5	-5,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-87,1	-79,9	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-92,7	-85,4	-7,3	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-84,9	-83,8	-1,1	-3,7	-3,7	0,0	-65,5	-2,9
2005	-78,6	-73,5	-5,1	-3,4	-3,2	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-41,2	-45,5	4,3	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-5,5	10,2	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-4,5	-11,0	6,4	-0,2	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-79,6	-65,2	-14,4	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-108,9	-112,7	3,8	-4,2	-4,4	0,1	-78,7	-3,1
2011	-25,9	-41,2	15,3	-1,0	-1,5	0,6	-25,9	-1,0
2012	-2,7	-21,0	18,3	-0,1	-0,8	0,7	-27,0	-1,0
2013	-3,8	-9,2	5,3	-0,1	-0,3	0,2	-13,0	-0,5
2014	8,4	5,0	3,4	0,3	0,2	0,1	1,8	0,1
2015	21,2	16,4	4,8	0,7	0,5	0,2	28,4	0,9

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
2012 bis 2015: vorläufiges Ergebnis; Stand: April 2016.<sup>3</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser.  
Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 bis 2015: Kassenergebnisse<sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandaanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.<sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	<b>-9,4</b>	<b>0,9</b>	<b>-3,4</b>	<b>-4,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-3,0	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3
Estland	1,1	-0,1	1,1	0,2	-0,2	0,8	0,4	-0,1	-0,2
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,6	-3,2	-2,7	-2,5	-2,3
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,0	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2
Griechenland	-	-4,1	-6,2	-11,2	-13,0	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8
Irland	-2,1	4,9	1,6	-32,3	-5,7	-3,8	-2,3	-1,2	-0,7
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-2,9	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9
Lettland	-1,4	-2,7	-0,4	-8,5	-0,9	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0
Litauen	-1,5	-3,2	-0,3	-6,9	-2,6	-0,7	-0,2	-1,0	-0,2
Luxemburg	2,4	5,9	0,1	-0,7	0,8	1,7	1,2	1,0	0,1
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,2	-2,6	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-2,4	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,4	-1,3	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-4,8	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3
Slowakei	-3,3	-12,0	-2,9	-7,5	-2,7	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,3	-5,6	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-6,9	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-4,9	-8,9	-1,0	-0,4	0,0
Euroraum	-	-0,3	-2,6	-6,2	-3,0	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,4	-5,4	-2,1	-2,0	-1,6
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-1,1	1,5	-2,1	-2,5	-1,9
Kroatien	-	-	-3,9	-6,2	-5,3	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,5	-4,0	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1
Rumänien	-2,0	-4,6	-0,8	-6,9	-2,1	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-1,4	-1,6	0,0	-0,4	-0,7
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-1,3	-1,9	-0,4	-0,7	-0,6
Ungarn	-8,6	-3,0	-7,8	-4,5	-2,6	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-5,6	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4
EU	-	-	-2,5	-6,4	-3,3	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8
USA	-4,1	0,8	-4,1	-12,0	-5,3	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,5	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.



 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>54,8</b>	<b>58,8</b>	<b>66,9</b>	<b>81,0</b>	<b>77,2</b>	<b>74,7</b>	<b>71,2</b>	<b>68,6</b>	<b>66,3</b>
Belgien	130,5	108,8	94,6	99,7	105,2	106,5	106,0	106,4	105,6
Estland	8,2	5,1	4,5	6,6	9,9	10,4	9,7	9,6	9,3
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	55,5	59,3	63,1	65,2	66,9
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	92,4	95,4	95,8	96,4	97,0
Griechenland	98,9	104,9	107,4	146,2	177,7	180,1	176,9	182,8	178,8
Irland	78,5	36,1	26,1	86,8	120,0	107,5	93,8	89,1	86,6
Italien	116,9	105,1	101,9	115,4	129,0	132,5	132,7	132,7	131,8
Lettland	13,9	12,1	11,8	47,5	39,1	40,8	36,4	39,8	35,6
Litauen	11,5	23,5	17,6	36,2	38,8	40,7	42,7	41,1	42,9
Luxemburg	7,7	6,5	7,5	20,1	23,3	22,9	21,4	22,5	22,8
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	68,6	67,1	63,9	60,9	58,3
Niederlande	73,1	51,4	48,9	59,0	67,9	68,2	65,1	64,9	63,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	80,8	84,3	86,2	84,9	83,0
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	129,0	130,2	129,0	126,0	124,5
Slowakei	21,7	49,6	33,9	40,8	55,0	53,9	52,9	53,4	52,7
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	71,0	81,0	83,2	80,2	78,0
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	93,7	99,3	99,2	100,3	99,6
Zypern	47,9	55,1	63,2	56,3	102,5	108,2	108,9	108,9	105,4
<b>Euroraum</b>	<b>70,8</b>	<b>68,0</b>	<b>69,2</b>	<b>84,1</b>	<b>93,4</b>	<b>94,4</b>	<b>92,9</b>	<b>92,2</b>	<b>91,1</b>
Bulgarien	-	71,2	26,6	15,5	17,1	27,0	26,7	28,1	28,7
Dänemark	-	52,4	37,4	42,9	44,7	44,8	40,2	38,7	39,1
Kroatien	-	35,5	41,3	58,3	82,2	86,5	86,7	87,6	87,3
Polen	47,6	36,5	46,7	53,3	56,0	50,5	51,3	52,0	52,7
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	38,0	39,8	38,4	38,7	40,1
Schweden	69,9	50,6	48,2	37,6	39,8	44,8	43,4	41,3	40,1
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,1	42,7	41,1	41,3	40,9
Ungarn	84,5	55,1	60,5	80,6	76,8	76,2	75,3	74,3	73,0
Vereinigtes Königreich	48,2	38,9	41,5	76,6	86,2	88,2	89,2	89,7	89,1
<b>EU</b>	<b>-</b>	<b>60,6</b>	<b>61,8</b>	<b>78,6</b>	<b>87,3</b>	<b>88,5</b>	<b>86,8</b>	<b>86,4</b>	<b>85,5</b>
USA	68,8	53,1	64,9	94,7	104,8	104,8	105,9	107,5	107,6
Japan	95,1	143,8	186,4	215,8	243,1	246,2	245,4	247,5	248,1

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014
Deutschland <sup>2,3</sup>	<b>23,1</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,1</b>	<b>22,1</b>	<b>22,5</b>	<b>22,2</b>	<b>21,9</b>	<b>22,5</b>	<b>22,6</b>	<b>22,6</b>
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,5	29,5	28,2	29,1	29,9	30,5	30,6
Dänemark	28,2	41,1	44,4	46,2	46,3	44,8	45,1	45,3	46,3	47,5	50,8
Estland	-	-	-	20,0	20,7	19,9	22,0	20,1	20,7	20,8	21,7
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	30,0	30,0	31,1	31,2
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	26,6	27,6	28,3	28,1
Griechenland	11,7	13,9	17,5	23,2	20,5	20,2	20,5	22,8	23,7	23,7	25,5
Irland	22,9	25,8	27,8	27,3	26,3	24,1	22,4	22,1	23,0	23,9	24,7
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,8	28,9	29,0	30,8	30,8	30,5
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,7	17,2	17,9	-
Kanada	23,9	27,3	31,0	30,2	27,6	26,9	26,5	25,6	26,0	25,7	25,8
Luxemburg	17,8	24,1	24,7	27,5	26,5	26,6	27,4	26,8	27,5	27,3	27,0
Niederlande	21,4	24,9	25,2	22,5	23,5	23,0	22,6	22,1	21,4	21,7	-
Norwegen	25,9	33,1	29,7	33,1	33,4	32,8	31,6	32,8	32,2	31,0	29,2
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,8	26,9	27,6	26,7	26,9	27,5	27,9	28,2
Polen	-	-	-	20,0	22,8	23,1	20,3	20,7	20,1	19,6	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	23,3	23,9	23,5	21,5	23,6	23,3	25,6	25,4
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,6	32,4	32,9	32,8
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,4	20,2	20,1	19,9
Slowakei	-	-	-	19,7	17,8	17,5	16,6	16,6	16,1	17,1	17,5
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,8	21,9	22,0	22,1
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,5	18,1	19,6	20,7	21,4	21,8
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,7	19,1	19,5	18,8
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	24,1	26,0	25,9	25,5
Vereinigtes Königreich	24,8	27,8	27,3	28,8	27,8	27,5	25,9	27,3	26,7	26,7	26,5
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,3	21,5	20,4	18,9	16,7	18,1	18,6	19,3	19,8

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965-2014, Paris 2015; eigene Berechnungen.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

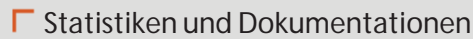
Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014
Deutschland <sup>2,3</sup>	<b>31,6</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>36,2</b>	<b>34,9</b>	<b>35,4</b>	<b>36,1</b>	<b>35,7</b>	<b>36,4</b>	<b>36,5</b>	<b>36,6</b>
Belgien	30,6	40,6	41,2	43,6	42,6	43,0	42,1	43,0	44,0	44,7	44,7
Dänemark	29,5	41,3	44,4	46,9	46,4	44,9	45,2	45,4	46,4	47,6	50,9
Estland	-	-	-	31,0	31,1	31,3	34,9	31,9	32,1	31,8	32,9
Finnland	30,0	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	42,0	42,7	43,7	43,9
Frankreich	33,6	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	42,9	44,1	45,0	45,2
Griechenland	17,0	20,7	25,1	33,2	31,2	31,0	30,8	33,5	34,5	34,4	35,9
Irland	24,5	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,6	27,4	27,9	29,0	29,9
Italien	24,7	28,7	36,4	40,6	41,7	41,6	42,1	41,9	43,9	43,9	43,6
Japan	17,8	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	28,6	29,4	30,3	-
Kanada	25,2	30,5	35,3	34,9	32,3	31,5	31,4	30,2	30,7	30,5	30,8
Luxemburg	26,4	33,8	33,8	37,1	36,6	37,2	39,0	37,9	38,8	38,4	37,8
Niederlande	30,9	40,3	40,2	36,8	36,1	36,5	35,4	35,9	36,1	36,7	-
Norwegen	29,6	41,9	40,2	41,9	42,1	41,5	41,2	42,0	41,5	40,5	39,1
Österreich	33,6	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	41,0	41,7	42,5	43,0
Polen	-	-	-	33,1	34,8	34,5	31,5	32,0	32,3	31,9	-
Portugal	15,7	21,9	26,5	31,2	32,0	31,9	30,0	32,5	32,0	34,5	34,4
Schweden	31,4	43,7	49,5	49,0	45,0	44,0	44,1	42,5	42,6	42,8	42,7
Schweiz	16,6	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	27,0	26,9	26,9	26,6
Slowakei	-	-	-	33,6	29,2	29,1	28,9	28,7	28,5	30,4	31,0
Slowenien	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,5	36,8	36,8	36,6
Spanien	14,3	22,0	31,6	33,4	36,5	32,3	29,8	31,3	32,1	32,7	33,2
Tschechien	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	33,4	33,8	34,3	33,5
Ungarn	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	36,5	38,6	38,4	38,5
Vereinigtes Königreich	29,3	33,4	32,9	34,7	34,1	34,0	32,3	33,6	33,0	32,9	32,6
Vereinigte Staaten	23,5	25,5	25,9	28,2	26,7	25,2	23,0	23,6	24,1	25,4	26,0

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014; eigene Berechnungen.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP									
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>54,7</b>	<b>44,7</b>	<b>46,2</b>	<b>47,3</b>	<b>44,5</b>	<b>44,5</b>	<b>44,3</b>	<b>43,9</b>	<b>44,3</b>	<b>44,5</b>
Belgien	52,4	49,1	51,4	53,3	55,8	55,6	55,1	53,9	53,7	53,0
Estland	41,0	36,4	34,0	40,5	39,1	38,3	38,0	39,5	40,3	40,2
Finnland	61,1	48,0	49,3	54,8	56,2	57,5	58,1	58,3	58,3	58,1
Frankreich	54,2	51,1	52,9	56,4	56,8	57,0	57,3	56,8	56,2	55,9
Griechenland	46,0	46,4	45,6	52,5	55,3	62,1	50,7	55,3	50,7	49,6
Irland	40,8	30,9	33,4	65,7	41,8	39,7	38,6	35,1	32,4	31,5
Italien	51,8	45,5	47,1	49,9	50,8	51,0	51,2	50,5	49,7	48,6
Lettland	35,6	37,3	34,3	44,8	37,2	37,0	37,5	37,2	36,8	37,3
Litauen	34,6	39,4	34,1	42,3	36,1	35,6	34,8	35,1	35,2	34,5
Luxemburg	40,3	37,6	44,0	44,9	44,6	43,2	42,4	41,5	41,5	40,9
Malta	39,1	40,2	42,3	41,1	42,4	42,0	43,2	43,3	40,5	40,2
Niederlande	53,7	41,8	42,3	48,2	47,1	46,4	46,2	44,9	44,3	43,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	52,7	51,1	50,8	52,6	51,7	51,4	50,7
Portugal	42,6	42,6	46,7	51,8	48,5	49,9	51,7	48,3	46,6	45,8
Slowakei	48,2	52,0	39,6	42,0	40,5	41,3	41,9	45,6	41,3	40,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	49,3	48,6	60,3	49,9	48,0	45,7	45,2
Spanien	44,3	39,1	38,3	45,6	48,0	45,1	44,5	43,3	42,1	41,3
Zypern	30,8	34,4	39,3	42,2	41,9	41,4	48,7	40,1	38,7	38,2
Bulgarien	41,3	41,1	36,8	36,7	34,7	37,6	42,1	40,2	38,9	38,7
Dänemark	58,5	52,7	51,2	57,1	58,3	56,5	56,0	55,7	54,8	53,5
Kroatien	–	–	45,4	47,5	47,0	47,8	48,1	46,9	46,8	46,6
Polen	47,7	42,0	44,5	45,6	42,6	42,4	42,2	41,5	41,7	42,2
Rumänien	34,1	38,3	33,1	39,6	37,1	35,2	34,3	35,5	34,6	34,9
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,2	51,7	52,4	51,7	50,4	50,1	50,4
Tschechien	51,8	40,4	41,8	43,0	44,7	42,8	42,8	42,6	41,4	41,3
Ungarn	55,4	47,2	49,6	49,6	48,6	49,6	49,8	50,7	48,4	48,1
Vereinigtes Königreich	41,8	37,8	42,8	48,8	46,8	45,0	43,9	43,2	42,6	42,0
Euroraum	52,6	45,6	46,7	50,5	49,7	49,6	49,3	48,6	48,0	47,6
EU-28	–	–	46,1	50,0	49,0	48,6	48,2	47,4	46,9	46,5
USA	37,2	33,7	36,4	42,9	40,0	38,7	38,0	37,6	37,9	38,1
Japan	35,7	38,8	36,4	40,7	41,8	42,4	42,0	41,4	41,5	41,6

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

1	EU-Haushalt 2014				EU-Haushalt 2015			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
2	3	4	5	6	7	8	9	
<b>Rubrik</b>								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	77 954,7	48,0	66 853,3	47,3
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	63 877,1	39,4	55 978,8	39,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 522,1	1,6	1 927,0	1,4
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 710,9	5,4	7 478,2	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,3	5,3	8 658,6	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	548,1	0,34	384,5	0,27
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>142 690,3</b>	<b>100,0</b>	<b>139 034,2</b>	<b>100,0</b>	<b>162 273,3</b>	<b>100,0</b>	<b>141 280,4</b>	<b>100,0</b>

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

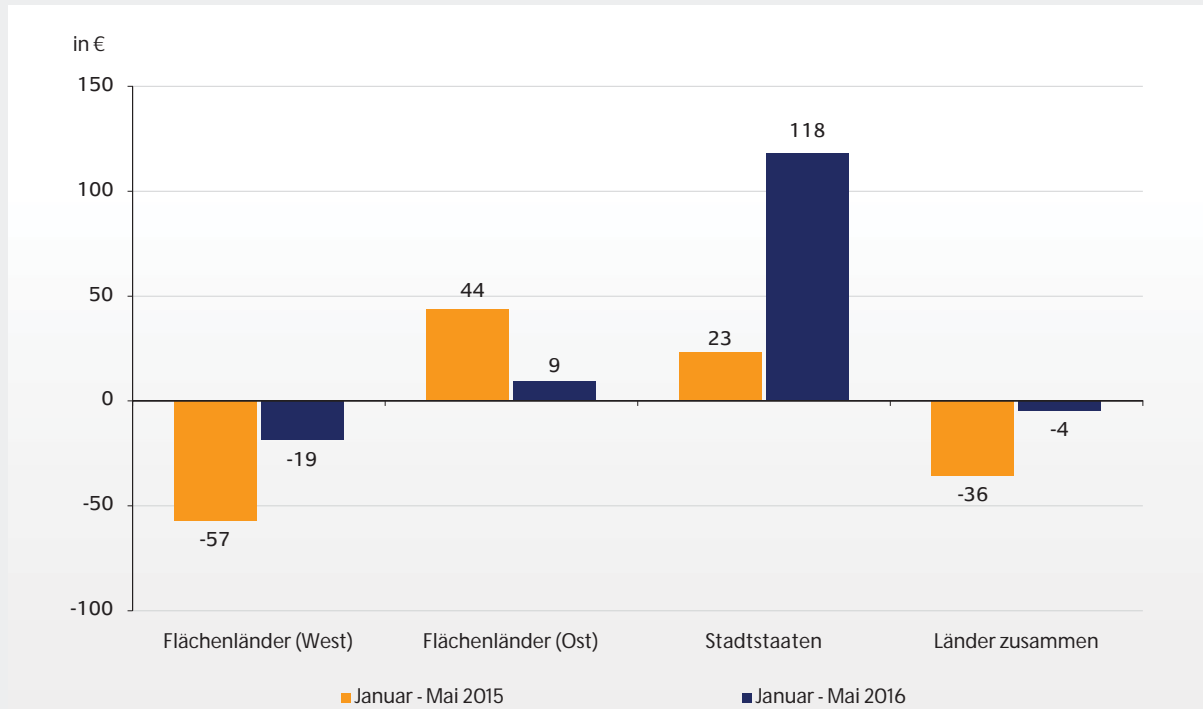
	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
<b>Rubrik</b>				
1. Nachhaltiges Wachstum	21,8	2,4	13 968,3	1 553,2
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	7,9	-0,8	4 686,2	-465,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	16,1	15,7	350,1	261,5
4. Die EU als globaler Akteur	4,6	9,3	385,9	637,3
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,8	253,1
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	-28,6	-28,6
Besondere Instrumente	-6,0	9,9	-34,8	34,5
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>13,7</b>	<b>1,6</b>	<b>19 583,0</b>	<b>2 246,2</b>

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungssalden je Einwohner 2015/2016



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2016 im Vergleich zum Jahressoll 2016

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>246 269</b>	<b>99 035</b>	<b>55 646</b>	<b>21 722</b>	<b>42 368</b>	<b>18 170</b>	<b>336 629</b>	<b>136 145</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	194 961	78 342	34 446	14 113	26 878	11 913	256 285	104 369
übrige Einnahmen	51 308	20 693	21 200	7 609	15 490	6 257	80 344	31 777
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>255 211</b>	<b>100 214</b>	<b>56 693</b>	<b>21 607</b>	<b>42 938</b>	<b>17 469</b>	<b>347 188</b>	<b>136 509</b>
darunter:								
Personalausgaben	95 742	40 102	14 160	5 742	13 788	5 559	123 690	51 403
laufender Sachaufwand	18 720	7 430	4 492	1 654	10 370	4 603	33 581	13 687
Zinsausgaben	10 341	5 122	1 904	830	3 094	1 288	15 339	7 240
Sachinvestitionen	4 852	1 212	1 743	405	752	157	7 347	1 773
Zahlungen an Verwaltungen	84 587	29 632	21 057	7 277	1 368	335	99 358	34 463
übrige Ausgaben	40 969	16 716	13 337	5 699	13 567	5 527	67 873	27 942
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-8 942</b>	<b>-1 179</b>	<b>-1047</b>	<b>115</b>	<b>- 599</b>	<b>701</b>	<b>-10 588</b>	<b>- 363</b>




Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2016

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Mai 2015			April 2016			Mai 2016		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>113 481</b>	<b>127 360</b>	<b>231 960</b>	<b>100 080</b>	<b>108 594</b>	<b>201 173</b>	<b>123 617</b>	<b>136 145</b>	<b>250 675</b>
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	112 028	122 927	234 954	99 338	104 605	203 943	122 796	131 726	254 522
111	Steuereinnahmen	100 574	96 620	197 194	88 657	83 543	172 200	110 401	104 369	214 769
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 101	21 593	22 694	897	17 153	18 050	1 121	21 997	23 118
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	726	726	-	991	991	-	991	991
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 453	4 433	5 886	742	3 989	4 731	821	4 419	5 240
121	Veräußerungserlöse	923	127	1 050	106	186	292	121	192	313
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	790	54	844	44	152	196	44	152	196
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	197	2 473	2 669	229	2 412	2 641	231	2 621	2 852
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>124 549</b>	<b>130 261</b>	<b>245 929</b>	<b>106 757</b>	<b>111 807</b>	<b>211 064</b>	<b>128 375</b>	<b>136 509</b>	<b>255 796</b>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	116 636	121 223	237 859	98 557	104 796	203 353	118 553	128 012	246 565
211	Personalausgaben	12 639	49 862	62 501	10 709	41 774	52 483	13 119	51 403	64 522
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 883	15 562	19 445	3 278	13 450	16 728	3 978	16 466	20 444
212	laufender Sachaufwand	7 517	11 167	18 684	6 740	10 962	17 701	8 496	13 687	22 182
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	4 890	7 316	12 206	4 056	7 585	11 641	5 119	9 449	14 567
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	10 015	8 059	18 074	8 082	6 071	14 153	7 718	7 240	14 958
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 710	29 101	37 810	7 179	26 206	33 385	8 850	31 615	40 464
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	471	471	-	234	234	-	449	449
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3	26 701	26 704	2	25 210	25 212	2	30 188	30 190
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	7 913	9 038	16 951	8 200	7 011	15 212	9 821	8 497	18 318
221	Sachinvestitionen	1 742	1 571	3 312	1 379	1 337	2 716	1 986	1 773	3 760
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 726	3 018	4 743	2 055	2 513	4 568	2 186	2 848	5 034
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	7 572	8 795	16 367	7 868	6 760	14 627	9 430	8 233	17 663

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

**noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2016**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Mai 2015			April 2016			Mai 2016		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	<b>-11 046</b> <sup>2</sup>	<b>-2 901</b>	<b>-13 947</b>	<b>-6 676</b> <sup>2</sup>	<b>-3 214</b>	<b>-9 890</b>	<b>-4 756</b> <sup>2</sup>	<b>-363</b>	<b>-5 119</b>
<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	78 967	27 578	106 544	82 518	16 817	99 335	101 535	22 234	123 768
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	85 604	50 028	135 632	90 753	37 484	128 237	92 364	46 795	139 159
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-6 638	-22 450	-29 087	-8 235	-20 667	-28 902	9 171	-24 561	-15 390
<b>Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-7 320	13 080	5 760	12 329	14 994	27 322	12 336	16 916	29 252
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14 960	14 960	-	18 051	18 051	-	17 542	17 542
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	7 321	-11 028	-3 707	3 760	-7 303	-3 544	22 634	-9 130	13 504

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.<sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.



 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2016

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>17 466</b>	<b>21 768<sup>a</sup></b>	<b>4 253</b>	<b>10 338</b>	<b>3 087</b>	<b>11 942</b>	<b>25 967</b>	<b>6 388</b>	<b>1 438</b>
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	17 012	21 132 <sup>b</sup>	4 100	10 133	2 510	11 770	25 187	6 196	1 413
111	Steuereinnahmen	13 422	17 277	2 911	8 306	1 622	9 587 <sup>4</sup>	20 654	4 634	1 152
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 727	2 128	937	1 200	775	1 591	3 374	1 182	207
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	57	-	48	76	118	54	17
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	129	-	195	232	232	146	47
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	454	636 <sup>c</sup>	153	205	578	172	780	192	25
121	Veräußerungserlöse	1	70 <sup>c</sup>	5	2	2	2	8	71	3
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	70 <sup>c</sup>	3	-	-	2	1	70	2
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	339	448	86	158	375	122	355	88	16
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>17 744</b>	<b>21 656<sup>d</sup></b>	<b>4 334</b>	<b>10 400</b>	<b>2 950</b>	<b>11 380</b>	<b>26 490</b>	<b>6 917</b>	<b>1 762</b>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	16 686	20 131 <sup>d</sup>	4 001	9 964	2 672	11 030	24 584	6 649	1 670
211	Personalausgaben	7 479	9 451	1 158	3 668	766	4 572 <sup>2</sup>	9 622 <sup>2</sup>	2 807	703
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 691	2 965	136	1 317	67	1 649	3 595	988	289
212	laufender Sachaufwand	1 077	1 785	271	885	196	762	1 939	547	81
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	909	1 519	233	773	160	693	1 530	425	69
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	894	485 <sup>d</sup>	138	669	99	555	1 521	490	252
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 509	6 313	948	3 159	1 055	3 342	7 242	1 920	290
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	966	2 316	-	686	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 506	3 952	1 551	2 348	907	3 221	7 155	1 894	287
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 059	1 525	333	436	278	350	1 906	269	92
221	Sachinvestitionen	255	503	12	170	71	62	109	30	12
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	389	548	87	125	95	71	794	140	19
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 044	1 442	333	423	278	350	1 810	245	87

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

**noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2016**

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
3	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 279</b>	<b>112<sup>e</sup></b>	<b>- 81</b>	<b>- 62</b>	<b>137</b>	<b>562</b>	<b>- 523</b>	<b>- 529</b>	<b>- 323</b>
<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	715	865	100	323	188	880	4 444	2 166	1 065
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt aktueller	6 729	2 542 <sup>f</sup>	2 227	3 607	790	3 949	9 359	3 833	1 036
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-6 014	-1 677 <sup>g</sup>	-2 127	-3 284	-603	-3 069	-4 915	-1 668	29
<b>Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	748	400	5 539	120	-	135	851	289
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 003	327	153	1 588	1 068	2 909	4 419	38	81
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 160	0	853	-1 758	824	- 418	787	- 846	- 213

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.<sup>2</sup> Ohne Juni-Bezüge.<sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 70,7 Mio. €, b 0,7 Mio. €, c 70,0 Mio. €, d 203,9 Mio. €, e -133,2 Mio. €, f 1 120,0 Mio. €, g -1 120,0 Mio. €.<sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsöckel) in Höhe von 2,2 Mio. €.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2016

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>6 471</b>	<b>4 122</b>	<b>4 467</b>	<b>3 789</b>	<b>10 656</b>	<b>2 307</b>	<b>5 228</b>	<b>136 145</b>
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	6 264	3 908	4 253	3 636	10 326	2 253	5 175	131 726
111	Steuereinnahmen	4 453	2 685	3 311	2 442	6 448	1 243	4 222	104 369
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 586	1 029	688	909	2 671	524	469	21 997
1121	darunter: Allgemeine BEZ	104	61	44	58	305	51	-	991
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	417	244	80	236	1 273	309	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	206	214	213	153	330	54	53	4 419
121	Veräußerungserlöse	0	1	1	5	15	-	6	192
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	2	1	-	-	152
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	66	124	158	101	121	46	19	2 621
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>6 722</b>	<b>3 962</b>	<b>4 603</b>	<b>3 640</b>	<b>10 215</b>	<b>2 133</b>	<b>5 142</b>	<b>136 509</b>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	6 080	3 690	4 413	3 403	9 682	2 023	4 878	128 012
211	Personalausgaben	1 762	1 023	1 802	1 033	3 432	663	1 465	51 403
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	140	109	674	96	943	240	566	16 466
212	laufender Sachaufwand	453	464	354	271	2 714	407	1 483	13 687
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	381	148	312	178	1 046	197	878	9 449
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	99	260	255	234	758	265	266	7 240
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 319	1 119	1 461	1 254	141	40	42	31 615
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	21	449
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 982	894	1 398	1 071	8	10	6	30 188
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	642	272	190	237	533	110	264	8 497
221	Sachinvestitionen	209	48	72	63	72	15	69	1 773
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	213	125	48	62	114	19	-	2 848
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	642	272	190	237	507	110	264	8 233

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2016

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 251</b>	<b>160</b>	<b>- 136</b>	<b>149</b>	<b>441</b>	<b>174</b>	<b>86</b>	<b>- 363</b>
<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	2 902	2 015	98	2 512	2 404	1 558	22 234
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt aktueller	50	1 670	2 345	966	4 639	1 385	1 667	46 795
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 50	1 232	- 331	- 868	- 2 127	1 019	- 110	- 24 561
<b>Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	659	4 771	-	-	1 385	1 087	931	16 916
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 741	109	-	469	724	680	232	17 542
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 4 984	- 456	- 418	- 1 374	- 944	- 23	- 9 130

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.<sup>2</sup> Ohne Juni-Bezüge.<sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 70,7 Mio. €, b 0,7 Mio. €, c 70,0 Mio. €, d 203,9 Mio. €, e -133,2 Mio. €, f 1 120,0 Mio. €, g - 1 120,0 Mio. €.<sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 2,2 Mio. €.

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

## Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 20. April 2016

### Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <https://circabc.europa.eu/>. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke<sup>1</sup> sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierungen des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission<sup>2</sup>.
2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), wobei aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird (inklusive Flüchtlinge/Zuwanderung). In diesem Zusammenhang wurde die Fortschreibung der NAWRU (non-accelerating wage rate of unemployment) für die Jahre 2015 bis 2020 ebenfalls angepasst. Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2016 der Bundesregierung.
5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und

<sup>1</sup> Siehe Girouard und André (2005), „Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries“, OECD Economics Department Working Papers 434.

<sup>2</sup> Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): „The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478 sowie Mourre, Astarita und Princen (2014): „Adjusting the budget balance for the business cycle: the EU methodology“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 536.

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer **Konjunkturkomponente**, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturrell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturrell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsemielastizität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.


Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2011/02/Artikel/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/konjunkturkomponente-des-Bundes.html>

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente <sup>1</sup>
	in Mrd. € (nominal)				in Mrd. € (nominal)
2017	3 244,8	3 239,7	-5,1	0,205	-1,0
2018	3 348,4	3 344,9	-3,5	0,205	-0,7
2019	3 453,7	3 453,4	-0,2	0,205	0,0
2020	3 565,5	3 565,5	0,0	0,205	0,0

<sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 505,5	-	860,2	-	34,4	2,3	19,7	2,3
1981	1 540,9	+2,3	917,1	+6,6	7,2	0,5	4,3	0,5
1982	1 574,2	+2,2	979,9	+6,8	-32,1	-2,0	-20,0	-2,0
1983	1 607,6	+2,1	1 028,8	+5,0	-41,4	-2,6	-26,5	-2,6
1984	1 641,5	+2,1	1 071,4	+4,1	-31,0	-1,9	-20,3	-1,9
1985	1 675,9	+2,1	1 117,1	+4,3	-28,0	-1,7	-18,6	-1,7
1986	1 713,4	+2,2	1 176,3	+5,3	-27,7	-1,6	-19,0	-1,6
1987	1 752,7	+2,3	1 218,7	+3,6	-43,4	-2,5	-30,2	-2,5
1988	1 795,2	+2,4	1 269,3	+4,2	-22,5	-1,3	-15,9	-1,3
1989	1 843,6	+2,7	1 341,1	+5,7	-1,9	-0,1	-1,3	-0,1
1990	1 897,0	+2,9	1 426,8	+6,4	41,5	2,2	31,2	2,2
1991	1 951,6	+2,9	1 512,5	+6,0	86,9	4,5	67,3	4,5
1992	2 007,6	+2,9	1 638,1	+8,3	70,1	3,5	57,2	3,5
1993	2 060,0	+2,6	1 750,4	+6,9	-2,1	-0,1	-1,8	-0,1
1994	2 103,8	+2,1	1 826,3	+4,3	4,6	0,2	4,0	0,2
1995	2 142,9	+1,9	1 896,9	+3,9	2,2	0,1	1,9	0,1
1996	2 179,7	+1,7	1 941,6	+2,4	-17,1	-0,8	-15,2	-0,8
1997	2 214,9	+1,6	1 978,1	+1,9	-12,3	-0,6	-11,0	-0,6
1998	2 249,8	+1,6	2 021,5	+2,2	-3,6	-0,2	-3,2	-0,2
1999	2 286,7	+1,6	2 061,2	+2,0	4,1	0,2	3,7	0,2
2000	2 324,8	+1,7	2 086,0	+1,2	33,9	1,5	30,4	1,5
2001	2 362,4	+1,6	2 146,9	+2,9	36,3	1,5	33,0	1,5
2002	2 398,0	+1,5	2 208,7	+2,9	0,7	0,0	0,6	0,0
2003	2 430,8	+1,4	2 265,9	+2,6	-49,2	-2,0	-45,8	-2,0
2004	2 463,0	+1,3	2 321,1	+2,4	-53,5	-2,2	-50,4	-2,2
2005	2 495,0	+1,3	2 365,8	+1,9	-68,5	-2,7	-65,0	-2,7
2006	2 527,6	+1,3	2 404,0	+1,6	-11,3	-0,4	-10,7	-0,4
2007	2 558,8	+1,2	2 475,0	+3,0	39,5	1,5	38,2	1,5
2008	2 586,0	+1,1	2 522,3	+1,9	40,5	1,6	39,5	1,6
2009	2 604,9	+0,7	2 585,3	+2,5	-126,0	-4,8	-125,0	-4,8
2010	2 625,5	+0,8	2 625,5	+1,6	-45,4	-1,7	-45,4	-1,7
2011	2 634,9	+0,4	2 663,1	+1,4	39,6	1,5	40,0	1,5
2012	2 664,3	+1,1	2 733,2	+2,6	21,1	0,8	21,6	0,8
2013	2 712,6	+1,8	2 841,1	+3,9	-19,3	-0,7	-20,2	-0,7
2014	2 748,4	+1,3	2 928,5	+3,1	-12,0	-0,4	-12,8	-0,4
2015	2 790,3	+1,5	3 035,0	+3,6	-7,7	-0,3	-8,4	-0,3
2016	2 833,6	+1,6	3 134,0	+3,3	-2,9	-0,1	-3,2	-0,1
2017	2 882,3	+1,7	3 244,6	+3,5	-8,2	-0,3	-9,2	-0,3
2018	2 928,3	+1,6	3 350,0	+3,2	-7,2	-0,2	-8,2	-0,2
2019	2 971,1	+1,5	3 454,2	+3,1	-2,1	-0,1	-2,4	-0,1
2020	3 017,6	+1,6	3 565,4	+3,2	0,0	0,0	0,0	0,0

 Statistiken und Dokumentationen


Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,1	1,1
1982	+2,1	1,0	0,1	1,0
1983	+2,1	1,1	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,9	0,2	0,9
1991	+2,9	1,8	0,1	0,9
1992	+2,9	1,7	0,2	1,0
1993	+2,6	1,5	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,9	1,2	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	0,0	0,6
2004	+1,3	0,7	0,1	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,6	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,1	0,4
2012	+1,2	0,4	0,3	0,4
2013	+1,3	0,5	0,4	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,4
2015	+1,6	0,5	0,7	0,4
2016	+1,5	0,6	0,5	0,4
2017	+1,5	0,6	0,4	0,4
2018	+1,5	0,7	0,3	0,4
2019	+1,4	0,8	0,2	0,4
2020	+1,5	0,8	0,3	0,4

<sup>1</sup> Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.






Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	750,2	.	171,7	.
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 038,5	+5,2	1 579,8	+8,4
1992	2 077,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 057,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 108,4	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 145,1	+1,7	1 898,9	+3,7
1996	2 162,6	+0,8	1 926,3	+1,4
1997	2 202,6	+1,8	1 967,1	+2,1
1998	2 246,2	+2,0	2 018,2	+2,6
1999	2 290,8	+2,0	2 064,9	+2,3

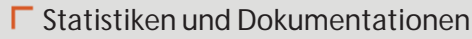
 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 358,7	+3,0	2 116,5	+2,5
2001	2 398,7	+1,7	2 179,9	+3,0
2002	2 398,7	+0,0	2 209,3	+1,4
2003	2 381,7	-0,7	2 220,1	+0,5
2004	2 409,5	+1,2	2 270,6	+2,3
2005	2 426,5	+0,7	2 300,9	+1,3
2006	2 516,3	+3,7	2 393,3	+4,0
2007	2 598,4	+3,3	2 513,2	+5,0
2008	2 626,5	+1,1	2 561,7	+1,9
2009	2 478,9	-5,6	2 460,3	-4,0
2010	2 580,1	+4,1	2 580,1	+4,9
2011	2 674,5	+3,7	2 703,1	+4,8
2012	2 685,3	+0,4	2 754,9	+1,9
2013	2 693,3	+0,3	2 820,8	+2,4
2014	2 736,4	+1,6	2 915,7	+3,4
2015	2 782,6	+1,7	3 025,9	+3,8
2016	2 829,3	+1,7	3 135,9	+3,6
2017	2 872,4	+1,5	3 239,7	+3,3
2018	2 916,6	+1,5	3 344,9	+3,2
2019	2 961,6	+1,5	3 453,4	+3,2
2020	3 007,2	+1,5	3 565,5	+3,2


<sup>1</sup>Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	54 657	.	.	60,0	32 340	.
1961	54 667	+0,0	.	60,5	32 791	+1,4
1962	54 803	+0,2	.	60,5	32 905	+0,3
1963	55 035	+0,4	.	60,5	32 983	+0,2
1964	55 219	+0,3	.	60,3	33 011	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,9	60,3	33 199	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,5	59,8	33 097	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,1	58,7	32 019	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,8	58,3	32 046	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,7	58,3	32 545	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,6	58,6	32 993	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,6	58,8	33 143	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,6	58,9	33 325	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,6	59,3	33 727	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,4	58,8	33 408	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,3	58,1	32 570	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,1	57,9	32 434	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,1	57,8	32 508	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,2	57,9	32 829	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,5	58,4	33 463	+1,9
1980	59 196	+0,8	59,0	58,9	34 024	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,5	59,4	34 065	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,2	60,2	33 802	-0,8
1983	59 931	+0,2	61,0	61,2	33 494	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,8	61,8	33 783	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,5	62,7	34 257	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,3	63,2	34 915	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,9	63,8	35 402	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,6	64,5	35 906	+1,4
1989	60 567	+0,4	65,1	64,9	36 580	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,5	65,9	37 733	+3,2
1991	61 396	+0,7	65,7	66,7	38 790	+2,8
1992	61 972	+0,9	65,8	65,9	38 283	-1,3
1993	62 517	+0,9	65,8	65,3	37 786	-1,3
1994	62 797	+0,4	65,8	65,5	37 798	+0,0
1995	62 925	+0,2	65,9	65,4	37 958	+0,4
1996	62 993	+0,1	66,1	65,8	37 969	+0,0
1997	62 977	-0,0	66,4	66,2	37 947	-0,1
1998	62 917	-0,1	66,8	66,9	38 407	+1,2
1999	62 907	-0,0	67,3	67,4	39 031	+1,6


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 932	+0,0	67,7	68,4	39 917	+2,3
2001	63 000	+0,1	68,0	68,0	39 809	-0,3
2002	63 115	+0,2	68,2	68,1	39 630	-0,4
2003	63 178	+0,1	68,5	68,1	39 200	-1,1
2004	63 176	-0,0	68,8	68,8	39 337	+0,3
2005	63 153	-0,0	69,1	69,4	39 326	-0,0
2006	63 093	-0,1	69,3	69,3	39 635	+0,8
2007	62 992	-0,2	69,6	69,5	40 325	+1,7
2008	62 833	-0,3	69,9	69,8	40 856	+1,3
2009	62 546	-0,5	70,3	70,3	40 892	+0,1
2010	62 224	-0,5	70,6	70,5	41 020	+0,3
2011	61 984	-0,4	71,0	70,9	41 577	+1,4
2012	61 890	-0,2	71,5	71,6	42 060	+1,2
2013	61 877	-0,0	71,9	71,9	42 328	+0,6
2014	61 859	-0,0	72,3	72,4	42 703	+0,9
2015	61 928	+0,1	72,7	72,6	43 032	+0,8
2016	62 047	+0,2	73,1	73,1	43 512	+1,1
2017	62 142	+0,2	73,5	73,7	43 862	+0,8
2018	62 185	+0,1	73,8	73,9	43 928	+0,2
2019	62 160	-0,0	74,2	74,1	43 994	+0,2
2020	62 200	+0,1	74,5	74,3	44 060	+0,2
2021	62 219	+0,0	74,8	74,7	.	.
2022	62 098	-0,2	75,1	75,1	.	.
2023	61 923	-0,3	75,4	75,4	.	.

<sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		tatsächlich beziehungsweise prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
1960	.	.	2 167	.	25 152		1,4	.
1961	.	.	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	.
1965	2 067	.	2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	.
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	.
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,8
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	0,9
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8
1982	1 713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,2
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	7,0
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34 212	+3,4	6,0	7,3
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,3
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,4
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,5
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5
1996	1 512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,7
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,0	7,8
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		tatsächlich beziehungsweise prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,2
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,2
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,1
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34 916	-0,5	10,3	8,0
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,8
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,5
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,2
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,9
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 014	+1,3	5,5	6,1
2012	1 377	-0,4	1 375	-1,3	37 500	+1,3	5,0	5,6
2013	1 373	-0,3	1 362	-1,0	37 869	+1,0	4,9	5,2
2014	1 370	-0,2	1 366	+0,3	38 306	+1,2	4,7	4,8
2015	1 369	-0,1	1 371	+0,3	38 732	+1,1	4,3	4,5
2016	1 369	-0,0	1 373	+0,1	39 283	+1,4	4,1	4,5
2017	1 369	+0,0	1 371	-0,1	39 683	+1,0	4,3	4,5
2018	1 369	-0,0	1 370	-0,1	39 751	+0,2	4,4	4,5
2019	1 369	-0,0	1 369	-0,1	39 819	+0,2	4,5	4,5
2020	1 368	-0,0	1 368	-0,1	39 888	+0,2	4,7	4,5
2021	1 368	-0,0	1 368	-0,0	.	.	.	.
2022	1 367	-0,0	1 367	-0,0	.	.	.	.
2023	1 367	-0,0	1 367	-0,0	.	.	.	.

<sup>1</sup> 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.<sup>2</sup> Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote
	preisbereinigt		preisbereinigt		tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in %
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 884,4	+2,7	442,3	+4,7	1,9
1992	10 178,4	+3,0	460,5	+4,1	1,7
1993	10 486,7	+3,0	441,2	-4,2	1,3
1994	10 783,4	+2,8	457,2	+3,6	1,5
1995	11 079,3	+2,7	457,1	-0,0	1,5
1996	11 365,0	+2,6	454,8	-0,5	1,5
1997	11 641,2	+2,4	458,4	+0,8	1,6
1998	11 918,1	+2,4	476,2	+3,9	1,7
1999	12 206,0	+2,4	498,3	+4,6	1,8
2000	12 499,7	+2,4	510,0	+2,3	1,8
2001	12 779,6	+2,2	497,1	-2,5	1,7
2002	13 019,3	+1,9	468,4	-5,8	1,8
2003	13 225,3	+1,6	462,2	-1,3	2,0
2004	13 416,7	+1,4	462,4	+0,0	2,0
2005	13 596,5	+1,3	465,8	+0,7	2,1
2006	13 785,0	+1,4	500,8	+7,5	2,3
2007	13 992,5	+1,5	521,2	+4,1	2,3
2008	14 203,7	+1,5	529,2	+1,5	2,3
2009	14 380,5	+1,2	475,8	-10,1	2,1
2010	14 533,2	+1,1	501,4	+5,4	2,4
2011	14 700,5	+1,2	537,4	+7,2	2,5
2012	14 876,6	+1,2	535,1	-0,4	2,4
2013	15 043,2	+1,1	527,9	-1,3	2,4
2014	15 209,1	+1,1	546,3	+3,5	2,5
2015	15 388,8	+1,2	558,4	+2,2	2,5
2016	15 569,3	+1,2	572,8	+2,6	2,5
2017	15 752,5	+1,2	588,4	+2,7	2,6
2018	15 946,1	+1,2	599,5	+1,9	2,6
2019	16 148,4	+1,3	610,8	+1,9	2,6
2020	16 356,9	+1,3	622,3	+1,9	2,6



 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen		Totale Faktorproduktivität	
		log		log
1980		-7,4164		-7,4273
1981		-7,4149		-7,4174
1982		-7,4193		-7,4071
1983		-7,4019		-7,3956
1984		-7,3840		-7,3832
1985		-7,3693		-7,3699
1986		-7,3597		-7,3556
1987		-7,3541		-7,3403
1988		-7,3329		-7,3235
1989		-7,3059		-7,3057
1990		-7,2745		-7,2872
1991		-7,2438		-7,2690
1992		-7,2311		-7,2521
1993		-7,2330		-7,2371
1994		-7,2169		-7,2237
1995		-7,2079		-7,2119
1996		-7,2014		-7,2011
1997		-7,1864		-7,1907
1998		-7,1802		-7,1806
1999		-7,1729		-7,1704
2000		-7,1548		-7,1601
2001		-7,1394		-7,1500
2002		-7,1380		-7,1409
2003		-7,1407		-7,1328
2004		-7,1352		-7,1255
2005		-7,1277		-7,1187
2006		-7,1074		-7,1122
2007		-7,0916		-7,1064
2008		-7,0918		-7,1014
2009		-7,1333		-7,0974
2010		-7,1071		-7,0928
2011		-7,0853		-7,0882
2012		-7,0847		-7,0838
2013		-7,0833		-7,0792
2014		-7,0792		-7,0744
2015		-7,0738		-7,0691
2016		-7,0693		-7,0633
2017		-7,0626		-7,0569
2018		-7,0521		-7,0498
2019		-7,0419		-7,0423
2020		-7,0317		-7,0344



 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9	-	26,3	-	83,5	-
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,0	75,4	+3,0	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,6	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,8	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,5	+2,0	84,3	+1,3	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,1	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,3	86,2	+1,3	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,6	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	87,0	+0,4	1 078,6	+2,9


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

## noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,4	87,7	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,2	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,4	90,3	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	92,0	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,9	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,3	+1,5	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,5	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,2	+1,8	98,1	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,8	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	102,0	+2,0	1 337,3	+4,3
2012	102,6	+1,5	103,6	+1,6	1 389,2	+3,9
2013	104,7	+2,1	104,9	+1,2	1 428,3	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,9	+0,9	1 482,8	+3,8
2015	108,7	+2,1	106,6	+0,6	1 540,3	+3,9
2016	110,8	+1,9	107,4	+0,7	1 599,9	+3,9
2017	112,8	+1,8	109,1	+1,6	1 658,4	+3,7
2018	114,7	+1,7	110,9	+1,6	1 708,0	+3,0
2019	116,6	+1,7	112,7	+1,6	1 758,8	+3,0
2020	118,6	+1,7	114,5	+1,6	1 810,4	+2,9

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup> in %	Erwerbslose in Mio.	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup> in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup> in %
	in Mio.	Veränderung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	
			Veränderung in % p. a.						
1991	38,8	.	51,3	2,2	5,3	.	.	.	24,9
1992	38,3	-1,3	50,8	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,1
1993	37,8	-1,3	50,4	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,6	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	24,0
1995	38,0	+0,4	50,5	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,4
1996	38,0	+0,0	50,8	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+2,0	22,8
1997	37,9	-0,1	51,1	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,5
1998	38,4	+1,2	51,6	3,7	8,8	+2,0	+0,8	+1,2	22,6
1999	39,0	+1,6	51,9	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,7	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,5	23,0
2001	39,8	-0,3	52,4	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,6	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,0
2003	39,2	-1,1	52,6	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,5
2004	39,3	+0,3	53,2	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,8	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,8	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,8
2007	40,3	+1,7	54,0	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	54,3	3,0	6,9	+1,1	-0,2	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	54,6	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,2
2010	41,0	+0,3	54,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,4
2011	41,6	+1,4	54,7	2,4	5,5	+3,7	+2,3	+2,1	20,3
2012	42,1	+1,2	55,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,5	20,2
2013	42,3	+0,6	55,1	2,2	4,9	+0,3	-0,3	+0,7	19,8
2014	42,7	+0,9	55,2	2,1	4,7	+1,6	+0,7	+0,4	20,1
2015	43,1	+0,8	55,1	2,0	4,3	+1,7	+0,9	+0,5	20,0
2010/2005	40,3	+0,8	54,2	3,5	8,0	+1,2	0,4	+0,7	19,7
2015/2010	42,1	+1,0	55,0	2,3	5,1	+1,5	+0,5	+0,8	20,0

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.<sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose (ILO)) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 2010.<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
Jahr	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	+7,3	+5,3	+3,3	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+1,9	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,4	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,7
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+1,0	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,5	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,4
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,8	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,7	+2,1	+2,0	+2,1	+0,5
2012	+1,9	+1,5	-0,4	+1,6	+1,6	+2,0	+3,1
2013	+2,4	+2,1	+1,4	+1,6	+1,2	+1,5	+2,0
2014	+3,4	+1,7	+1,5	+1,2	+1,0	+0,9	+1,6
2015	+3,8	+2,1	+2,7	+1,0	+0,6	+0,3	+1,7
2010/2005	+2,3	+1,1	-0,2	+1,2	+1,2	+1,6	+0,9
2015/2010	+3,2	+1,7	+0,5	+1,5	+1,3	+1,3	+1,8

<sup>1</sup> Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-8,1	-26,0	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-21,0	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-17,0	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,9	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,2	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,1	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,3	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,6	26,5	25,1	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,3	27,0	26,3	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,2	30,8	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-9,9	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	37,8	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	37,6	32,6	28,9	3,7	1,7
2004	+11,2	+7,5	114,5	101,2	35,4	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,4	104,6	37,7	32,7	5,1	4,5
2006	+13,5	+14,2	126,8	137,3	41,2	35,9	5,3	5,7
2007	+9,7	+6,4	167,1	170,8	43,0	36,4	6,6	6,8
2008	+3,0	+5,1	153,1	140,5	43,5	37,5	6,0	5,5
2009	-16,5	-15,8	121,5	142,7	37,8	32,9	4,9	5,8
2010	+17,2	+18,2	134,1	150,0	42,3	37,1	5,2	5,8
2011	+11,1	+12,9	132,1	162,7	44,8	39,9	4,9	6,0
2012	+4,6	+1,8	167,7	197,9	46,0	39,9	6,1	7,2
2013	+1,3	+1,3	169,4	188,2	45,5	39,5	6,0	6,7
2014	+3,9	+2,1	196,4	227,8	45,7	39,0	6,7	7,8
2015	+6,5	+4,1	236,2	263,4	46,9	39,1	7,8	8,7
2010/2005	+4,7	+4,9	136,5	141,0	40,9	35,4	5,5	5,7
2015/2010	+5,4	+4,4	172,7	198,3	45,2	39,1	6,1	7,0

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2016.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
				in %			
1991	.	.	.	69,9	69,9	.	.
1992	+6,5	+2,2	+8,4	71,1	71,3	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,4	+2,3	71,6	72,1	+4,3	+0,8
1994	+3,7	+6,3	+2,6	70,9	71,5	+1,9	-1,8
1995	+3,9	+4,6	+3,6	70,7	71,4	+3,0	-0,6
1996	+1,4	+2,6	+0,9	70,4	71,2	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,3	+0,4	69,6	70,5	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,7	+2,1	69,7	70,6	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	70,8	71,6	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,5	+3,9	71,9	72,6	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,7	+1,5	71,0	71,8	+2,3	+1,7
2002	+0,6	+0,5	+0,7	71,1	71,9	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+0,9	+0,2	70,9	72,0	+1,2	-1,5
2004	+5,0	+16,5	+0,2	67,7	69,0	+0,5	+1,1
2005	+1,4	+4,8	-0,2	66,6	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,5	+12,9	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+3,9	+5,9	+2,8	63,6	65,1	+1,4	-0,6
2008	+0,8	-4,4	+3,7	65,5	66,8	+2,4	+0,1
2009	-4,0	-12,3	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+2,0
2011	+5,5	+7,7	+4,4	66,1	67,4	+3,4	+0,5
2012	+1,2	-4,1	+3,9	67,8	69,1	+2,8	+1,0
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,2	69,3	+2,1	+0,7
2014	+3,8	+3,8	+3,8	68,3	69,1	+2,7	+1,5
2015	+3,9	+4,2	+3,8	68,2	68,8	+2,8	+1,8
2010/2005	+2,3	+2,2	+2,3	65,9	67,3	+1,4	+0,1
2015/2010	+3,3	+2,4	+3,7	67,5	68,6	+2,8	+1,1


<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	1,3	1,4	1,2	1,6
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,2	1,6	1,7	1,6	1,6
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	2,2	2,9	1,1	1,9	2,4
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	5,2	7,8	4,9	3,7
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,2	0,7	-0,2	-0,3	2,7
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-3,9	1,4	3,2	2,6	2,5
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	1,2	1,3	1,7
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-1,9	-0,3	0,8	1,1	1,3
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,1	-2,5	1,6	1,7	2,0
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,3	2,4	2,7	2,8	3,1
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	2,1	3,0	1,6	2,8	3,1
Malta	-	-	3,6	4,3	2,9	4,1	4,8	3,3	3,9
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-0,8	3,7	6,3	4,1	3,5
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,3	1,0	2,0	1,7	2,0
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-1,4	0,4	0,9	1,5	1,6
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	0,9	0,9	1,5	1,5	1,7
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-1,1	3,0	2,9	1,7	2,3
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-1,2	2,5	3,6	3,2	3,3
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-5,4	-0,7	0,5	0,7	0,7
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,4	0,9	1,7	1,6	1,8
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,9	1,5	3,0	2,0	2,4
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	0,4	2,0	4,2	2,1	2,6
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-0,9	1,3	1,2	1,2	1,9
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,6	-0,4	1,6	1,8	2,1
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	3,5	3,7	2,9	2,5	2,8
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	1,6	3,3	3,6	3,7	3,6
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,9	3,0	3,8	4,2	3,7
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	1,1	2,3	4,1	3,4	2,9
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	1,7	2,9	2,3	1,8	1,9
EU	-	3,9	2,2	2,0	0,1	1,4	2,0	1,8	1,9
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,2	2,4	2,4	2,3	2,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,6	0,0	0,5	0,8	0,4

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2013: Eurostat.

Für die Jahre ab 2014: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2016.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	+2,1	+1,6	+0,8	+0,1	+1,7	+1,6
Belgien	+2,6	+1,2	+0,5	+0,6	+0,3	+1,5
Estland	+4,2	+3,2	+0,5	+0,1	+0,8	+2,9
Finnland	+3,2	+2,2	+1,2	-0,2	+0,3	+1,3
Frankreich	+2,2	+1,0	+0,6	+0,1	-0,3	+0,6
Griechenland	+1,0	-0,9	-1,4	-1,1	-0,1	+1,4
Irland	+1,9	+0,5	+0,3	+0,0	+0,1	+1,0
Italien	+3,3	+1,2	+0,2	+0,1	+0,2	+1,4
Lettland	+2,3	+0,0	+0,7	+0,2	-0,7	+1,0
Litauen	+3,2	+1,2	+0,2	-0,7	+0,2	+2,0
Luxemburg	+2,9	+1,7	+0,7	+0,1	+0,6	+1,8
Malta	+3,2	+1,0	+0,8	+1,2	-0,1	+1,8
Niederlande	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,4	+2,2
Österreich	+2,6	+2,1	+1,5	+0,8	+0,4	+1,3
Portugal	+2,8	+0,4	-0,2	+0,5	+0,9	+1,7
Slowakei	+3,7	+1,5	-0,1	-0,3	+0,7	+1,2
Slowenien	+2,8	+1,9	+0,4	-0,8	-0,2	+1,6
Spanien	+2,4	+1,5	-0,2	-0,6	-0,1	+1,5
Zypern	+3,1	+0,4	-0,3	-1,5	+0,0	+1,3
Euroraum	+2,5	+1,4	+0,4	+0,0	+0,2	+1,4
Bulgarien	+2,4	+0,4	-1,6	-1,1	-0,7	+0,9
Dänemark	+2,4	+0,5	+0,4	+0,2	+0,5	+1,4
Kroatien	+3,4	+2,3	+0,2	-0,3	+0,3	+1,5
Polen	+3,7	+0,8	+0,1	-0,7	-0,6	+0,7
Rumänien	+3,4	+3,2	+1,4	-0,4	+0,4	+2,3
Schweden	+0,9	+0,4	+0,2	+0,7	+0,0	+1,6
Tschechien	+3,5	+1,4	+0,4	+0,3	-0,6	+2,5
Ungarn	+5,7	+1,7	+0,0	+0,1	+0,9	+1,2
Vereinigtes Königreich	+2,8	+2,6	+1,5	+0,0	+0,8	+1,6
EU	+2,6	+1,5	+0,5	+0,0	+0,3	+1,5
USA	+2,1	+1,2	+1,3	-0,7	+1,2	+2,2
Japan	-	-	+2,7	+0,8	+0,0	+1,5

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2016; Eurostat.

Stand: Mai 2016.



 Statistiken und Dokumentationen


Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	<b>8,2</b>	<b>7,9</b>	<b>11,2</b>	<b>7,0</b>	<b>5,2</b>	<b>5,0</b>	<b>4,6</b>	<b>4,6</b>	<b>4,7</b>
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	8,4	8,5	8,5	8,2	7,7
Estland	9,8	14,6	8,0	16,7	8,6	7,4	6,2	6,5	7,7
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	8,2	8,7	9,4	9,4	9,3
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	10,3	10,3	10,4	10,2	10,1
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	27,5	26,5	24,9	24,7	23,6
Irland	12,3	4,3	4,4	13,9	13,1	11,3	9,4	8,2	7,5
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	12,1	12,7	11,9	11,4	11,2
Lettland	14,9	14,3	10,0	19,5	11,9	10,8	9,9	9,6	9,3
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	11,8	10,7	9,1	7,8	6,4
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,9	6,0	6,4	6,2	6,2
Malta	4,8	6,7	6,9	6,9	6,4	5,8	5,4	5,1	5,1
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	7,3	7,4	6,9	6,4	6,1
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	5,4	5,6	5,7	5,9	6,1
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	16,4	14,1	12,6	11,6	10,7
Slowakei	12,1	18,9	16,4	14,5	14,2	13,2	11,5	10,5	9,5
Slowenien	6,8	6,7	6,5	7,3	10,1	9,7	9,0	8,6	8,1
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	26,1	24,5	22,1	20,0	18,1
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	15,9	16,1	15,1	13,4	12,4
Euroraum	-	8,9	9,1	10,2	12,0	11,6	10,9	10,4	10,0
Bulgarien	10,0	16,4	10,1	10,3	13,0	11,4	9,2	8,6	8,0
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,0	6,6	6,2	6,0	5,7
Kroatien		15,8	13,0	11,7	17,3	17,3	16,3	15,5	14,7
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,3	9,0	7,5	6,8	6,3
Rumänien	9,7	7,6	7,1	7,0	7,1	6,8	6,8	6,8	6,7
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	7,9	7,4	6,8	6,3
Tschechien	3,9	8,8	7,9	7,3	7,0	6,1	5,1	4,5	4,4
Ungarn	9,7	6,3	7,2	11,2	10,2	7,7	6,8	6,4	6,1
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,6	6,1	5,3	5,0	4,9
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,9	10,2	9,4	8,9	8,6
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	7,4	6,2	5,3	4,8	4,5
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,0	3,6	3,4	3,3	3,3

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen


Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</b>	<b>+1,1</b>	<b>-2,8</b>	<b>-1,1</b>	<b>+1,3</b>	<b>+8,1</b>	<b>+15,5</b>	<b>+9,4</b>	<b>+7,4</b>	<b>2,1</b>	<b>2,8</b>	<b>2,0</b>	<b>3,0</b>
darunter												
Russische Föderation	+0,7	-3,7	-1,8	+0,8	+7,8	+15,5	+8,4	+6,5	2,9	5,0	4,2	5,1
Ukraine	-6,6	-9,9	+1,5	+2,5	+12,1	+48,7	+15,1	+11,0	-4,0	-0,3	-2,6	-2,3
<b>Asien</b>	<b>+6,8</b>	<b>+6,6</b>	<b>+6,4</b>	<b>+6,3</b>	<b>+3,5</b>	<b>+2,7</b>	<b>+2,9</b>	<b>+3,2</b>	<b>1,4</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,1</b>
darunter												
China	+7,3	+6,9	+6,5	+6,2	+2,0	+1,4	+1,8	+2,0	2,1	2,7	2,6	2,1
Indien	+7,2	+7,3	+7,5	+7,5	+5,9	+4,9	+5,3	+5,3	-1,3	-1,3	-1,5	-2,1
Indonesien	+5,0	+4,8	+4,9	+5,3	+6,4	+6,4	+4,3	+4,5	-3,1	-2,1	-2,6	-2,8
Malaysia	+6,0	+5,0	+4,4	+4,8	+3,1	+2,1	+3,1	+2,9	4,3	2,9	2,3	1,9
Thailand	+0,8	+2,8	+3,0	+3,2	+1,9	-0,9	+0,2	+2,0	3,8	8,8	8,0	5,7
<b>Lateinamerika</b>	<b>+1,3</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,5</b>	<b>+1,5</b>	<b>+4,9</b>	<b>+5,5</b>	<b>+5,7</b>	<b>+4,3</b>	<b>-3,1</b>	<b>-3,6</b>	<b>-2,8</b>	<b>-2,4</b>
darunter												
Argentinien	+0,5	+1,2	-1,0	+2,8	.	.	.	+19,9	-1,4	-2,8	-1,7	-2,2
Brasilien	+0,1	-3,8	-3,8	-0,0	+6,3	+9,0	+8,7	+6,1	-4,3	-3,3	-2,0	-1,5
Chile	+1,8	+2,1	+1,5	+2,1	+4,4	+4,3	+4,1	+3,0	-1,3	-2,0	-2,1	-2,7
Mexiko	+2,3	+2,5	+2,4	+2,6	+4,0	+2,7	+2,9	+3,0	-1,9	-2,8	-2,6	-2,6
<b>Sonstige</b>												
Türkei	+4,2	+2,9	+3,0	+2,9	+7,5	+8,9	+7,4	+7,0	-7,9	-5,8	-4,5	-4,7
Südafrika	+2,2	+1,5	+1,4	+1,3	+5,8	+6,1	+4,8	+5,9	-5,8	-5,4	-4,3	-4,5

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

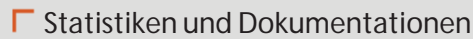
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14. Juli 2016	2015	zu Ende 2015	2015/2016	2015/2016
Dow Jones	18 506	17 425	6,21	15 660	18 506
Euro Stoxx 50	2 963	3 268	-9,33	2 680	3 829
DAX	10 068	10 743	-6,28	8 753	12 375
CAC 40	4 386	4 637	-5,42	3 897	5 269
Nikkei	16 386	19 034	-13,91	14 952	20 868
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen (in % p. a.)	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14. Juli 2016	2015	US-Bond	2015/2016	2015/2016
USA	1,54	2,28	-	1,36	2,50
Deutschland	-0,04	0,63	-1,58	-0,19	0,98
Japan	-0,26	0,28	-1,80	-0,28	0,54
Vereinigtes Königreich	0,80	1,97	-0,74	0,74	2,20
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14. Juli 2016	2015	zu Ende 2015	2015/2016	2015/2016
Dollar/Euro	1,12	1,09	2,36	1,06	1,20
Yen/Dollar	105,32	120,30	-12,45	100,53	125,61
Yen/Euro	117,88	131,07	-10,06	111,17	145,21
Pfund/Euro	0,83	0,73	14,12	0,70	0,85


 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-28

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	+1,6	+1,7	+1,6	+1,6	+0,8	+0,1	+0,3	+1,5	5,0	4,6	4,6	4,7
OECD	+1,6	+1,5	+1,8	+2,0	+0,8	+0,1	+1,0	+1,6	5,0	4,6	4,6	4,6
IWF	+1,6	+1,5	+1,5	+1,6	+0,8	+0,1	+0,5	+1,4	5,0	4,6	4,6	4,8
<b>USA</b>												
EU-KOM	+2,4	+2,4	+2,3	+2,2	+1,6	+0,1	+1,2	+2,2	6,2	5,3	4,8	4,5
OECD	+2,4	+2,4	+2,5	-	+1,6	+0,0	+1,0	+1,8	6,2	5,3	4,7	4,7
IWF	+2,4	+2,4	+2,4	+2,5	+1,6	+0,1	+0,8	+1,5	6,2	5,3	4,9	4,8
<b>Japan</b>												
EU-KOM	+0,0	+0,5	+0,8	+0,4	+2,7	+0,8	+0,0	+1,5	3,6	3,4	3,4	3,3
OECD	-0,1	+0,6	+1,0	+0,5	+2,7	+0,8	+0,7	+2,3	3,6	3,4	3,2	3,1
IWF	-0,0	+0,5	+0,5	-0,1	+2,7	+0,8	-0,2	+1,2	3,6	3,4	3,3	3,3
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	+0,2	+1,2	+1,3	+1,7	+0,6	+0,1	+0,1	+1,0	10,3	10,4	10,2	10,1
OECD	+0,2	+1,1	+1,3	+1,6	+0,6	+0,1	+1,0	+1,2	9,9	10,0	10,0	9,9
IWF	+0,2	+1,1	+1,1	+1,3	+0,6	+0,1	+0,4	+1,1	10,3	10,4	10,1	10,0
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-0,3	+0,8	+1,1	+1,3	+0,2	+0,1	+0,2	+1,4	12,7	11,9	11,4	11,2
OECD	-0,4	+0,8	+1,4	+1,4	+0,2	+0,2	+0,8	+1,1	12,7	12,3	11,7	11,0
IWF	-0,3	+0,8	+1,0	+1,2	+0,2	+0,1	+0,2	+0,7	12,6	11,9	11,4	10,9
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	+2,9	+2,3	+1,8	+1,9	+1,5	+0,0	+0,8	+1,6	6,1	5,3	5,0	4,9
OECD	+2,9	+2,4	+2,4	+2,3	+1,5	+0,1	+1,5	+2,0	6,2	5,6	5,7	5,8
IWF	+2,9	+2,2	+1,9	+2,2	+1,5	+0,1	+0,8	+1,9	6,2	5,4	5,0	5,0
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,4	+1,2	+2,0	+2,3	+1,9	+1,2	+2,0	+2,3	6,9	6,9	6,8	6,4
IWF	+2,5	+1,2	+1,5	+1,9	+1,9	+1,1	+1,3	+1,9	6,9	6,9	7,3	7,4
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	+0,9	+1,7	+1,6	+1,8	+0,4	+0,0	+0,2	+1,4	11,6	10,9	10,3	9,9
OECD	+0,9	+1,5	+1,8	+1,9	+0,4	+0,1	+0,9	+1,3	11,5	10,9	10,4	9,8
IWF	+1,7	+1,7	+1,7	-	+1,8	+1,9	+1,9	-	9,3	8,9	8,6	-
<b>EU-28</b>												
EU-KOM	+1,4	+2,0	+1,8	+1,9	+0,5	+0,0	+0,3	+1,5	10,2	9,4	8,9	8,5
IWF	+2,1	+2,1	+2,1	-	+1,9	+2,0	+2,0	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.


 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	+1,3	+1,4	+1,2	+1,6	+0,5	+0,6	+1,7	+1,6	8,5	8,5	8,2	7,7
OECD	+1,3	+1,3	+1,5	+1,6	+0,5	+0,6	+1,3	+1,4	8,5	8,7	8,6	8,3
IWF	+1,3	+1,4	+1,2	+1,4	+0,5	+0,6	+1,2	+1,1	8,5	8,3	8,3	8,2
<b>Estland</b>												
EU-KOM	+2,9	+1,1	+1,9	+2,4	+0,5	+0,1	+0,8	+2,9	7,4	6,2	6,5	7,7
OECD	+2,9	+1,8	+2,5	+2,9	+0,5	+0,1	+1,4	+2,4	7,4	6,4	6,0	5,6
IWF	+2,9	+1,1	+2,2	+2,8	+0,5	+0,1	+2,0	+2,9	7,4	6,8	6,5	6,5
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	-0,7	+0,5	+0,7	+0,7	+1,2	-0,2	+0,0	+1,3	8,7	9,4	9,4	9,3
OECD	-0,4	-0,1	+1,1	+1,7	+1,2	-0,2	+0,4	+0,8	8,7	9,4	9,7	9,8
IWF	-0,7	+0,4	+0,9	+1,1	+1,2	-0,2	+0,4	+1,4	8,7	9,3	9,3	9,0
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	+0,7	-0,2	-0,3	+2,7	-1,4	-1,1	-0,3	+0,6	26,5	24,9	24,7	23,6
OECD	+0,7	-1,4	-1,2	+2,1	-1,4	-0,9	+0,7	+0,5	26,5	25,3	24,8	23,4
IWF	+0,7	-0,2	-0,6	+2,7	-1,4	-1,1	+0,0	+0,6	26,5	25,0	25,0	23,4
<b>Irland</b>												
EU-KOM	+5,2	+7,8	+4,9	+3,7	+0,3	+0,0	+0,3	+1,3	11,3	9,4	8,2	7,5
OECD	+5,2	+5,6	+4,1	+3,5	+0,3	+0,1	+1,6	+2,0	11,3	9,4	8,3	7,5
IWF	+5,2	+7,8	+5,0	+3,6	+0,3	-0,0	+0,9	+1,4	11,3	9,4	8,3	7,5
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	+2,4	+2,7	+2,8	+3,1	+0,7	+0,2	+0,2	+2,0	10,8	9,9	9,6	9,3
OECD	+2,4	+2,5	+3,1	+3,5	+0,7	+0,6	+1,7	+2,5	10,8	9,8	9,6	9,0
IWF	+2,4	+2,7	+3,2	+3,6	+0,7	+0,2	+0,5	+1,5	10,8	9,9	9,5	9,1
<b>Litauen<sup>1</sup></b>												
EU-KOM	+3,0	+1,6	+2,8	+3,1	+0,2	-0,7	+0,6	+1,8	10,7	9,1	7,8	6,4
OECD	+3,0	+1,7	+2,9	+3,7	+0,2	-0,7	+1,4	+2,0	10,9	9,4	9,0	8,4
IWF	+3,0	+1,6	+2,7	+3,1	+0,2	-0,7	+0,6	+1,9	10,7	9,1	8,6	8,5
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	+4,1	+4,8	+3,3	+3,9	+0,7	+0,1	-0,1	+1,8	6,0	6,4	6,2	6,2
OECD	+4,1	+3,0	+3,0	+2,9	+0,7	+0,1	+1,0	+1,5	7,1	6,9	6,8	6,8
IWF	+4,1	+4,5	+3,5	+3,4	+0,7	+0,1	+0,5	+1,3	7,1	6,9	6,4	6,3
<b>Malta</b>												
EU-KOM	+3,7	+6,3	+4,1	+3,5	+0,8	+1,2	+1,4	+2,2	5,8	5,4	5,1	5,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+4,1	+5,4	+3,5	+3,0	+0,8	+1,2	+1,6	+1,8	5,8	5,3	5,4	5,3
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	+1,0	+2,0	+1,7	+2,0	+0,3	+0,2	+0,4	+1,3	7,4	6,9	6,4	6,1
OECD	+1,0	+2,2	+2,5	+2,7	+0,3	+0,3	+1,2	+1,6	7,4	6,9	6,6	6,1
IWF	+1,0	+1,9	+1,8	+1,9	+0,3	+0,2	+0,3	+0,7	7,4	6,9	6,4	6,2

<sup>1</sup> Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
 Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	+0,4	+0,9	+1,5	+1,6	+1,5	+0,8	+0,9	+1,7	5,6	5,7	5,9	6,1
OECD	+0,5	+0,8	+1,3	+1,7	+1,5	+0,9	+1,5	+1,7	5,7	6,0	6,1	5,9
IWF	+0,4	+0,9	+1,2	+1,4	+1,5	+0,8	+1,4	+1,8	5,6	5,7	6,2	6,4
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	+0,9	+1,5	+1,5	+1,7	-0,2	+0,5	+0,7	+1,2	14,1	12,6	11,6	10,7
OECD	+0,9	+1,7	+1,6	+1,5	-0,2	+0,5	+0,7	+1,0	13,9	12,3	11,3	10,6
IWF	+0,9	+1,5	+1,4	+1,3	-0,2	+0,5	+0,7	+1,2	13,9	12,4	11,6	11,1
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	+2,5	+3,6	+3,2	+3,3	-0,1	-0,3	-0,1	+1,5	13,2	11,5	10,5	9,5
OECD	+2,5	+3,2	+3,4	+3,5	-0,1	-0,2	+1,0	+1,5	13,2	11,5	10,7	10,0
IWF	+2,5	+3,6	+3,3	+3,4	-0,1	-0,3	+0,2	+1,4	13,2	11,5	10,4	9,6
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	+3,0	+2,9	+1,7	+2,3	+0,4	-0,8	-0,2	+1,6	9,7	9,0	8,6	8,1
OECD	+3,0	+2,5	+1,9	+2,7	+0,4	-0,6	+0,5	+1,1	9,7	9,3	9,1	8,4
IWF	+3,0	+2,9	+1,9	+2,0	+0,2	-0,5	+0,1	+1,0	9,7	9,1	7,9	7,6
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	+1,4	+3,2	+2,6	+2,5	-0,2	-0,6	-0,1	+1,4	24,5	22,1	20,0	18,1
OECD	+1,4	+3,2	+2,7	+2,5	-0,2	-0,6	+0,3	+0,9	24,4	22,1	19,8	18,2
IWF	+1,4	+3,2	+2,6	+2,3	-0,1	-0,5	-0,4	+1,0	24,5	22,1	19,7	18,3
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-2,5	+1,6	+1,7	+2,0	-0,3	-1,5	-0,7	+1,0	16,1	15,1	13,4	12,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	+1,6	+1,6	+2,0	-0,3	-1,5	+0,6	+1,3	16,1	15,3	14,2	13,0

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	+1,5	+3,0	+2,0	+2,4	-1,6	-1,1	-0,7	+0,9	11,4	9,2	8,6	8,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,5	+3,0	+2,3	+2,3	-1,6	-1,1	+0,2	+1,2	11,5	9,2	8,6	7,9
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	+1,3	+1,2	+1,2	+1,9	+0,4	+0,2	+0,3	+1,5	6,6	6,2	6,0	5,7
OECD	+1,1	+1,8	+1,8	+1,9	+0,6	+0,5	+0,9	+1,4	6,5	6,3	6,2	5,9
IWF	+1,3	+1,2	+1,6	+1,8	+0,6	+0,5	+0,8	+1,4	6,5	6,2	6,0	5,8
<b>Kroatien</b>												
EU-KOM	-0,4	+1,6	+1,8	+2,1	+0,2	-0,3	-0,6	+0,7	17,3	16,3	15,5	14,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,4	+1,6	+1,9	+2,1	-0,2	-0,5	+0,4	+1,3	17,1	16,9	16,4	15,9
<b>Polen</b>												
EU-KOM	+3,3	+3,6	+3,7	+3,6	+0,1	-0,7	+0,0	+1,6	9,0	7,5	6,8	6,3
OECD	+3,3	+3,5	+3,4	+3,5	+0,1	-0,8	+1,0	+1,7	9,0	7,6	7,3	7,1
IWF	+3,3	+3,6	+3,6	+3,6	-0,0	-0,9	-0,2	+1,3	9,0	7,5	6,9	6,9
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	+3,0	+3,8	+4,2	+3,7	+1,4	-0,4	-0,6	+2,5	6,8	6,8	6,8	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,0	+3,7	+4,2	+3,6	+1,1	-0,6	-0,4	+3,1	6,8	6,8	6,4	6,2
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	+2,3	+4,1	+3,4	+2,9	+0,2	+0,7	+0,9	+1,2	7,9	7,4	6,8	6,3
OECD	+2,4	+2,9	+3,1	+3,0	-0,2	+0,1	+1,4	+2,2	7,9	7,7	7,3	6,7
IWF	+2,3	+4,1	+3,7	+2,8	+0,2	+0,7	+1,1	+1,4	7,9	7,4	6,8	7,0
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	+2,0	+4,2	+2,1	+2,6	+0,4	+0,3	+0,5	+1,4	6,1	5,1	4,5	4,4
OECD	+2,0	+4,3	+2,3	+2,4	+0,4	+0,4	+1,3	+2,0	6,1	5,2	5,0	4,8
IWF	+2,0	+4,2	+2,5	+2,4	+0,4	+0,3	+1,0	+2,2	6,1	5,0	4,7	4,6
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+2,5	+2,8	+0,0	+0,1	+0,4	+2,3	7,7	6,8	6,4	6,1
OECD	+3,7	+3,0	+2,4	+3,1	-0,2	+0,1	+2,2	+2,7	7,7	7,0	6,3	5,9
IWF	+3,7	+2,9	+2,3	+2,5	-0,2	-0,1	+0,5	+2,4	7,8	6,9	6,7	6,5

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.



Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-28

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	0,3	0,7	0,2	0,1	74,7	71,2	68,6	66,3	0,7	8,8	8,5	8,3
OECD	0,3	0,9	0,6	0,9	74,8	71,2	67,7	64,3	7,5	8,3	8,0	7,5
IWF	0,3	0,6	0,1	0,1	74,9	71,0	68,2	65,9	7,3	8,5	8,4	8,0
<b>USA</b>												
EU-KOM	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4	104,8	105,9	107,5	107,5	-2,3	-3,3	-2,8	-3,1
OECD	-5,1	-4,5	-4,2	-3,7	111,6	110,6	111,4	111,5	-2,2	-2,5	-2,8	-3,0
IWF	-4,1	-3,7	-3,8	-3,7	105,0	105,8	107,5	107,5	-2,2	-2,7	-2,9	-3,3
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2	246,2	245,4	247,5	248,1	0,5	3,3	3,9	4,1
OECD	-7,7	-6,7	-5,7	-5,0	226,1	229,2	232,4	233,8	0,5	3,3	2,9	3,3
IWF	-6,2	-5,2	-4,9	-3,9	249,1	248,1	249,3	250,9	0,5	3,3	3,8	3,7
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2	95,4	95,8	96,4	97,0	-2,3	-1,5	-1,1	-1,0
OECD	-3,9	-3,8	-3,4	-2,8	95,5	96,5	97,7	98,1	-0,9	0,2	0,2	0,3
IWF	-3,9	-3,6	-3,4	-2,9	95,6	96,8	98,2	98,8	-0,9	-0,1	0,6	0,3
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9	132,5	132,7	132,7	131,8	1,8	2,2	2,4	2,3
OECD	-3,0	-2,6	-2,2	-1,6	132,3	134,3	133,5	131,8	1,9	1,5	1,3	1,7
IWF	-3,0	-2,6	-2,7	-1,6	132,5	132,6	133,0	131,7	1,9	2,1	2,3	2,0
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4	88,2	89,2	89,7	89,1	-5,1	-5,2	-4,9	-4,4
OECD	-5,7	-3,9	-2,6	-1,5	88,2	87,8	86,9	85,5	-5,1	-4,0	-3,4	-3,0
IWF	-5,6	-4,4	-3,2	-2,2	88,2	89,3	89,1	87,9	-5,1	-4,3	-4,3	-4,0
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-1,6	-1,9	-1,5	-1,3	94,6	94,8	94,8	94,3	-2,1	-3,3	-2,4	-1,8
IWF	-0,5	-1,7	-2,4	-1,8	86,2	91,5	92,3	90,6	-2,3	-3,3	-3,5	-3,0
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6	94,4	92,9	92,2	91,1	3,0	3,7	3,7	3,6
OECD	-2,6	-1,9	-1,7	-1,0	94,7	94,1	93,2	91,4	3,3	3,8	3,7	3,7
IWF	-1,9	-1,6	-1,3	-	89,3	88,0	86,6	-	0,5	0,5	0,5	-
<b>EU-28</b>												
EU-KOM	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8	88,5	86,8	86,4	85,5	1,6	2,0	2,2	2,1
IWF	-2,1	-1,6	-1,3	-	82,8	81,2	79,5	-	0,2	0,2	0,2	-

Quellen:

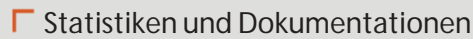
EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.




 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
 Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3	106,5	106,0	106,4	105,6	0,8	1,3	1,8	1,9
OECD	-3,1	-2,6	-2,0	-1,0	106,7	107,6	106,9	104,8	0,1	0,1	1,0	1,6
IWF	-3,1	-2,8	-2,8	-2,2	106,7	106,3	106,8	106,5	-0,2	0,5	0,5	0,1
<b>Estland</b>												
EU-KOM	0,8	0,4	-0,1	-0,2	10,4	9,7	9,6	9,3	1,1	2,0	0,9	1,6
OECD	0,7	0,2	0,4	0,5	10,4	9,4	8,6	7,5	1,0	3,3	2,3	2,4
IWF	0,8	0,5	0,5	0,0	10,4	10,1	9,7	9,2	1,0	1,9	1,2	0,5
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	-3,2	-2,7	-2,5	-2,3	59,3	63,1	65,2	66,9	-1,2	0,1	0,3	0,4
OECD	-3,3	-3,3	-2,7	-1,6	59,3	60,6	62,7	65,0	-0,9	-1,0	-0,7	-0,4
IWF	-3,3	-3,4	-2,8	-2,6	59,3	62,4	64,3	66,2	-0,9	0,1	0,0	-0,1
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8	180,1	176,9	182,8	178,8	-3,0	-0,2	0,6	1,3
OECD	-3,6	-4,3	-7,7	-1,5	177,5	183,4	190,2	184,3	-2,1	-0,3	1,2	1,9
IWF	-3,9	-4,2	-	-	178,4	178,4	-	-	-2,1	0,0	-0,2	-0,3
<b>Irland</b>												
EU-KOM	-3,8	-2,3	-1,1	-0,6	107,5	93,8	89,1	86,6	3,6	4,4	4,6	4,6
OECD	-3,9	-2,1	-1,1	-0,3	107,5	101,0	98,3	95,1	3,6	3,6	3,4	4,1
IWF	-3,9	-1,6	-0,4	0,3	107,5	95,2	88,6	84,6	3,6	4,5	4,0	3,5
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0	40,8	36,4	39,8	35,6	-2,0	-1,2	-2,6	-2,4
OECD	-1,6	-1,6	-1,1	-1,1	40,8	37,8	40,5	40,6	-2,0	-2,0	-2,1	-2,1
IWF	-1,7	-1,5	-1,3	-1,6	38,5	34,8	34,8	34,7	-2,0	-1,6	-2,0	-2,2
<b>Litauen<sup>1</sup></b>												
EU-KOM	-0,7	-0,2	-1,1	-0,4	40,7	42,7	41,1	42,9	3,9	-1,5	0,0	0,1
OECD	-0,7	-1,5	-1,5	-1,1	40,7	41,3	41,1	40,4	3,6	-3,4	-2,5	-2,4
IWF	-0,7	-0,7	-1,2	-1,0	42,5	42,5	42,1	41,4	3,6	-2,3	-3,0	-2,9
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	1,7	1,2	1,0	0,1	22,9	21,4	22,5	22,8	5,5	5,5	5,3	4,8
OECD	1,4	0,9	1,0	1,2	23,0	24,9	25,7	26,3	5,5	3,6	5,1	5,0
IWF	1,4	1,0	0,9	0,1	22,9	21,8	21,7	22,1	5,5	5,2	5,1	5,0
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8	67,1	63,9	60,9	58,3	3,4	9,9	5,6	4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,1	-1,4	-1,2	-1,0	66,9	63,7	62,9	60,8	3,9	4,1	5,3	5,3
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2	68,2	65,1	64,9	63,9	10,6	9,2	8,9	8,2
OECD	-2,4	-2,0	-1,3	-0,7	68,2	68,1	67,8	66,7	10,6	11,0	10,7	10,6
IWF	-2,4	-1,9	-1,7	-1,2	68,2	67,6	66,6	64,9	10,6	11,0	10,6	10,2

<sup>1</sup> Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
 Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4	84,3	86,2	84,9	83,0	2,1	3,1	3,1	3,3
OECD	-2,7	-1,8	-1,9	-1,3	84,2	84,7	85,0	84,4	2,0	2,3	2,0	2,0
IWF	-2,7	-1,6	-1,8	-1,4	84,2	86,2	85,5	83,9	1,9	3,6	3,6	3,5
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3	130,2	129,0	126,0	134,5	0,0	-0,1	0,3	0,5
OECD	-7,2	-3,0	-2,8	-2,6	130,2	128,2	127,9	127,4	0,6	0,6	0,5	0,2
IWF	-7,2	-4,4	-2,9	-2,9	130,2	128,8	127,9	127,3	0,1	0,5	0,9	0,4
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6	53,9	52,9	53,4	52,7	-0,8	0,8	-0,6	-1,1
OECD	-2,8	-2,7	-1,9	-0,6	53,5	52,9	52,4	51,7	0,1	-0,4	-0,5	0,3
IWF	-2,8	-2,7	-2,2	-2,0	53,3	52,6	52,1	51,9	0,1	-1,1	-1,0	-1,0
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1	81,0	83,2	80,2	78,0	6,5	7,0	7,0	6,9
OECD	-5,0	-2,9	-2,3	-1,8	80,8	83,2	85,0	86,1	7,0	7,5	8,5	8,7
IWF	-5,8	-3,3	-2,7	-2,5	80,8	83,3	80,7	81,8	7,0	7,3	7,6	7,1
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1	99,3	99,2	100,3	99,6	1,0	1,4	1,5	1,3
OECD	-5,9	-4,2	-2,9	-1,8	99,3	100,5	100,3	99,2	1,0	1,5	1,3	1,2
IWF	-5,9	-4,5	-3,4	-2,5	99,3	99,0	99,0	98,5	1,0	1,4	1,9	2,0
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-8,9	-1,0	-0,4	0,0	108,2	108,9	108,9	105,4	-4,6	-3,5	-4,2	-4,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,2	-1,7	0,1	0,7	108,2	108,7	99,3	95,3	-4,6	-5,1	-4,8	-4,7

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.



Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	-5,4	-2,1	-2,0	-1,6	27,0	26,7	28,1	28,7	2,8	1,9	2,3	2,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-2,9	-2,0	-1,4	26,4	26,9	30,2	30,6	1,2	2,1	1,7	0,8
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	1,5	-2,1	-2,5	-1,9	44,8	40,2	38,7	39,1	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
OECD	1,5	-2,7	-2,8	-2,8	45,1	41,6	40,9	43,3	6,3	7,0	7,2	7,4
IWF	1,5	-2,0	-2,8	-2,0	44,6	45,6	47,4	47,7	7,7	6,9	6,6	6,5
<b>Kroatien</b>												
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3	86,5	86,7	87,6	87,3	7,7	7,0	6,3	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,6	-4,0	-3,3	-2,8	85,1	87,7	89,0	89,0	0,7	4,4	2,7	2,1
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1	50,5	51,3	52,0	52,7	2,2	4,9	5,0	4,5
OECD	-3,3	-2,8	-2,8	-2,4	50,4	51,5	51,5	51,1	-2,0	-0,2	-1,0	-1,4
IWF	-3,3	-2,9	-2,8	-3,1	50,4	51,3	52,0	52,9	-2,0	-0,5	-1,8	-2,1
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4	39,8	38,4	38,7	40,1	-1,3	0,1	-0,3	-0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,5	-2,8	-2,8	40,5	39,4	39,7	40,2	-0,5	-1,1	-1,7	-2,5
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	-1,6	0,0	-0,4	-0,7	44,8	43,4	41,3	40,1	0,2	-0,9	-2,1	-2,8
OECD	-1,7	-1,1	-0,6	-0,3	44,8	43,9	43,0	42,0	6,2	6,0	5,5	5,5
IWF	-1,7	-0,9	-0,9	-0,8	44,9	44,1	42,6	41,9	5,4	5,9	5,8	5,7
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-1,9	-0,4	-0,7	-0,6	42,7	41,1	41,3	40,9	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
OECD	-1,9	-1,9	-1,3	-0,8	42,7	40,5	40,5	40,5	0,6	0,7	0,2	-0,2
IWF	-1,9	-1,9	-1,6	-1,5	42,7	40,9	41,3	41,0	0,2	0,9	0,6	0,6
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0	76,2	75,3	74,3	73,0	1,1	5,1	4,4	4,0
OECD	-2,5	-2,3	-1,9	-1,5	76,2	76,3	74,6	72,0	2,3	4,3	5,5	6,4
IWF	-2,5	-2,2	-2,1	-2,2	76,2	75,5	74,8	74,5	2,3	5,1	5,4	5,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Stand: Mai 2016.

# Impressum

**Herausgeber**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

**Redaktion**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

**Stand**

Juli 2016

**Lektorat, Satz und Gestaltung**

heimbüchel pr  
kommunikation und publizistik GmbH,  
Köln

**Bildnachweis**

BMF/ Jörg Rüger

**Publikationsbestellung**

Tel: 03018 272 2721  
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

**Weitere Informationen im Internet unter:**

[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
[www.ministere-federal-des-finances.de](http://www.ministere-federal-des-finances.de)  
[www.federal-ministry-of-finance.de](http://www.federal-ministry-of-finance.de)  
[www.stabiler-euro.de](http://www.stabiler-euro.de)  
[www.bundeshaushalt-info.de](http://www.bundeshaushalt-info.de)  
[www.bundesfinanzministerium.de/APP](http://www.bundesfinanzministerium.de/APP)  
[www.youtube.com/finanzministeriumtv](http://www.youtube.com/finanzministeriumtv)  
[www.twitter.com/bmf\\_bund](http://www.twitter.com/bmf_bund)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.

